

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis (bruttoberechnet):
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Steuerungs-
 Preisliste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Spalten-
 zeile oder deren Raum 50 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (stetig-
 gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere
 Wort 10 Pf. Stellengeluche und Schlaf-
 stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
 jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

ersch. alle 14 Tage außer Montags.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Verantwortlicher: Amt IV. Nr. 1983.

Wittwoch, den 29. Mai 1907.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Verantwortlicher: Amt IV. Nr. 1984.

Der Bäcker-Streik.

Jetzt ist auch im Bäckergewerbe der Kampf ausgebrochen. Monatlang hat sich der Bäckerverband bemüht, den Kampf zu vermeiden. Es ist ihm nicht gelungen. An dem dünkeln Eigenfinn kurzfristiger Innungsführer scheiterten alle Bemühungen, den Frieden aufrechtzuerhalten. Schuld der Innungsführer ist es auch, daß der Konflikt, welcher schließlich zum Streik führte, überhaupt entstanden ist. Hätten die Innungsmeister ehrlich gehalten, was sie vor Jahresfrist mit dem Bäckerverband vereinbarten, dann wäre der Friede im Bäckergewerbe überhaupt nicht gestört worden. Solange der Vertrag mit den Innungen und dem Bäckerverband bestand, ist er von einem großen Teil der Meister umgangen worden und die Organe der Innungen, besonders die Sprechmeister waren es, welche der Umgehung der Vertragsbestimmungen Vorschub leisteten, ja sogar solche veranlaßten. Das gilt besonders von dem Kost- und Logiswesen. Nach dem Vertrage sollten die Gesellen nicht mehr im Hause des Meisters Kost und Logis, dafür aber natürlich einen entsprechend höheren Lohn erhalten. Nur auf ausdrücklichen Wunsch des Gesellen durfte ihm noch Kost und Logis gewährt werden. Die Sprechmeister (Arbeitsvermittler) der Innung lehrten sich nicht an diese Bestimmung. Nicht der Wunsch des Gesellen, sondern das Verlangen des Meisters war für sie maßgebend und so vergaben sie nach wie vor Arbeit unter der Bedingung, daß der Geselle beim Meister Kost und Logis nimmt, sobald der Meister das verlangte. Dadurch wurden natürlich alle Gesellen, welche eine eigene Wohnung, einen eigenen Hausstand haben, geschädigt, denn für sie blieben meist keine Arbeitsstellen übrig.

Derartige Praktiken, welche die Arbeitnehmer im Bäckergewerbe hindern, aus einem mittelalterlichen Abhängigkeitsverhältnis endlich herauszukommen, können nur ausgeübt werden, solange die Innungen den Arbeitsnachweis in der Hand haben und so über ein Mittel zur rücksichtslosen Beherrschung und Ausbeutung der Gesellen verfügen. Vom Standpunkt der Innungsmeister ist es daher verständlich, wenn sie sich mit Hand und Fuß sträuben, die Alleinherrschaft in der Arbeitsvermittlung aufzugeben und eine Vertretung der Gesellen als gleichberechtigten Faktor mitreden zu lassen. — In dem Tarifvertrage war bestimmt, daß zum 1. April 1907 ein aus gleichen Teilen an Meistern und Gesellen verwalteter Arbeitsnachweis — also ein paritätischer — eingerichtet werden soll. Als nun die Zeit heranrückte und die Schlichtungskommission über die Errichtung des paritätischen Arbeitsnachweises verhandelte, da zeigte es sich, daß die Meister gar nicht daran dachten, einen im wirklichen Sinne des Wortes paritätischen Arbeitsnachweis einzuführen. Nach wie vor sollte der Arbeitsnachweis ein Organ der Innungen sein, er sollte unter der Herrschaft der Innungsvorstände verbleiben. Eine größere Zahl meistertreuer Gesellen und eine verschwindend kleine Zahl von Verbandsvertretern wollte man, so zu sagen als Dekoration, allenfalls an der Verwaltung des Arbeitsnachweises teilnehmen lassen. Die Verbandsvertreter in der Schlichtungskommission konnten sich diesen offensiblen Bruch der Vereinbarungen natürlich nicht gefallen lassen. Sie verlangten die sinngemäße Ausführung der Vertragsbestimmung. Die Meister verweigerten das beharrlich und deshalb kam es zum Abbruch der friedlichen Beziehungen.

Seitdem war der Bäckerverband unausgesetzt bemüht, den Konflikt durch Verhandlungen unter unparteiischer Leitung beizulegen. Er schlug hierzu das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts vor. Die Innungen lehnten das ab. Dann schlug der Verband den Oberbürgermeister von Berlin als unparteiischen Vermittler vor. Auch diesen Vorschlag wiesen die Innungen zurück. Jede Möglichkeit, unter unparteiischer Leitung zu einer Verständigung zu kommen, war dem Bäckerverbande nunmehr abgeschnitten. Er sah sich also gezwungen, die eigensinnigen Bäckermeister durch den Streik zur Anerkennung dessen zu zwingen, was sie vor Jahresfrist durch Vertrag versprochen, aber nicht gehalten haben.

Abkündigung von Kost und Logis beim Meister.
 Ein Mindest-Lohn von 23 M.
 Paritätischer Arbeitsnachweis.
 Ein freier Tag in jeder Woche.

Das sind die Forderungen, für welche die Berliner Bäcker jetzt kämpfen. Bei den ersten drei Forderungen handelt es sich nur um Gewährung dessen, was im Vertrag bereits festgelegt war. Nur die Forderung des freien Tages ist neu. Daß sie im höchsten Grade berechtigt ist, bedarf keiner Begründung. Aber gegen diese Forderung, ebenso wie gegen die Einrichtung des paritätischen Arbeitsnachweises wenden sich die Innungsführer mit ganz besonderer Heftigkeit. Es will ihnen nicht in den Kopf, daß auch im Bäckergewerbe endlich mit längst überlebten Resten mittelalterlich-zünftlerischer Einrichtungen ausgeräumt werden soll. So muß ihnen denn der Streik, den die gesamte Arbeitererschaft tatkräftig unterstützen wird, zeigen, daß man Kulturforderungen nicht für alle Zeit unterdrücken kann.

Agitation der Innungsvorstände.

Die Vorstände der Bäckereinnungen von Berlin und den Vororten haben an die Meister ein Flugblatt verschickt, um sie zur Ablehnung der Forderungen zu veranlassen. Das haben die Vorstände dadurch zu erreichen, daß sie den Meistern vorreden, es würde ihr

Ruin sein, wenn sie den freien Tag gewähren und den paritätischen Arbeitsnachweis anerkennen. Die Vorstände müssen die Einsicht ihrer Mitglieder doch recht niedrig einschätzen, wenn sie meinen, daß ihnen solche Redensarten geglaubt werden. Aber die Innungsführer müssen ja ihre Gefolgschaft kennen. — Wie schon bei früheren Gelegenheiten, so wird auch in dem Innungsflugblatt wieder die Behauptung aufgestellt, der freie Tag könne nicht gewährt werden, weil gar nicht so viele Aushülfskräfte vorhanden wären, wie als Ersatz an den freien Tagen gebraucht würden. Diese Behauptung ist durch die Arbeiter längst widerlegt worden. Sie haben zahlenmäßig nachgewiesen, daß in größeren Betrieben Aushülfskräfte überhaupt nicht nötig sind, und daß die verhältnismäßig kleine Zahl von Aushülfskräften, welche in kleineren Betrieben gebraucht werden, jederzeit vorhanden sind. Es sind eben nur die unerheblichen Mehrkosten, welche die Meister scheuen. Das kommt auch in dem Innungsflugblatt deutlich zum Ausdruck. — Gegen den paritätischen Arbeitsnachweis sucht das Flugblatt dadurch Stimmung zu machen, daß es den Meistern vorredet, in denselben wollten nur die Agitatoren des Verbandes das Wort führen, die Meister aber lämen dadurch völlig unter das Joch des Verbandes, dem sie auf Gnade und Ungnade überliefert wären usw. — Mit solchem Schwindel sucht man die Meister aufzuheben gegen die gerechten Forderungen des Verbandes. — Für die Bäckermeister, welche den von den Innungsvorständen verbreiteten Unsinns glauben sollten, sei bemerkt, daß in einem paritätischen Arbeitsnachweis der Gesellenverband gar nicht die Herrschaft führen kann, ebenso wenig allerdings die Innung. — Der paritätische Arbeitsnachweis wird von einer gleichen Anzahl Meister und Gesellen geleitet unter dem Vorsitz eines Unparteiischen, der weder Meister noch Geselle ist. So ist also die Gewähr für eine wirklich unparteiische, beiden Teilen gerecht werdende Arbeitsvermittlung gegeben. — Die Innungsvorstände verbreiten den Sinn des Wortes Parität, um die Meister gruselig zu machen und selber die Herrschaft zu behalten.

Ein Obermeister als Terrorist.

Herr Liebing, Obermeister der Bäckereinnung Reinickendorf und Umgegend, sandte einem Bäckermeister in Vorligwalde folgenden Brief:

Reinickendorf, 25. Mai 1907.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Es ist mir mitgeteilt, daß Sie bereits seit längerer Zeit in Vorligwalde etabliert sind, ohne sich bei der Bäckereinnung, welcher diese Ortsherrschaft angehört, gemeldet zu haben. Ihr Beitrag muß von dem Tage der Eröffnung Ihres Geschäftes bezahlt werden. Ich ersuche Sie daher, Ihre Anmeldung zur Innung innerhalb drei Tagen zu bewerkstelligen, widrigenfalls ich gezwungen bin, Sie mit 20 M. in Strafe zu nehmen.

Gleichzeitig ersuche ich Sie höflichst, bei der jetzigen Lohnbewegung nicht Bewilligungen einzugehen, welche den gefassten Beschlüssen der Innung zuwider laufen, es müßte auch dann Bestrafung eintreten. In Erwartung recht baldigen Bescheides zeichnet
 Kollegiallich grüßend
 Liebing, Obermstr., Westendstr. 150.

Ob der Obermeister berechtigt ist, gegen jemand, welcher der Innung noch gar nicht angehört, eine Strafe festzusetzen, ist mindestens zweifelhaft. Die Gewerbeordnung spricht nur von Ordnungsstrafen, welche die Innung gegen ihre Mitglieder festsetzen kann. Zweifellos aber hat Herr Liebing und kein Obermeister und auch keine Innung das Recht, Mitglieder, geschweige denn Nichtmitglieder in Strafe zu nehmen, welche den Gesellen etwas bewilligen, was der Innung oder deren Vorstand nicht paßt. Hier handelt es sich um eine „Bewegung zur Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen“, welche unter die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung fällt. Mit seiner Drohung, den Meister in Strafe zu nehmen, wenn er Bewilligungen eingeht, welche den Beschlüssen der Innung zuwiderlaufen, hat Obermeister Liebing gegen den § 153 der Gewerbeordnung verstoßen und er muß bestraft werden, wenn die Justiz die Handlungen der Arbeitgeber nicht mit anderem Maße messen will, wie sie die Arbeiter in solchen Fällen misst. Uebrigens hat auch die Innung ihre Befugnisse überschritten, wenn sie sich als Innung durch Beschlüsse oder Handlungen an der Lohnbewegung beteiligt.

Der „gute Ton“ in Bäckermeisterkreisen.

Auf die Forderungen, welche der Bäckerverband an die Meister verschickte, sind manche unsäugliche Antworten eingegangen. Die Letzte, welche sich in unanständigen Ergüssen gefielen, haben natürlich nicht ihren Namen genannt, sondern sich hinter falschen Namen oder gänzlicher Anonymität versteckt. Eine Postkarte, die dem Verbandszuging lautet:

Ich möchte Sie höflichst ersuchen, anständige Bäckermeister nicht mit sozialdemokratische Blöcke zu belästigen sie wandern ja doch bloß ins Feuer oder sonst wohin. Da müßte ja gar kein Respekt mehr in der Welt herrschen, wenn man solchen Quatsch anerkennen wollte. Es wäre besser, Sie würden arbeiten als Gesellen aufheben, und ihnen das Geld abnehmen, und zur Faulheit anhalten. Die Männer sind heutzutage schon faul genug, denn an Arbeit ist noch keiner gestorben, Arbeit häßlich, aber Numtreiben und Vergnügungen besuchen, das macht krank.
 Eine Bäckermeisterfrau.

Einen noch feineren Ton wie der Verfasser dieser Karte schlug jemand an, der am Sonntag ein Ferngespräch mit dem Verbandsbureau anknüpfte und sich so vernehmen ließ:

Wie kommen Sie dazu, uns immer wieder Forderungen zu schicken. Wir haben schon wische genug. — Hieraus die Rückfrage: „Wie ist denn Ihr Name?“ Die Antwort lautete: „Ach, leden Sie mich in den“

Ein Prediger am Badweg.

Eine wohlthuende Erheiterung nach manchem Kerger ist auf dem Verbandsbureau durch diese Epistel ausgelöst worden:

Herrn E. Gehshold!
 Antwortlich Ihres Briefes teile ich Ihnen mit, daß mein Leben meinem Gott geweiht ist.

Ob ich durch Wohlthat oder Unterschrift zugrunde gehe — das steht in meines Gottes Hand. Er ist noch derselbe, Allmächtige und Ewige. Ihm vertraue ich. Halleluja.

Aber ich mache Sie aufmerksam, daß Gott es nicht ungestraft geschehen läßt und daß Er einst Rechenschaft von Ihnen fordert. Sie fordern mich zur Unterschrift auf — ich fordere Sie auf — Retten Sie Ihre Seele, ehe es zu spät ist. Geben Sie sich dem Herrn Jesus zu eigen und Sie werden glücklich sein — schon in diesem Leben — und Frieden, Frieden, wirklichen Herzensfrieden für Ihre geängstete, unruhige und unsteife Seele finden. Schon in dieser Nacht kann Gott Ihre Seele fordern! Stellen Sie sich auf Seine Seite und Sie werden gesegnet sein.
 1. Kor. 1, 18.

Gott segne Sie!

M. Gerlach, Bäckermstr.,
Suffitenstr. 38.

Einer, der den Herrn Jesus Christus lieb hat und wünscht, daß noch viele unsterbliche Seelen gerettet werden. D. D.

Dem handschriftlichen Seelenrettungsdruf des frommen Bäckermeisters, der anscheinend ein Heilskamerad ist, lagen noch einige gedruckte Bittgesuche bei. Sie sprechen aber nicht davon, daß auch die Befreiung der Mitmenschen aus Elend und Jammer eine Christenpflicht ist. Der fromme Bäckermeister denkt auch nicht daran, daß ein christliches Gebot sagt: Sechs Tage sollst Du arbeiten, am siebenten aber sollst Du ruhen, und daß der Herrgott, den Bäckermeister Gerlach so brünstig verehrt, hinsichtlich des Feiertagsgebotes keine Ausnahme für Bäckergesellen macht.

Die Proklamierung des Streiks.

Schon manche für das Partei- und Gewerkschaftsleben wichtige Versammlung ist in Freyers Festhölle — bekannter unter der alten Bezeichnung Kellersaal — in der Koppensstraße abgehalten worden. Gestern war die Stätte wieder der Schauplatz eines bedeutsamen Ereignisses. Es galt endgültig zu beschließen, ob die Berliner Bäcker in den Streik eintreten wollen oder nicht. Schon von Mittag an strebten die Bäckergesellen dem Lokale zu. Fanden doch im Laufe des Nachmittags nicht weniger als drei Versammlungen nacheinander statt. Zuerst tagte eine Versammlung der Gesellenausführenden sowie der Vertrauensmänner und Funktionäre des Bäckerverbandes. Dieselben sprachen sich für den Streik aus. Dann wurden ihnen durch die Verbandsleitung Verhaltensmaßregeln für den Kampf gegeben, deren Beachtung auf das strengste verlangt wird. Von allgemeinem Interesse ist eine Vorschrift, welche zeigt, daß sich die Streikleitung ihrer Verantwortlichkeit gegenüber den bewilligenden Meistern und dem Publikum voll bewußt ist und daß sie streng auf Disziplin hält. Die Vorschrift lautet:

Die zu den neuen Bedingungen in Arbeit gehenden Kollegen dürfen unter keinen Umständen aus nützigen, nebenwärtigen Gründen die Arbeit wieder aufnehmen. Sie haben vielmehr alles aufzubieten, um durch Zuverlässigkeit und Geschicklichkeit in der Arbeit die Achtung des Meisters zu erlangen. Entziehen aber trotzdem Differenzen, so ist unter allen Umständen erst die Streikleitung anzukommen. Wer in Bäckereien, deren Inhaber die Forderungen bewilligt, leichtsinnig und ohne Grund oder wohl gar mutwillig die Arbeit aufgibt, oder durch grobes, regelhaftes Benehmen, Unpünktlichkeit in Arbeit usw. keine Entlastung herbeiführt, hat keinerlei Unterstützung zu erwarten, vielmehr wird die Streikleitung gegen solche Kollegen mit aller Strenge vorgehen.

Nach der Versammlung der Vertrauensmänner fand eine Mitgliederversammlung des Bäckerverbandes statt. In ihrer Hand lag die endgültige Entscheidung darüber, ob gestreift werden solle oder nicht. Die Abstimmung erfolgte geheim und ohne jede Beeinflussung. Jedes Mitglied legte beim Eintritt in den Saal seinen Stimmzettel in einen geschlossenen Kasten, so daß die Abstimmung schon vor Eröffnung der Versammlung beendet war. — Der Verbandsvorsitzende Mann schilderte in großen Zügen die Vorgänge, welche zum Kampf gedrängt haben. Er teilte mit, daß bereits 206 Meister mit 700—800 Gesellen die Forderungen bewilligt haben, während im Jahre 1904 am Tage der Streikerklärung erst 33 Bewilligungen eingegangen waren. — Die Stimmung, welche die Versammlung beherrschte, ließ keinen Zweifel über den Ausfall der Abstimmung; dennoch wurde die Verkündung des Resultats mit Spannung erwartet. Ein Beifallssturm durchbrauste den dichtgefüllten Saal, als Allmann bekannt gab: Es sind 1900 Stimmen für und 4 gegen den Streik abgegeben.

Damit hatten sich die organisierten Bäcker Berlins so gut wie einstimmig für den Streik erklärt. Daß die Bäcker für ihre gerechten Forderungen kämpfen wollen, war entschieden. Nun galt es noch zu bestimmen, wann der Kampf eröffnet werden soll.

Diese Entscheidung hatte die öffentliche Versammlung zu treffen, welche nach Schluß der Mitgliederversammlung eröffnet wurde.

Es fanden sich noch einige hundert Nichtmitglieder ein. Saal und Galerien waren nun von einer dichtgedrängten Menge gefüllt und auf allen Gesichtern lag entschlossene Kampfesstimmung. Die letzte Entscheidung ließ nicht lange auf sich warten. Nach einer kernigen Rede des Verbandsleiters Gehshold beschloß die Versammlung einstimmig, sofort in den Streik einzutreten. — Allgemeine Beiterkeit erregte die Mitteilung, daß zu derselben Zeit, wo weit mehr als 2000 zielbewußte Bäckergesellen den Streik beschloßen hatten, eine „große Protestversammlung“ der meistertreuen Gesellen tagte, die von 36 Mann besucht war, welche ihre Meistertreue dadurch bekundeten, daß sie sich gegen

den Streik erklären. Das ist die ganze Garde des gelben Führers Wischnowski, der noch vor kurzem nach Breslau telegraphierte: „In Berlin gibt es keinen Streik, wir haben den Verband befreit, Heuschold hat seine Rolle ausgespielt.“

Von den Bahnhöfen lief die Meldung ein, daß wohl vollbesetzte Züge ankommen, aber keine Streikbrecher und daß die enttäuschten Reister mit langen Gesichtern sich vergebens nach den erwarteten Ausbrechern umsehen. Die Situation ist demnach für die Streikenden günstig.

Als der Beginn der Arbeitszeit heranrückte, erhielten diejenigen, deren Meister bewilligt haben, ihre Arbeitsberechtigungskarten und begaben sich dann an ihre Arbeitsstellen. Die übrigen Versammlungsteilnehmer blieben im Lokal. In Konsequenz ihres Streikbeschlusses überließen sie die Gaststube den Meistern, die heute unbestritten Herren im Hause sind, weil niemand da ist, der ihnen die Herrschaft streitig machen könnte, es müßte denn die Frau Meisterin sein, die dem Herrn im Hause den Kopf wäscht, weil sie nicht weiß, wie sie am kommenden Morgen ihre Kunden befriedigen soll.

Je näher die Stunde des Anfangs der Arbeit heranrückte, desto mehr schwand die Hartnäckigkeit so mancher Meisters, der sich allein in der einsamen Gaststube sah. Nach und nach liefen eine Anzahl neuer Bewilligungen im Versammlungslokal ein und die betreffenden Meister erhielten ihre Gesellen. So gestaltete sich die Versammlung mit der Zeit zu einem Arbeitsnachweis, bei dem die Zinnungsführer nichts mitzureden hatten.

Diejenigen, deren Meister sich nicht zur Bewilligung verstehen konnten, blieben bis in die Nacht im Versammlungssaal, vertrieben sich die Zeit so gut es gehen wollte und freuten sich der freien Nacht, die sie für diesmal ohne Bewilligung der Meister genießen konnten.

Ein nicht geringeres Interesse wie die Bäckermeister, nahm die Polizei an der Versammlung. In den unteren Räumen des Lokals war eine große Zahl von Schutzleuten untergebracht und vier Polizeioffiziere gingen hin und her, der Dinge wartend, die ein Eingreifen der Polizei nötig machen würden. Es bot sich jedoch keine Gelegenheit, den Dienstleistern zu betätigen.

Wajazzos.

Wenn im Zirkus in den atembeklemmenden, halbschmerzlichen Vorführungen eine Pause eintritt, dann stürzt mit großem Schrei plötzlich eine grotesk aufgeputzte Persönlichkeit in die Arena, der Clown. Einen Augenblick lacht man über den komischen Kerl, dann wendet sich die Aufmerksamkeit wieder von ihm ab. Im nächsten Augenblick ist er vergessen.

Als gestern die Bäcker in dem Riesensaal der Koppensstraße tagten und ihren Streikbeschluss faßten, tagten zu gleicher Zeit in der Invalidenstrasse in einem kleinen Lokale die „Gelben“, der „Handwerkvereine Bund der Bäcker (Konkordanz) des Deutschen Reichs“, wie sie sich nennen. In dem sicheren Gefühl, daß man ganz unter sich sein werde, verfasste Herr Wischnowski, der Leiter dieser Gesellschaft, eine die Versammlung begonnene Rede, einen Bericht für die Presse, in dem von „einer imposanten Protestumgebung“ gegen Streik und Boykott die Rede war. Im Hinblick auf die Meinheit des Saales prophezeite Herr Wischnowski in seinem „Bericht“ noch, daß die Anwesenden „den Saal bis auf den letzten Platz füllten“, und erzählte weiter vornehm, daß „einstimmig“ eine Resolution angenommen wurde, in der die Anwesenden sich verpflichteten, im Interesse der „gesamten Bäckerhandwerker“ und der „gesamten Einwohnerschaft“ den Schmachtriemen noch enger zu ziehen.

Bravo! Wenn der Clown in offener Arena den Helldentod stirbt, hat man doch das beruhigende Gefühl, daß sein Partner ihn nur auf dem Bauch zu hängen braucht und er erwacht wieder zum Leben. Wenn die Bäckermeister an die schöne Versicherung der Gelben wirklich glauben und ihnen ernsthaft mit Vorn- und Arbeitsverleumdungen zu Leibe gehen, dann reichen sie aus wie Schafleder und werden Verbandsmitglieder, wenn sie bei ihrer Vergangenheit im Verband noch aufnahmefähig sein sollten!

Aus der politischen Kinderstube.

Wie der Telegraph meldet, ist nunmehr die weltbewegende Frage gelöst, wer im Herzogtum Braunschweig — jenem Bundesstaat mit der Einwohnerzahl etwa der Stadt München — die Würde der Regentenschaft auf sich nehmen soll. Der braunschweigische Landtag erkor am Dienstag den Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg zum stellvertretenden Landesvater. Denn die Frage der endgültigen erblichen Besetzung dieses Thronlehens, das freilich, wie wir sehen werden, eine sehr häßliche Nebenwirkung bleibt noch immer zu lösen. Seitdem im Jahre 1886 der Herzog Wilhelm starb, verwaiste der Thron, da der nach den Hausgesetzen eigentlich zur Erbfolge berufene ehemalige Thronfolger des von Preußen annektierten ehemaligen Königreichs Hannover, Ernst August, das Erbe nicht annehmen durfte, da er seit 1866 aus Deutschland ausgewiesen ist. Man schuf deshalb eine provisorische Regierung mit dem inzwischen verstorbenen Prinzen Albrecht von Preußen als Regenten.

Nun hat der Landtag die Frage der Regentenschaftsfolge entschieden. Johann Albrecht Ernst Konstantin Friedrich Heinrich zu Mecklenburg ist der Glückliche, der nunmehr alle drei Jahre den braunschweigischen Landtag einberufen darf. Johann Albrecht, einem Onkel des regierenden Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin, hat es auch bisher an mannigfachen Betätigungsmöglichkeiten nicht gefehlt. Als Mitglied des Kolonialrats und 1. Vorsitzender der Deutschen Kolonialgesellschaft hat er nicht wenig dazu beigetragen, der deutschen Weltpolitik und dem Fernhandelskurs die Wege zu ebnen. Zudem ist Johann Albrecht, der neben zahlreichen anderen Orden auch Ritter des heiligen Hubertus-Ordens ist, ein passionierter Jägermann, ein Gesinnungsgenosse jenes ihm nahe verwandten Herzogs Adolf Friedrich von Mecklenburg, für dessen afrikanischen Jagdausflug sogar aus Reichsmitteln 200 000 M. gespendet werden sollen.

So eigenartig diese Regentenschaftsfolge jeder, der nicht die Verhältnisse der großen politischen Kinderstube Deutschland kennt, annahmet, so muß doch zur Vervollständigung dieses politischen Zyklus im Wiedererlebens auch noch der famosen Landesversammlung Erwähnung geschehen, die den neuen Regenten erkoren hat. Der braunschweigische Landtag besteht aus 48 Abgeordneten, von denen nach dem am 1. Januar 1900 (?) in Kraft getretenen Wahlgesetz 16 ständische Vertreter sind: nämlich 6 Vertreter der Höchstherrschaften, 4 der wissenschaftlichen Berufsstände, 3 der größeren Gewerbetreibenden, 4 der Großgrundbesitzer und 2 der Geistlichkeit. Die anderen 30 Vertreter gehen aus einer indirekten Dreiklassenwahl hervor, an der sich obendrein

auch noch die ständischen Privilegierten nochmals beteiligen dürfen! Die Wähler der allgemeinen indirekten Dreiklassenwahl müssen auch Gemeindeglieder sein. Das braunschweigische Landtagswahlrecht vereinigt also in geradezu genialer Weise alle Schönheiten des preussischen Herrenhauses und des preussischen Landtages. Kein Wunder, daß ein solcher Landtag sich einstimmig einen wenigstens stellvertretenden Landesvater erkor!

Au „Gehalt“ hat das braunschweigische Ländchen für seinen neugewählten Regenten die Kleinigkeit von 1 125 000 M. zu zahlen. Auf den Kopf der Bevölkerung entfällt der Betrag von 2,32 M.! Die Zivilliste betrug 1888 nur 825 000 M., sie wurde in diesem Jahre jedoch um 300 000 M. erhöht. Auch Johann Albrecht will's nicht billiger tun. Man hatte vorgeschlagen, die Zivilliste von 1 125 000 M. wenigstens um 80 000 M. zu kürzen.

Der Bevollmächtigte des Herzogs hat jedoch während der Verhandlungen über die Übernahme der Regentenschaft erklärt, daß „einer solchen Herabsetzung von Sr. Hoheit nicht zugestimmt werden könne“; ausgeschlossen sei jedoch nicht, daß der Regent später „nach eigenem Ermessen“ in eine Herabminderung willigen werde.

Unser Braunschweiger Bruderorgan findet eine solche Honorierung regententhaltlicher Repräsentationspflichten begreiflicherweise recht hoch. Es weist darauf hin, daß der Präsident der ungefähre Hundertmal so großen Republik Frankreich nur 900 000 Mark erhält, der Präsident des Landes der Milliarden, der amerikanischen Union, mit ihren rund 200 mal soviel Einwohnern nur 1 700 000 M. Und es meint, daß diese Republik schwerlich schlechter regiert würden, als es Braunschweig von seinem neuen Regenten zu erwarten habe. Nun, das für sorgen auch unsere deutschen Fürsten nach Kräften dafür, daß Deutschland die wohl behütete fromme Kinderstube der Untertanen damit bleibt!

„Rentable“ Kolonialpolitik.

Im Liberalen Verein zu Heilbronn hat der Reichskommissar für Südwestafrika, Herr Dr. Rohrbach, kürzlich seine Ansichten über die Zukunft Südwestafrikas dargelegt. Nach der neuesten „National-Zeitung“ führte er aus:

Die Landfrage ist jetzt gelöst. Die Hereros haben ihr Land verloren, es ist jetzt Regierungsland und wird von Weizen besiedelt werden. Auch die Viehfrage ist „gelöst“. Der gesamte Viehreichthum der Hereros ist vernichtet, es ist kaum noch Vieh vorhanden. Allein das erscheint nicht tragisch angesichts der ungeheuren Fruchtbarkeit des Viehes im Lande. Im Jahre 1896 hatten die Deutschen im Lande noch kein Vieh, im Jahre 1904 aber 50 000 Stück Großvieh und etwa 300 000 Stück Kleinvieh im Gesamtwert von etwa 15 Millionen (das aber zum größten Teil den Eingeborenen geraubt worden war!) Deutsch-Südwestafrika sei im ganzen viel fruchtbarer und besser als die meisten Teile des Kaplandes. (11!) Von den 830 000 Quadratkilometern, einem Land so groß wie Deutschland und Oesterreich zusammen, seien rund 200 000 Quadratkilometer Gebirge und Wüste. Der Rest von 630 000 Quadratkilometern, in der Größe des Deutschen Reiches, sei im Stande, 5000 Farmer zu je 10 000 Hektar und je etwa 20 Köpfe zu nähren. Das ergäbe eine Bevölkerung von rund 100 000 Köpfen; dazu käme noch die Bevölkerung der Städte, deren Wachstum von der Ausbeutung der Minen abhängig. Eine Farmerfamilie werde jährlich mindestens für 3000 M. europäische Waren kaufen, ihr Bruttoeinkommen sei auf 20 000 bis 30 000 M. pro Jahr zu schätzen. Das ergebe einen Wundehinzufluß für die Farmer allein von jährlich 15 Millionen Mark, der, wenn durch Entwidlung der Städte die Verkaufsgelagenheit auch im Lande wachse, sich auf 20 bis 30 Millionen steigern könne. Hier auf diesem neuen Boden können es tüchtige Leute zu Wohlhabenheit und Reichtum bringen, Leute, die in Deutschland stets um das Möglichste zu kämpfen haben würden.

So Herr Dr. Rohrbach, der weiland Nationalsozialist, ein Kolonialenthusiast, wie er im Buche steht. Und was prophezeit Herr Rohrbach? Eine Farmerbesiedelung von 100 000 Köpfen! Da uns Südwest laut amtlicher Feststellung 650 Millionen gekostet hat, würde uns jeder Kopf 6500 M. kosten oder jede Farmerfamilie zu 20 Köpfen 130 000 M.!

Unsere südwestafrikanischen Agrarier werden uns also noch viel kostspieliger werden, als unsere ostelbischen Agrarier!

Den ganzen europäischen (nicht deutschen!) Import nach West- und Ostafrika schätzt Herr Rohrbach auf 20—30 Millionen. Rechnen wir — sehr splendid! — 20 Millionen deutschen Exports, so würden im günstigsten Falle davon auf deutsche Arbeiterlöhne 10 Millionen entfallen! Die Verzinsung der 650 Millionen, die schon jetzt für West- und Ostafrika verpulvert worden sind, würde dagegen (bei einem Zinsfuß von nur 3 Proz.) nicht weniger als 19 1/2 Millionen

betragen! Hinzu kommt aber noch die Ausgabe für die südwestafrikanische Schutztruppe in Höhe von mindestens 30 Millionen Mark jährlich. 50 Millionen jährlicher Ausgaben ständen also höchstens 10 Millionen Arbeiterlöhne gegenüber! **Schalt ein Geschäft!**

Politische Ueberblick.

Berlin, den 28. Mai 1907.

Ein freisinniges Schmelzstückchen!

Seitdem V. v. Willow als erfolgreicher Kuppler Freisinn und Konservativ zusammengebracht hat, hat der Freisinn in dirnenharter Gefährdung für die Reaktion erstaunliche Fortschritte gemacht. Um die unwürdige Rolle, die der Freisinn als Gefälligkeitsdame der Reaktion spielt, etwas zu vertuschen, stellt man sich entkräftet über — sozialdemokratische Wahlhilfe für konservative Kandidaten. Und die „Freisinnige Zeitung“, die Tag für Tag ihren Namen schändet, wagt es sogar, ihre reaktionären Hausrechtsschleusen durch ein Schmelzstückchen gegen Weibel zu krönen:

In der Reichstags-Sitzung am Montag, den 13. Mai, erklärte Weibel in der dritten Sitzung des Reichshaushaltsetats: „Ich bedauere von meinem Standpunkt aus, daß wir nicht eine starke bürgerlich-liberale Partei als Pufferpartei zwischen der Sozialdemokratie und den Parteien rechts haben.“ — Aber selbstverständlich habe die Sozialdemokratie kein Interesse daran, auf ihre Kosten eine solche bürgerliche Linke zu stärken. Allerdings habe die Sozialdemokratie, wo sie bei den Stichwahlen den Ausschlag gab, danach gehandelt. In den zwei, drei Fällen, wo seine Parteigenossen anders gehandelt hätten, habe der Parteivorstand gegenentgegengesetzter Anschauung vertreten, so z. B. in Bezug auf die Wahl des Herrn Ratmann, für den er, Weibel, persönlich mit aller Energie eingetreten sei. ...

Schnell fertig ist Herr Weibel mit dem Wort. Das ist eine im Reichstage so bekannte Tatsache, daß allgemeine Weiterleit losbrach, als er in diesem Jahre am 20. Februar seine Staatsrede mit der Versicherung begann: „Ich werde keinen Satz aussprechen, den ich nicht beweisen kann.“ Auch am 13. Mai hat Herr Weibel das

Gedächtnis im Stich gelassen. Wie oft die Sozialdemokraten im letzten Wahlkampf bei den Stichwahlen der Reaktion als Helfershelfer gedient haben, das ergibt sich klar und deutlich aus der amtlichen Wahlstatistik.

Es werden dann 8 Kreise aufgezählt, deren Wahlergebnisse die Anpöbelung Weibels rechtfertigen sollen; es sind die Kreise Sagan, Sprottau, Jerichow, Ansbach-Schwabach, Kolmar, Straßburg-Land, Wöblingen, Würzburg und Wieschen. Wenn die „Freisinnige Zeitung“ zu entscheiden hätte, wie die Sozialdemokratie sich bei Stichwahlen zu verhalten hat, dann hätte die Aufzählung der 8 Kreise einigen Sinn. Die Richtschnur für unsere Taktik gibt aber nicht die Freisinnspresse, sondern die Wahlpole des Parteivorstandes. Und in dieser ist ausdrücklich bemerkt, daß bei den Entscheidungen der örtlichen Wahlkomitees die Persönlichkeit der gegnerischen Kandidaten mit gewürdigt werden soll. Es gibt sogenannte Freisinnige, wie z. B. der Mugdan, die gegen die Arbeiterbewegung gehässig er auftreten als Kon-servative. Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, hat der Gewisse Weibel nicht zu viel behauptet. Lediglich in Sagan-Sprottau, in Wöblingen und in Ansbach-Schwabach haben unsere Genossen in erheblicher Anzahl in der Stichwahl für den konservativen Kandidaten votiert. Sie haben dafür nachher manche nicht ganz von der Hand zu weisende Gründe angegeben. War schon das Verhalten der Freisinnigen vor der Wahl derart, daß man im Zweifel sein konnte, ob es nicht besser sei, diese Gesellschaft nach Möglichkeit von der politischen Bühne verschwinden zu lassen, so haben sie nach der Wahl den Befürwortern solcher Taktik durch ihr skandalöses Verhalten Material in Hülle und Fülle geboten.

In Jerichow hat der konservative Kandidat bei der Stichwahl nur 913 Stimmen Zuwachs erhalten; daß der Zuwachs von Sozialdemokraten herrührt, ist lediglich eine Behauptung, für welche jeder Beweis fehlt.

In Straßburg und Kolmar standen überhaupt keine konservativen Kandidaten, sondern Eisässer mit den Freisinnigen zur Stichwahl.

Noch weniger Grund hat die „Freisinnige Zeitung“, Würzburg und Wieschen gegen Weibel ins Feld zu führen, denn hier standen Nationalliberale einem Zentrumsmann resp. einem Antisemiten gegenüber!

Das Blatt hat für die Berechtigung seines Ausfalls gegen Weibel nicht nur keinen Beweis erbracht, die Anwürfe charakterisieren sich auch als Bispel der Heuchelei, wenn man die Hausrechtsschleusen in Berücksichtigung zieht, die der Freisinn der Reaktion gelistet hat. In unserer Nummer 36 vom 12. Februar und in Nummer 40 vom 10. Februar haben wir zahlenmäßig nachgewiesen, daß der Freisinn den Rechtsparteien in der Stichwahl 32 und durch Verzicht auf eigene Kandidatur in der Hauptwahl 11 Kreise zugeschanzt hat!

Der Freisinn lieferte an die reaktionären Parteien 43 Kreise aus und zwar:

- 1 an den Bund der Landwirte,
- 8 an die Konservativen,
- 9 an die Reichspartei,
- 18 an die Nationalliberalen,
- 7 an die Antisemiten.

Das ist die Ehrenrolle des Freisinn! Die Retourkutschen der „Freisinnigen Zeitung“ nehmen sich angeichts solcher Tatsachen geradezu abgemacht aus! —

Zur Russenhaj.

Orgien der Gemeinheit und Roheit feiert die bürgerliche Presse. Fast alle bürgerlichen Zeitungen hatten die Schwindelberichte über die Vorgänge vom 23. Mai gebracht; nicht eine einzige von ihnen nimmt auch nur Notiz von unseren ausführlichen Darlegungen, durch die wir die Unrichtigkeit jener Berichte in allen wesentlichen Punkten nachwiesen. Von der „Welt am Montag“ bis zur „Post“ — sie alle üben die feige und niederträchtige Taktik des Totschweigens und machen sich damit der schändlichen Ehr-abschneidererei schuldig.

„Wir leben nicht in der Schweiz“, triumphiert Antiken-Derlet; „bis hierher und nicht weiter“, ruft er dem Städtischen Dunkel-männer-Ministerium zu. Seines edlen Strebens Ziel ist: Ausschließung der russischen Studenten von den deutschen Universitäten. In der Tat, es heißt Söhne, daß die russischen Studenten ihre Studentenzeit nicht bei Saff und Mensuren totzuschlagen pflegen. Die „Germania“ aber liefert folgende schmutzige Subelle:

„Wenn die angeblichen Studenten sich hier auf Grund falscher Pöble aufhalten, mit allerhand Verschönerungen und Agitatoren im Geheimen zusammenarbeiten, von hier aus die Revolution in Rußland unterstützen, die revolutionäre Propaganda fördern, anarchoistische Schandthaten vorbereiten helfen usw., so ist das ein verächtlicher Mißbrauch des Gastrechtes, daß man es nur als Frechheit bezeichnen kann, wenn diese Leute sich über das Einschreiten der Polizei beklagen wollen. ... Die Polizei hat das Recht und die Pflicht, den „Schornern und Verschönerern“ das Handwerk zu legen und sie samt dem Dämchen, mit denen sie meist zusammen leben und die an revolutionärer Tatenlust die Männer zu übertreffen pflegen, über die Grenze zu schicken, über die sie hereingelommen sind. ... Mögen sie nicht nach Deutschland kommen, wenn sie mit unseren Gesetzen und Einrichtungen nicht zufrieden sind, aber sich über Verletzung des Gastrechtes beklagen, wenn sie verächtlicher-weise am Krage genommen werden, das ist eine Unverschämtheit, deren eben nur „Russen“ fähig sind. Mit Erzählungen über rohe Behandlung von Kranken usw. durch die Polizei Mittel für das Verschwörergerübel erwecken zu wollen, ist einfach lächerlich. Woher nehmen Leute, die mit Wurdeseitigen im Grunde stehen und für den Massen-mord an Unschuldigen arbeiten, das Recht auf feindselige und zärtliche Behandlung? Man hat diese Art „Russen“, die mit ungläublicher Frechheit das Gastrecht zivilisierter Länder mißbrauchen, nachgerade überall satt.“

Wir hängen diesen Erguß einer schönen Zentrumsseele niedriger und beschämender der „Germania“, daß wir etwas Verlogeneres und Unverschämteres als ihn nicht einmal in den politischen Raschemmen-blättern niedrigster Obervorstung gefunden haben. Wai über diese Sorte „christlicher Nächstenliebe“! Wai über diese schamlose Verhöhnung des Gebotes, das da heißt: „Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider Deinen Nächsten!“

Auch das „Berliner Tageblatt“, das sich anfangs der bedauerndsten Dyer borussischer Barbarei einigermaßen angenommen hatte, scheint jetzt die Sprache verloren zu haben. Als Weidiger in der Wüste kapitalistisch-polizeilicher Verkommenheit und vor allem übrig geblieben, um die Stimme der Wahrhaftigkeit, der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit zu erheben und unser octorum oensor auszusprechen. —

Universitätszeugnis eines Schnorrers und Verschönerers.

Folgendes Zeugnis wird uns vorgelegt: Herr stud. A. Kroll bescheinigt ich hiermit, daß derselbe an den Übungen des diesjährigen Kurses in „Dampfmaschinenbau“ mit großem Fleiß und gutem Erfolg teilgenommen hat. Charlottenburg, Technische Hochschule, den 27. Mai 1907.

F. Sumpff, Professor.
Herr Kroll ist einer von den Ausgewiesenen. Man sieht, wie sehr ihm „das Studium nur der Dammantel für revolutionäre Untriebe“ war. —

Gründlich heimgelacht

den Liberalen von der 'Deutschen Tageszeitung'. Bekanntlich haben die Liberalen seit Monaten eine Hege gegen den Kultusminister Stubi ingeleitet. Wer nicht gerade ein politisches Kind ist, weiß den Wert dieses Satzes zu würdigen. Herr Stubi ist ein alter Mann und wird in absehbarer Zeit auf alle Fälle aus dem Amte scheiden. Durch ihr Geschrei wollen nun die Liberalen den Anschein erwecken, als ob Stubi's Abgang eine Konzeption an den Liberalismus sei, eine Frucht der konservativ-liberalen Paarung, ein Lohn für ihre Hottentottendienste bei der Wahl. In diesem Zweck müssen sie natürlich auch so tun, als glaubten sie, daß nach Stubi's Entfernung im Kultusministerium 'liberaler' werde regiert werden, obgleich sie in Wahrheit ganz gut wissen, daß der Nachfolger Stubi, wer es auch sein möge, an dem System nicht das geringste ändern wird! Demgegenüber schreibt nun die 'Deutsche Tageszeitung':

Glaubt die liberale Presse allen Ernstes, es stehe nach dem Abgange des Herrn Dr. von Stubi ein völliger Umschwung in unserer Schulpolitik — um die handelt es sich ja in der Hauptsache — in Aussicht? Dann möchten wir sie doch darauf hinweisen, daß diese Schulpolitik im allgemeinen die Politik einer seit langen Legislaturperioden vorhandenen festen Landtagsmehrheit gewesen ist...

Der Nachfolger des Herrn v. Stubi mag im einzelnen eine Politik treffen, die den Gegnern des derzeitigen Kultusministers sympathischer ist, die Schulpolitik der Rinderheit wird auch er nicht machen können. Weiter schreibt dann das reaktionäre Blatt:

Im übrigen aber möchten wir uns, wenn die Gegner des Herrn v. Stubi es so darstellen, als würden sie düpiert, wenn der Minister noch länger im Amte bleibt, noch die Frage erlauben, wer ihnen denn ein Versprechen in dieser Richtung gegeben hat, auf dessen Erfüllung sie einen Anspruch hätten? Wir glauben, sie würden um eine Antwort auf diese Frage etwas verlegen sein.

Der Liberalismus sagt dem Volke, er habe bei der letzten Wahl sich auf die Seite der Reaktion geschlagen, weil das zur Erringung freierlicher Reformen nötig gewesen sei. Die Reaktion aber antwortet ihm, es sei einfach 'vaterländische Pflicht', ihr — der Reaktion nämlich — Hülfe zu leisten, und nur die Unerschämtheit oder die 'Vaterlandslosigkeit' könne dafür 'Bezahlung' in Form freierlicher Reformen verlangen. Wahrscheinlich, es ist ein Schauspiel für Götter, wie der Liberalismus nicht nur um den Sündenlohn, sondern sogar um den Schein des Sündenlohns für seine Prostitution geprellt wird!

Reichs-Pumpwirtschaft.

In der Zentrums-Presse lesen wir:

Vor der Auflösung des Reichstages hatte die Regierung schon die Notwendigkeit neuer Steuern betont. Bei der Bewilligungslust, von der die gegenwärtige Reichstagsmehrheit befeelt ist, und bei den weitgehenden Kolonialplänen der Regierung wird erst ein gut gerüstet Maß von neuen Steuern notwendig sein, wenn man aus den Reichseinkünften im Reich herauskommen will. Bekanntlich wollen die Einzelstaaten nur 24 Millionen ungedeckter Matrularbeiträge auf sich nehmen. Eine solche Limitierung war aber schon in den letzten Jahren nicht mehr möglich, man griff somit zu dem Mittel der Stundung. Heute liegen die Dinge so, daß sich die ungedeckten Matrularbeiträge auf 88 Millionen stellen. Einigt man jene 24 Millionen hiervon in Abzug, so verbleiben also 64 Millionen ungedeckter Matrularbeiträge. Dann hat man weiter die Deduktion der 23 Millionen Steuerzuschüsse zum Jahre 1909 vorbehalten, was im Reichszuge vom Zentrum abgelehnt wird. Demnach sind bereits 65 Millionen aufgebracht worden. Diese 23 Millionen gehören in den laufenden Etat; sie müssen also jenen 88 Millionen ungedeckter Matrularbeiträge beigegeben werden. Damit kommen wir zu der erschrecklichen Summe von 111 Millionen. Nun stehen wir aber erst am Anfang der Bewilligungsära. Will man also nicht in eine heillose Pumpwirtschaft hineingeraten, so muß eine dritte Reichsfinanzreform mit dem Verbot einleiten.

Diese ultramontane Aufmachung ist sehr zeitgemäß. Aber das Zentrum, das durch seinen marinitischen und kolonialpolitischen Bewilligungseifer die skandalöse Pumpwirtschaft mitverschuldet hat, hätte alle Ursache, an die eigene Brust zu schlagen!

Militärjustiz.

Das Kriegsgericht in Augsburg verurteilte einen Soldaten wegen 'Ungehorsams' und 'Achtungsverletzung' zu der fürchterlichen Strafe von zwei Jahren Gefängnis!

Ein neues Nürnberger Polizeistück.

Die Nürnberger Polizei, die bei allen Vorkäufen für die Interessen der Unternehmer gegen die Arbeiter tätig ist, scheint jetzt auch im Landtagswahlkampf dem Volk gegen den roten Feind bestehen zu wollen. Am Sonntag waren circa 1200 Parteigenossen ausgeschwärmt, um in allen sechs Wahlkreisen den Wählern Briefe mit dem letzten Flugblatt und den Stimmzetteln unserer Partei zuzustellen. Die Arbeit ging glatt von statten, bis ganz zuletzt ein Polizeiwachtmeister einen Verteiler auf der Straße stellte und kontrollierte. Als er hörte, daß die Briefe von der sozialdemokratischen Partei herrührten, ließ er den Genossen durch zwei Schaulente verhaften, die ihn wie einen schweren Verbrecher zu einem Arme packten und zur Wache schleppten. Diese Polizeitaktik wurde damit begründet, das Austragen der Briefe sei — 'Postbetrug' und 'Portohinterziehung! Was jetzt bei den Sozialdemokraten 'Postbetrug' sein soll, liegen die bürgerlichen Parteien bei der letzten Reichstagswahl unbeanstandet durch ein polizeilich konzeptioniertes Wotenzentrum besorgen und werden sie wohl auch diesmal wieder tun. Das merkwürdigste ist, daß als der Wachtmeister sich telephonisch aus dem Rathaus behaltungsweise erbot, von dort die Anordnung kam, die Briefe zu beschlagnahmen. Die liberale Rathausverwaltung will sich anscheinend die famose Auffassung des Herrn Wachtmeisters zu eigen machen.

Belgien.

Der Arbeitsminister als Arbeiterverleumder.

Brüssel, 20. Mai. (Eig. Ber.)

Der neue Arbeitsminister Dubert hat bekanntlich in der vorigen Woche mit einer ganz niederträchtigen Verleumdung gegen streikende Arbeiter debütiert. Von den sozialistischen Deputierten zur Intervention zugunsten der in einem Solidaritätsstreik stehenden 1400 Kohlenarbeiter in Antwerpen aufgerufen, erklärte der Minister, daß der seit 5 Monaten währende Streik nur fortbauere, weil 40 Arbeiter, die von den Führern eine Entschädigung von 180 Fr. pro Tag erhalten (wogegen die anderen Streikenden nur 1 Fr. aus dem Streikfonds begehren) die übrigen Arbeiter 'terrorisieren'. Diese doppelte gegen Führer und Streikende gerichtete Verleumdung entsandte naturgemäß eine Entrüstungswelle bei den Sozialisten, der auch die liberale Seite sekundierte.

In der Debatte über die bezügliche Interpellation des Genossen De Strée wurde der Minister von den sozialistischen Rednern aufgefordert, entweder Weise zu liefern, d. h. die Namen der betreffenden Arbeiter und Führer zu nennen oder die Verleumdung zurückzunehmen. Schließlich wurde ihm zur Begründung

seiner Anschuldigungen eine Frist von achtundvierzig Stunden zugestanden. Was der Minister nach deren Ablauf vorbrachte, waren jedoch nur erbärmliche Ausflüchte. Hundertmal, nachdem er mit Zurufen wie 'Lügner', 'Verleumder' bedacht und seine Handlung vom Genossen Smets, dem Abgeordneten des betreffenden Wahlkreises, als 'Lumperei' gebrandmarkt worden war, schaltete ihm von Sozialisten und Liberalen die Aufforderung entgegen, nicht zu leugnen und die Beweise zu bringen. Der Ausrede des Ministers, er dürfe die Namen der Beamten, die ihm das in gemeinster Weise auch ins Privatleben hineinreichende Verleumdungsmaterial geliefert, nicht preisgeben, wurde immer wieder entgegengehalten, er solle ja nicht die Beamten, sondern nur die Namen der Verleumder nennen! Seine ganze 'Beweisführung' bestand aber in der Versicherung auf seine 'Ehre', daß das Dokument, aus dem er sein Material geholt habe, existiere, daß es unterzeichnet und von einem 'vertrauenswürdigem' Beamten verfaßt sei!

Das Streikkomitee von Antwerpen stellte dem vom Minister verlesenen Dokument eine an die Kammer gelangte sachliche Darstellung der Verhältnisse entgegen, die alle Angaben des Ministers — es handelt sich noch um andere Details — widerlegte. Das Komitee lud überdies den Minister und seine Beamten zur Überprüfung der Bücher ein und bemerkte, daß es die Entscheidung über die Fortführung des Streiks einer Plenarversammlung unter dem Vorsitz eines Unparteiischen überläßt. Die Arbeit würde sofort, wenn drei Fünftel gegen die Fortsetzung sind, aufgenommen werden; der 'Terrorismus' würde sich auch dadurch erweisen, daß kein Redner in der Versammlung selbst sprechen würde! All das veranlaßte den Herrn Minister nicht zu der Erklärung, daß er durch seine auf Verdarmen-Schnüffeleien und Gerüchte fundierte Verleumdung die Ehre kämpfender Arbeiter besudelt hat.

Die Rechte war charakterlos genug, Suberis Vorgehen, der Kammer Informationen 'aus vertrauenswürdigem Quelle' zu liefern, mit einem — Vertrauensvotum zu ehren! Das von De Strée beantragte Tadelvotum, für das außer den Sozialisten die ganze Linke geschlossen stimmte, wurde zwar mit 65 gegen 60 Stimmen verworfen, allein diese 5 Stimmen Majorität sprechen die Brandmarke des vorleumderten Arbeitsministers deutlich genug aus. Die ganze anständige Öffentlichkeit gibt demgemäß auch der Meinung Ausdruck, daß auch nicht der geringste Schein gegen die Ehre der Angegriffenen zeugt, der Minister dagegen als leichtfertiger Schabschneider gekennzeichnet bleibe.

Rumänien.

Die Zustände im Lande werden in ebenso interessanter wie erschütternder Weise gekennzeichnet durch eine Reihe von Auffäßen über 'Die Bauernfrage', welches Thema der ehemalige Schulspektor Frau den Jünglingen des unter seiner Leitung stehenden — Priesterseminars gestellt hatte. Das 'Luzifer' Tagesblatt veröffentlicht nach der 'Allgem. Revue des Unterrichts' einige Resultate der Enquete unter den jungen Studierenden, die gumeist selber Bauernöhne sind. Wir geben einige Proben wieder: 'Unser Land gilt in den Augen der Welt als ein zivilisiertes Land, unser Fortschritt aber ist bloß Täuschung, bloß eine Maske, welche das Auge täuscht, unter der sich aber die Unwissenheit, das Leiden und das Elend der unterdrückten Klassen verbirgt. ... Es wurde die Jubiläumsausstellung gemacht, um den Grad unserer Zivilisation zu beweisen, aber es war eine Ausstellung von fremder Lände, gut für die Prestige der Wojaren. Der Bauer verstand davon bloß eines: daß die Wojaren sich auf seine Kosten unterhalten.'

Ein Schüler aus Jalomihia erzählt: Ich wendete mich an einen Bauern, er solle mit mir zur Ausstellung kommen. Und er antwortete mir: Was soll ich dort suchen? Das ist für die Wojaren gemacht. ...

In diesem Lande leben zwei soziale Klassen: die Wojaren und das Volk. Die Wojaren haben alle Rechte, alle Güter und keine Last; das Volk hat alle Lasten und kein Recht. Die Wojaren leben ohne Sorge in Luxus und Heppigkeit, während die Bauern die Witternisse eines Lebens erschöpfender Arbeit und dollständigen Elends ertragen müssen. Die Wojaren haben 6 Teile des ganzen Landes in ihrem Besitze, und die 6 Millionen Bauern nur einen einzigen Teil. Der Bauer besorgt die Arbeit für den Junker und muß ihn wie eine Drahne füttern. Der Bauer ist 'Ramaliga' mit Zwiebel, und der Wojar hat in seinen Kellern Risten mit Champagner. Der Bauer steht mitten in der Nacht auf, um aufs Feld hinauszugehen und kommt erst nachts heim, nachdem er 16 Stunden im Sonnenbrand gearbeitet hat. Der Wojar tut nichts als faulenzeln. ... Die Wojaren haben alle Macht im Staate und üben sie blos zum Vorteile ihrer Klasse aus. Die Wojaren und Grundbesitzer, das sind auch die Deputierten, sie sind in der Regierung, und sie machen die Gesetze, und gewiß nicht zu ihren Ungunsten. Die Wojaren sind zum großen Teile fremder Rasse oder ihrem Volke entfremdet; mit ihnen zusammen drücken auf das Volk später gekommene, schmutzige Blutigen, die ihm das Blut ausaugen, und insbesondere die Juden, der häßliche räuberische jüdische Stamm. ... Auf die Frage: Was der Staat durch seine Leiter für die Bauern getan hat, lautet die allgemeine Antwort: Nichts! Die meisten Schüler sind darüber verwundert und entrüstet, daß die Soldaten, die doch Bauern sind und wissen, was der Bauer leidet, anlässlich der Unterdrückung des Aufstandes auf ihre Brüder und Eltern geschossen haben! Einer brüdt die Ansicht aus, daß die Soldaten sich gemeinsam gegen ihre Kommandanten wenden und alle Wojaren erschließen müßten! Die Bauern haben sich für ihre Rechte erhoben und man wird ihnen Gerechtigkeit geben müssen. Sonst werden sie sich nochmals erheben; alle, groß und klein, mit ihren Weibern und Kindern, da sie des Elends satt sind. Dann wird es Nord und Brand geben. Und wenn noch wie im Jahre 1877 die Zeit des Krieges gegen den Feind des Landes kommt, so werden sie nicht mehr mit der Begeisterung kämpfen, die sie hatten, da sie nicht mehr haben, was zu verteidigen!

Ein Schüler aus Jifov teilt die Worte eines Bauern aus seinem Dorfe mit: Die Großen wissen, daß wir schlechter leben als das Vieh, aber das kümmert sie nicht. Sie brauchen Geld. Nun gut. Es wird die Zeit kommen, wie in 77, wo sie uns zum Kriege rufen werden, und dann brauchen wir nur die Waffen niederzuliegen. Freilich wird uns der Fremde unterwerfen, aber statt daß wir das Joch unserer Brüder ertragen, wollen wir lieber dasjenige der Fremden, unter welchem der Bauer menschlicher leben wird. ... für mich — so sagt ein Olteaner — ist ein Sklave bei den Fremden oder frei in Rumänien ganz das gleiche. ... Als wirtschaftliche, politische und kulturelle Maßregeln werden vorgeschlagen, daß jedes bäuerliche Familienhaupt wenigstens 15 Bogon*) haben soll; dieser Grund und Boden soll unveräußerlich sein. Die Güter sollen an die Bauern gegeben werden, und der Preis, zu dem der Boden von dem Grundbesitzer und Pächter für den Bauern genommen wird, soll herabgesetzt werden. Die Güter sollen an die bäuerlichen Gemeinkassen verpackt, es sollen landwirtschaftliche Syndikate gebildet, die Volksbanken entwickelt, das allgemeine Stimmrecht verliehen, bäuerliche Deputierte gewählt, die Steuern verringert, die Gehälter der Geistlichen und Lehrer erhöht und den Dorfbibliotheken größere Aufmerksamkeit zugewendet werden.

Von diesen Jünglingen könnte mancher 'alte Knabe' — in Rumänien wie anderwärts — noch dies und jenes lernen. In der Tat liegen ja die Dinge in Rumänien so, daß die Konser-

*) Ein harter Dreier aus grobem Weizenmehl, in heißem Wasser angerührt (nicht einmal gefodert!)

**) 1 Bogon = etwa 1/2 Hektar

ativen alle Chancen haben, bei den bevorstehenden Neuwahlen noch mehr Terrain zu gewinnen, nachdem ihre Einigung mit den Junimisten erfolgt und so der Führer der letzteren, Peter Carp, Chef der gemäßigten konservativen Partei geworden ist.

Zu allem kommt, daß die Ernte dieses Jahres infolge von Dürre und anderen ungünstigen Umständen eine nicht gerade ergiebige und der Winter von neuem ein Hungerbringer zu werden droht. Was aber dann? Sollen die jungen Höglinge des Priesterseminars mit ihren düsteren Prophezeungen wirklich Recht bekommen? —

Serbien.

Die sozialdemokratische Partei Serbiens ist zwar erst jungen Datums, doch beginnt sie allmählich unter dem Proletariat des Landes Fuß zu fassen. — In Belgrad, der Hauptstadt, haben die Sozialdemokraten 6 von den insgesamt 80 Stadtverordnetenstellen erobert. Unter der Führung des Genossen Laptschewitsch, der auch dem Parlament — der Skupschtina — angehört, haben sie in der letzten Zeit in der Belgrader Gemeindeverwaltung einige für die Arbeiterschaft wichtige, wenn auch noch beschriebene Anträge durchgebracht: So gewährt denn die Stadtgemeinde den Arbeitlosen eine jährliche Unterstützung von 6000 R., sie gründet eine Arbeitsbörse, erhöht die Löhne der von ihr beschäftigten Arbeiter (75 R. Monatsgehalt), bereitet den Bau eines Asyls, eines Volksbades und Krankenhauses vor.

Persien.

Teheran, 27. Mai. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Anordnung des Schahs, daß Rahim Khan, dessen Sohn die Pländerungen in Ladsis organisiert hat, festgenommen und in Ketten gelegt werde, hat die Ruhe in Teheran wieder hergestellt. Auf Verlangen der Bevölkerung ist die Illumination der Stadt aus Anlaß des Geburtstages des Schahs abbestellt worden. — Öffentliche Aufschläge fordern die Bevölkerung auf, die Fremden, die Gäste der Perse seien, zu schützen. — Salardar Dauleh befindet sich einige Tagesreisen von Hermandschah, wo sich die Regierungstruppen konzentrieren.

Amerika.

Zum Prozeß gegen die Arbeiterführer.

Infolge der Veröffentlichung geheimer Dokumente der Pinkerton-Agentur durch einen ehemaligen Beamten ist etwas Licht über die Verschwörung der Kapitalisten der Weststaaten gegen Hoher, Gaywood und Pettibone verbreitet worden. Der Beamte hat beschworene Aussagen gemacht, und er zeigt dokumentarisch, wie die Pinkerton-Agentur mit dem Falle beschäftigt wurde: Pinkertoner hatten sich als Mitglieder in die Vereinnung der Bergarbeiter der Weststaaten aufnehmen lassen; sie erwarben sich Vertrauensstellungen und lieferten genaue Verichte über die Tätigkeit der Gewerkschaft an ihre Agentur. Die Spione erhielten von ihren Vorgesetzten den Auftrag, Zwistigkeiten und Unruhen hervorzurufen und alles zu versuchen, die Organisation der Arbeiter zu zerstören! Sie hatten speziell den Befehl, in die 'inneren Zirkel', von denen viel gesabelt wurde, einzudringen. (Hoher, Gaywood und Pettibone wurden bekanntlich angeklagt, daß sie Mitglieder dieser 'Zirkel' waren, denen die verschiedenen geheimnisvollen Morde zugeschrieben werden, die in den letzten Jahren in Colorado in Verbindung mit Arbeiterunruhen vorgekommen sind.) Auf Verlangen der Grundbesitzer, sowie die Pinkerton-Gesellschaft, einen ihrer geschicktesten Agenten nach Colorado, um die Geheimnisse der 'Zirkel' zu ergründen. Dieser Agent machte sich die Freundschaft von vierzig Jahren in der Arbeiterbewegung zu erwerben. Er unter suchte zwei Jahre lang und gab für seine Zwecke 7000 Dollar aus, um schließlich zu dem Resultat zu kommen, daß die 'geschützten Zirkel' ein Märchen seien! — Trotzdem hält die Anklagebehörde den Glauben daran fest.

Die Veröffentlichung über die Tätigkeit der Pinkertons hat auch die Aufmerksamkeit der bürgerlichen Presse gefunden, und die Agentur bemüht sich jetzt, die Wahrheit der Bekanntmachungen zu leugnen, aber es gelingt ihr schlecht, denn der Beamte hat die Namen und Nummern der Spione angegeben; er veröffentlicht Briefe und Einzelheiten, die jedem unparteiischen Menschen als durchaus beliebigstätig erscheinen.

Der Prozeß nahm am 8. Mai seinen Anfang mit der Anklage von zwölf Bürgern als Geschworene, was sehr lange Zeit in Anspruch nimmt, da jeder beschuldigte Bürger vom Ankläger wie vom Verteidiger einem gründlichen Erfragen unterworfen wird. Den Geschworenen werden vom Ankläger 3 W. folgende Fragen vorgelegt: Ob sie Mitglieder irgend einer Arbeiterorganisation sind! Ob sie schon zu einem Entschluß über die Schuld oder Unschuld der Angeklagten gekommen sind! Ob sie schuldig sprechen würden bei nicht genügenden Beweisen usw. Kein Wunder, daß sich alle so Interpellierten für untauglich erklären, als Geschworene zu fungieren. Der Gefahr, daß es auf diese Weise überhaupt nicht zur Verhandlung kommt, ist dadurch vorgebeugt, daß nach den Bestimmungen von jeder Seite höchstens 100 Geschworene definitiv abgelehnt werden dürfen. —

Die russische Revolution.

'Land und Freiheit!'

Petersburg, 28. Mai. 'Nitsch' meldet: Am 21. Mai liefen auf der Neiwert zwei Torpedoboote, 'Djelny' und 'Kastoropny', von Stapel. Ihre Wasserdrängung beträgt 300 Tounen, ihre Geschwindigkeit 26 Knoten, die Vaulosten betragen 830,000 Rubel. Die Werkarbeiter hatten an den Maschinen rote Flaggen befestigt mit der Aufschrift: 'Land und Freiheit!'. Diese wurden jedoch auf Anordnung des Direktors Dippus entfernt. —

Stolypin, der Voreilige.

Dem 'Berliner Tageblatt' teilt sein Petersburger Korrespondent telegraphisch mit:

Das in der Wohnung des Deputierten D h s o l bei einer Hausdurchsuchung beschlagnahmte Material gibt keine Veranlassung, gegen die sozialdemokratische Fraktion der Duma gerichtliche einzuschreiten, da der Nachweis einer direkten Verbindung mit der militärisch-revolutionären Organisation, von der Stolypin in der Duma bereits als 'Tatsache' berichtet hatte, mißglückt ist. —

Aus der Partei.

Stadterordnetenwahlen. Die neuliche Meldung aus W a h l h a u s e n i. Th. über einen sozialdemokratischen Stadterordnetenwahltag war verfrüht. Wie sich herausstellte, fehlten unseren Kandidaten noch 3 bzw. 4 Stimmen an der absoluten Majorität. Am Montag hat die Stichwahl stattgefunden. Unsere Stimmzahl war diesmal eine, weit größere als bei der Hauptwahl, indem unsere Kandidaten um circa 300 Stimmen zunahmen und mit circa 80 Stimmen Majorität siegten. Unsere Genossen Dönneke und Schäfer erhielten 627 und 690 Stimmen, während der bürgerliche Wismasch trotz äußerster Anstrengung nur circa 440 Stimmen aufzubringen vermochte.

Der fünfte sozialdemokratische Provinzial-Parität für die Provinz Posen fand am 21. Mai zu Lohenaia statt. Es waren 9 Wahlkreise durch 19 Delegierte vertreten, und zwar Posen durch 3, Gostyn-Katwisch durch 1, Hauptstadt-Rissa durch 1, Krotow-

schön durch 1, Czarnikau-Kolmar durch 2, Wisch-Schubin durch 1, Bromberg durch 4, Hohensalza-Strelno durch 5 und Gnesen-Bonogrowitz durch 1 Delegierten. Außerdem waren anwesend Genosse Schüh-Breslau als Vertreter der „Vollswacht“, Genosse Trambalski-Kattowitz von der P. P. S. und 2 Mitglieder des Bezirksvorstandes.

Die Berichte des Bezirksvorstandes und der Delegierten erzählen von den zahlreichen Schwierigkeiten, unter denen die Arbeit der Genossen zu leiden hat. Polizeimaßnahmen, Lokalmangel, das Fehlen einer eigenen Presse, mangelndes Zusammenarbeiten der deutschen und der in der P. P. S. organisierten polnischen Genossen wirken zusammen. Es kam denn auch zu gegenseitigen Vorwürfen zwischen den deutschen und polnischen Genossen auf der Tagung. Die Organisation ist natürlich sehr schwach. In der letzten Zeit wurde eine Reihe neuer Verbindungen in einer größeren Anzahl von Orten der Provinz hergestellt. Im Kreise Hohensalza wurde ein Wahlverein gegründet und in einigen anderen Kreisen eine Anzahl freiwilliger Helfer gewonnen. Die Einnahmen betragen inklusive des Zuschusses vom Parteivorstande 7197,32 M., die Ausgaben inklusive der Reichstagswahlkosten 7101,75 M. Verschiedene Vorschläge zur Verbesserung der Verhältnisse (jetzt wird die „Breslauer Volkswacht“ in etwa 700 Exemplaren gelesen) zeitigten schließlich den Beschluß, dem Bezirksvorstand den Antrag zur Berücksichtigung zu überweisen, den Parteivorstand zu ersuchen, der Provinz Posen die Mittel zur Verfügung zu stellen, damit für dieselbe ein Kopfbild oder eine Beilage zur „Vollswacht“ herausgegeben werden kann.

Als Ort für den Sitz des Bezirksvorstandes wurde Bromberg und als Vorsitzender Genosse Appel gewählt.

Der Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei Sagens hat sich konstituiert und zu seinem Vorsitzenden Genossen Friedrich Sigmund und zum Schriftführer Genossen Peter Mees gewählt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Gauleitungen fanden am Freitag in der Redaktion des „Vollblatts“ für Göttha und in den Wohnungen verschiedener Genossen zu Göttha statt. Gefahrdet wurde nach Kotzen, die bei den Reichstagswahlversammlungen den Redner als Unterlegen gebildet hatten. Wie schon früher mitgeteilt, ist gegen den Genossen Rentgraf wegen einer Rede, die er zur Reichstagswahl in Goldbach gehalten hatte, eine Untersuchung eingeleitet worden, von deren Verlauf man längere Zeit nichts gehört hat. Ob die Aktion nun auf weitere Kreise ausgedehnt werden soll, bleibt abzuwarten.

In die preussische „Freiheit“ ist Genosse Franz Klubs von der „Märkischen Volkstimme“ zurückgekehrt, nachdem er 3 Monate Gefängnis verbüßt hat, die ihm die Zank-Kammer zu Breslau wegen eines in der „Breslauer Volkswacht“ veröffentlichten Raigedichts zudisponiert hatte, das andere Parteiblätter vorher und nachher unbeanstandet abdruckten.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Bewegung im Baugewerbe.

Der schnelle und unerwartete Vorstoß der Bauarbeiter hat ihnen gleich am ersten Tage eine Anzahl von Erfolgen gebracht. Die Maurer und Bauarbeiter hatten bei etwa 140 Firmen eine Bewilligung ihrer Forderungen zu verzeichnen. Beim Verein der Zimmerer waren etwa 30 Bewilligungen eingelaufen. Der Verband der Zimmerer hat 87 Verträge abgeschlossen, etwa 50 liegen noch zum Abschluß bereit. Ihre Erledigung ist nur deswegen nicht schon gestern erfolgt, weil die Zimmerer alle Verträge durch Verbandsbeamte abschließen, die naturgemäß nicht überall zugleich sein können. Bei den Firmen, die bewilligt haben, handelt es sich keineswegs nur um die kleinen und kleinsten. So zählen die Zimmerer viele Firmen mit 20 und 25 Mann, für diesen Beruf Großbetriebe. Eine vollständige Uebersicht über den Stand der Bewegung läßt sich naturgemäß erst dann geben, wenn in den Bewilligungen ein gewisses Beharrungsstadium eingetreten ist.

Die Stukkateure nahmen am Montag in einer sehr gut besuchten Mitgliederversammlung Stellung zu dem gegenwärtigen Bauarbeiterkampf. Referent war Odenthal vom Hauptvorstand. Der Beruf des Stukkateurs greift vielfach über in den Maurer- und Putzberuf. Es sei nun selbstverständlich, sagte der Referent, daß die Stukkateure abzulehnen hätten das Verlangen, Arbeit fertig zu stellen, die von Ausgesperrten oder Streikenden angefallen sei. Die betreffenden Kollegen hätten als Streikende zu gelten und wären als solche zu unterstützen. Anders wäre es da, wo die Kollegen wegen Mangels von Gerüsten oder von Material infolge der Bewegung arbeitslos würden. Von einer Maßregelung könne da keine Rede sein, sondern eben nur von Arbeitslosigkeit und für solche sei nach dem Statut keine Unterstützung zu zahlen. Ein weiterer Fall könne noch eintreten. Manche Stukkateurmeister, die kontraktlich selbst den Rüstungsbau übernommen hätten, ließen die Rüstungen gegen ein Entgelt bisher von den Hilfsarbeitern der Bauunternehmer ausführen. Wenn diese Stukkateurmeister nun während der Bewegung nachwies, daß sie eigentlich nach ihren Kontrakt selber die Rüstungen zu stellen hätten und wenn sie sie nunmehr durch ihre eigenen Hilfsarbeiter bauen ließen, dann würde dagegen nichts einzuwenden sein. Der Redner, der diese Auffassung als die des Hauptvorstandes vertritt, erklärt im Sinne deselben ferner: Bestehe auch im Rahmen des Statuts keine Unterstützungspflicht gegenüber denen, die infolge der Aussperrung und des Streiks der übrigen Bauarbeiter keine Gerüste und kein Material haben und so arbeitslos werden. So sei doch eine moralische Verpflichtung auch ihnen gegenüber vorhanden. Der Hauptvorstand sei deshalb bereit, die Mittel bereitzustellen, daß diese arbeitslos werdenden Kollegen von der fünften Woche ab eine Unterstützung erhalten von 9 M. die Verheirateten, von 6 M. die Unverheirateten, sowie 1 M. für jedes Kind. (Großer Lärm und stürmisches Geschrei.) Redner bebauert, daß nicht mehr zugestanden werden könne. Die finanziellen Verhältnisse des Verbandes gestatten es nicht.

Wengels von der Ortsverwaltung der Filiale tritt in längeren Ausführungen der Auffassung und dem Vorschlag des Hauptvorstandes entgegen. Die Ortsverwaltung als solche steht auf einem anderen Standpunkt als der Hauptvorstand. Wengels begründet ihn und formuliert ihn dahin:

Als Maßregelung (nicht als einfache Arbeitslosigkeit) und damit als unterstützungspflichtig gemäß Statut, aber erst vom ersten Tage der zweiten Woche ab, gilt: 1. wenn Stukkateure liegen gebliebene Arbeit Streikender (bzw. Ausgesperrter) fertigstellen sollen und wegen der Verweigerung nicht weiter beschäftigt werden; dabei gilt nicht als Streikarbeit solche, die wir 4 Wochen und länger vorher auch gefertigt haben; 2. wenn infolge des Streiks der Bauhilfsarbeiter Rüstungen fehlen; 3. wenn die Rüstungen durch Streikbrecher hergestellt werden; 4. wenn infolge des Streiks der Hilfsarbeiter bei vorhandener Arbeitsmöglichkeit Mangel an Material eintritt, so daß Entlassungen erfolgen; 5. wenn das Material durch Streikbrecher herangezogen wird; 6. von Fall zu Fall ist weiter zu entscheiden, wenn trotz vorhandener Arbeitsmöglichkeit Entlassungen durch die Arbeitgeber erfolgen; 7. halten wir uns für verpflichtet, die mehr als 4 Wochen sonst noch arbeitslosen Kollegen schadlos zu halten, und zwar bekommen Verheiratete 9 M. und für jedes Kind 1 M. und Unverheiratete 6 M. pro Woche.

Der Vorsitzende Krebs ist anderer Meinung als seine anderen Kollegen in der Ortsverwaltung. Er schließt sich im wesentlichen dem Vorschlag des Hauptvorstandes an.

Im Laufe der Diskussion, die sich zu einer sehr langen und lebhaften gestaltete und häufig zu äußerst erregten Szenen führte, wurden von verschiedenen Seiten noch eine Anzahl Anträge zu der heiß umstrittenen Unterstützungfrage und zu den damit zusammenhängenden Fragen gestellt.

Das schlechteste Resultat der geraume Zeit nach Mitternacht vorgenommenen Abstimmungen war die Annahme des mitgeteilten Vorschlages der Ortsverwaltung gegen 5 Stimmen. Der erhöhte Beitrag von 1 M., der jetzt besteht, bleibt vorläufig weiter in Kraft, bis etwas Anderes beschlossen wird.

Die Lohnbewegungen in der Berliner Konfektion.

Die Herren- und Anabenkonfektionsindustrie Berlins befindet sich zurzeit in einer eigentümlichen Lage. Die Zuschneider und Zuschneiderinnen stehen vor dem Abschluß eines neuen Tarifvertrages, aber es ist noch nicht sicher, ob die Unternehmer ihnen das dazu nötige Entgegenkommen zeigen werden, oder ob es zu einem Streik kommt, der zwar selbst kaum 400 Personen umfassen, aber viele Tausende in Mitleidenschaft ziehen würde. Am heutigen Mittwoch soll es sich entscheiden, ob es zum Ausstand der Zuschneider kommt. Bei einer Firma, Salomon Kurzweg, hatten die Zuschneider bereits am Sonnabend die Arbeit eingestellt, nahmen sie jedoch am Montag wieder auf, nachdem die Firma die Forderungen anerkannt hatte, was im übrigen bekanntlich schon von 20 anderen Firmen geschehen ist.

Die Zuschneider haben bei ihrer Tarifbewegung viel Geduld bewiesen, bis die Unternehmer sich bequemen, einzutreten in die Verhandlungen einzutreten. Aber noch mehr Geduld wird von der großen Masse der Arbeiter und Arbeiterinnen der Herren- und Anabenkonfektion verlangt. Es war im März, als sie den Unternehmern ihre Forderungen vorlegten, und noch immer liegt keinerlei erwähnenswerter Antwort der Unternehmer vor. Einige Firmen haben zwar geantwortet, aber nur unerbittlich und ohne irgend welche Zugeständnisse zu machen. Der Schneiderverband hatte am Montag drei öffentliche Versammlungen für die Herren- und Anabenkonfektion, bei Bernau in der Schwedterstraße, in den Kuisertälern in der Kaiser Wilhelmstraße und in der Großen Frankfurterstraße 117, veranstaltet, in denen sowohl die Lohnbewegung der Zuschneider als auch die Tarifbewegung der Konfektionsschneider auf der Tagesordnung stand. Es zeigte sich in diesen Versammlungen, daß die Konfektionsschneider und -Schneiderinnen sich solidarisch fühlen mit den Zuschneidern und sich, sollte es hier zum Ausstand kommen, keinesfalls zu Streikbrecherdiensten mißbrauchen lassen werden. Im übrigen zeigten diese gutbesuchten Versammlungen auch dafür, daß die Konfektionsschneider sich keineswegs noch lange hinhalten lassen, sondern immer dringender fordern, daß ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse endlich einmal geregelt werden. Das geht auch aus der folgenden Resolution hervor, die in allen drei Versammlungen einstimmig angenommen wurde:

„Die Versammlung der Konfektionsschneider Berlins empfindet es als eine unwürdige Behandlung, daß die Inhaber der Herren- und Anabenkonfektionsfirmen bis jetzt noch keine Zeit gefunden haben, der Leitung des Schneiderverbandes Mitteilung zu machen, ob sie die geforderten Lohnerhöhungen bewilligen wollen oder nicht.“

Die Versammelten wünschen, daß die Konfektionäre unverzüglich zur Abgabe einer Antwort veranlaßt werden, die dann innerhalb 14 Tagen den Berliner Konfektionsschneidern in Versammlungen bekannt zu geben ist, damit sie in der Lage sind, rechtzeitig weitere Schritte zur Erreichung einer Lohn-erhöhung beschließen.“

Einzeln Konfektionsfirmen streben jetzt danach, mit ihren Schneidern Verträge auf längere Zeit abzuschließen. Ein solches Ansehen soll von diesen mit Zustimmung der Organisation abgelehnt werden.

Zur Lohnbewegung der Dachdecker.

Bereits über sieben Wochen währt nun schon der Lohnkampf und noch ist nicht abzusehen, wann derselbe sein Ende erreicht haben dürfte. Die Unternehmer verharren nach wie vor auf dem Standpunkt, den Berliner Dachdecker nicht das geringste zu bewilligen, obgleich dieselben sich bereit erklärt haben, den Unternehmern entgegenzukommen und die Forderungen etwas herabzusetzen. Sie fordern jetzt 8 1/2 stündige Arbeitszeit und 85 Pf. Stundenlohn, um zu beweisen, daß es den Dachdeckern ernst ist mit dem Friedensschluß im Gewerbe und daß sie zu Verhandlungen bereit sind. Solange die Unternehmer allerdings auf ihrem Standpunkt verharren, den Dachdeckern auch nicht das geringste zu bewilligen, kann von einer Verständigung nicht die Rede sein. Für die Unternehmer wird die Situation von Tag zu Tag verzweifelter und sie wissen kaum noch, wie sie die Bauherren durch Versprechungen hinstreichen und verströben sollen. In sehr vielen Fällen macht man begrifflicherweise kurzen Prozeß und überträgt die Arbeiten einfach einer Firma, welche die Forderungen der Arbeiter unter schriftlich anerkannt hat. Auf diese Weise haben verschiedene Unternehmer schon ein ganz Teil Arbeit verloren und infolgedessen erhebliche Verluste erlitten. — An vielen Bauten ist die Schuttrichtung bereits entfernt worden, obgleich die Bauten nur provisorisch zugemacht worden sind. Bei Inangriffnahme der Arbeiten wird man dann allerdings wieder eine Schuttrichtung bauen müssen. Und wer bezahlt hier die Kosten? — In der letzten Nummer der „Arbeiter-Zeitung“ stoßen die Herren Unternehmer noch gewaltig in die Posaune und lassen verkünden, daß der Kampf mit verschärften Maßnahmen weitergeführt werde und daß in Verhandlungen erst dann wieder eingetreten werden soll, wenn die Gesellschaft die Forderung auf Verfürgung der Arbeitszeit gänzlich fallen läßt. Auch gibt das Unternehmerorgan hier die Zahl der Ausständigen auf 450 an. Wie angenehm sich hier die Unternehmer über die wirkliche Situation hinwegtäuschen. — Bis jetzt können die Dachdecker mit dem Verlauf der Lohnbewegung zufrieden sein. Die Forderungen haben 26 Firmen unterschrieben, darunter die 78 Dachdecker. Von den Lebigen hat die Mehrzahl Berlin verlassen. Auch von den Verheirateten hat sich ein ganz Teil Arbeit in der Provinz gesucht, so daß augenblicklich noch 200 Streikende zu unterstützen sind.

Achtung!

Wir machen die Holzarbeiter darauf aufmerksam, daß die Bootswerft von W. Deusch, Stralau, für Schiff- und Bootsbauer wegen bestehender Differenzen gesperrt ist. Verein zur Wahrung der Interessen der Schiff- und Bootsbauer, Stralau-Kummelsburg.

Achtung, Friseurgehülfen! Für Mitglieder gesperrt: A. P. Pithauerstr. 20.
Verband der Friseurgehülfen Deutschlands, Rosenhallerstr. 57.
J. A. Paul Dier.

Deutsches Reich.

Der Streik in Podesjuch.

Die Verhandlungen der Lohnkommission der Zementfabrik Podesjuch mit der Direktion sind gescheitert, weil die Direktion nach wie vor sich auf einen ablehnenden Standpunkt stellt. Man glaubt auch die Streikenden damit einschüchtern zu können, daß die Direktion droht, für die Arbeitswilligen Wohnhäuser zu bauen, und dann keinen von den alten Leuten wieder einzustellen. Derartige Einschüchterungsversuche können die Streikenden nicht irre führen. Es sind ja die altbekanntesten Unternehmerricks. Der Streik nimmt seinen Fortgang, und bitten die Streikenden deshalb alle Arbeiter, nach Podesjuch-Pinsenanwalde kein Angebot anzunehmen.

Der allgemeine Maurerstreik in D a m b e r g, der schon einige Wochen andauert, zieht sich in die Länge. Bei den kürzlich vom ersten Bürgermeister veranlaßten und von ihm geleiteten Einigungsverhandlungen kam ein Vergleich dadurch zustande, daß die Arbeiter sich mit einer Lohnerhöhung von 4 Proz. einverstanden erklärten. Die Unternehmer nahmen diesen Vorschlag ebenfalls an, aber hinterher befanden sie sich, daß sie bei dieser Gelegenheit vielleicht auch einen kleinen Profit herauszuschlagen könnten. Sie forderten vom Magistrat die Erhöhung der Tarife für städtische Rechnungen in allen Positionen um ebenfalls 5 Proz., was der Magistrat ablehnte. Darauf erklärten die Unternehmer, daß sie auch den Arbeitern kein Zugeständnis machen würden. Jetzt suchen sie aus allen Richtungen Streikbrecher heranzuziehen, was zu beachten ist.

Ausland.

Der Streik in den Handminen von Transvaal.

Wie durch den Telegraph schon mitgeteilt wurde, hat die englische Regierung Truppen in die Minendistrikte einmarschieren lassen und es ist schon zu blutigen Zusammenstößen gekommen. Die direkte Ursache des Streiks ist bekanntlich das Verlangen der Unternehmer an die weißen Arbeiter, 3 Maschinen anstatt wie bisher 1 oder 2 zu bedienen. Die chinesischen Kulis sind mit der Zeit ebenfalls zu „gelernten“ Arbeitern geworden und sie sind viel billiger als die Weißen. Daher möchten die Minenbesitzer am liebsten die weiße Arbeit gänzlich ausschalten. Die Handminen befinden sich in den Händen einer kleinen Anzahl jüdischer Kapitalisten, die ihre hohen Dividenden — 30, 50 bis 100 Prozent — in Europa verzehren. An der weiteren geblühenden Entwicklung des Landes haben diese Leute nicht das geringste Interesse. Alljährlich wird für zirka 500 Millionen Mark Gold in den Minen von Transvaal gewonnen. Die Bevölkerung hat hiervon keinen Gewinn, nicht einmal die Arbeiter, die diesen Reichtum dem Boden abgewinnen erfreuen sich eines besondern Wohlstandes. Im Gegenteil. Die Arbeit ist eine sehr schwierige und gesundheits-schädliche. Die Goldgräber erreichen kein hohes Alter. Das alles kümmert natürlich die Kapitalisten nicht; ihnen kommt es nur darauf an, die Minen möglichst schnell auszubeuten, um ihre Profite zu erhöhen, scheuen sie vor keinem Verbrechen zurück. Von dem Flußufertritt Jamesons angefangen, bis zu der Einführung der Chinesen haben die Kapitalisten und ihre Helfershelfer rücksichtslos alles getan, um ihre Ausbeuterinteressen auf Kosten der Allgemeinheit zu fördern. Es handelt sich also hier nicht lediglich um einen Streik der Goldgräber, sondern um einen sozialen Konflikt, an dem auch die übrige Bevölkerung interessiert ist.

Ein offizielles Telegramm meldet:
Johannesburg, 27. Mai. Die Leiter der Minen teilen mit, daß die Arbeiter allmählich wieder zur Arbeit zurückkehren. Das Reef ist jetzt vollständig mit Truppen besetzt, was dazu beiträgt, daß die weniger freilustigen Arbeiter die Arbeit wieder aufnehmen. Heute arbeitete die ganze Tagesschicht der Ferreira-Mine, und morgen wird die Arbeit auf der Roboport Central-Mine wieder aufgenommen werden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Aussperrung der Metallarbeiter.

Frankfurt a. M., 28. Mai. (W. G.) Zu der Aussperrung in der Metallindustrie ist zu berichten, daß die Verhandlungen mit der Siebenkommission, die heute früh in Offenbach wieder aufgenommen worden sind, bis mittags noch zu keiner Einigung geführt haben. Die Aussperrung in den Frankfurter Fabriken ist erst teilweise erfolgt. Bisher sind indogefamt 18—20 000 Arbeiter von der Aussperrung betroffen.

Aus „Besseren“ Kreisen.

Wiesbaden, 28. Mai. (W. G.) Eine Hochstaplerin, die in einem der ersten Hotels verschiedene Herren der Gesellschaft zuerst in ihr Zimmer gelockt, dann dort eingeschlossen und erst gegen Herabgabe etlicher tausend Mark freigelassen hat, wobei sie auf peinliche Disziplin rechnete, wurde nach erstatteter Anzeige verhaftet und nach dem Untersuchungsgefängnis gebracht. Die angebliche Schauspielerin nennt sich Helle und scheint in derartigen Erpressungen firm zu sein.

Vom Bliz erschlagen.

Ulm, (Donau), 28. Mai. (W. G.) In Leichingen schlug der Bliz in eine Eiche, unter der acht Personen Schutz gesucht hatten. Zwei davon wurden getötet, zwei schwer, die übrigen leichter verletzt.

Massenverhaftungen.

Petersburg, 28. Mai. (W. G.) Bei Jablonowo wurden 100 Arbeiter wegen Abhaltung einer geheimen Versammlung von der Polizei verhaftet.

Aus der Reichsduma.

Petersburg, 28. Mai. (W. G.) Der Präsident verliest unter stürmischem Beifall ein Telegramm des finnischen Landtages. Die Gesandtschaft des Unterrichtsministeriums werden an eine Kommission überwiesen, nach Annahme eines Schlußantrages; es waren noch 88 Redner zum Wort gemeldet. Alsdann begann das Haus mit der Beratung des von 38 Abgeordneten unterzeichneten Antrages, der die Verurteilung politischer Verbrechen ausspricht. — Die Abgeordneten Professor Rhein und Bischof Eulogius sprechen für den Antrag und betonen, daß die politischen Verbrechen zu verurteilen sind. Die Duma, welche die Abschaffung der Todesstrafe und der Ausnahmegeetze forderte, würde ihr moralisches Ansehen nur erhöhen, wenn sie die Verurteilung verabschuldungswürdiger Verbrechen ausspreche. Die sozialistischen Abgeordneten Rebovidow und Alachejen erklären, sie begreifen nicht, daß Mitglieder der Rechten, welche mit alten Mitteln die Duma herabzuwürdigen suchten und die Auflösung verlangen, einen solchen Antrag einbringen. Sie können nicht glauben, daß der Antrag aus aufrichtigen Beweggründen hervorgegangen sei. Die Mitglieder der Rechten glaubten selbst nicht an einen wirklichen Erfolg der Revolution. Die Duma werde ihr Ansehen endgültig einbüßen, wenn sie den Antrag aus Furcht vor der Auflösung annehme. Der Präsident stellt hierauf den Antrag Rebovidow zur Abstimmung, der dahin geht, den Antrag auf Besprechung der Frage der Verurteilung politischer Verbrechen abzulehnen. Der Antrag Rebovidow wird mit 215 gegen 146 Stimmen angenommen.

Gegen den Antrag Rebovidow stimmen die revolutionären Sozialisten, die Volkssozialisten, die Rechte und die Oktohristen. Dafür stimmen die Kadetten und die Arbeitspartei. Joseph Hesse setzt auseinander: Die Kadetten lehnten es ab, über die Verurteilung politischer Verbrechen zu diskutieren, denn das sei nicht Sache der Duma. Der revolutionäre Sozialist Schirshy erklärt, seine Partei trete für die Beratung des Tadelsvotums für die politischen Verbrechen ein, da die Taten der Terroristen große historische Bedeutung hätten. Der Volkssozialist Demianoff führt aus, seine Partei stimme für die Besprechung des Tadelsvotums, denn sie wünsche die Rolle, welche die Regierung bei den politischen Verbrechen gespielt habe, zu kennzeichnen. Schluß der Sitzung 6 1/2 Uhr.

Bäderstreik.

Trient, 28. Mai. (W. G.) Hier, in Arco sowie in Riva sind sämtliche Bädergehülfen in den Streik getreten; es herrscht bereits Brotmangel.

Der finnische Landtag.

Helsingfors, 24. Mai. (Fig. Ver.)

Mit dem Zusammentritt des Landtages beginnt in der staatlichen Entwicklung Finnlands eine neue Phase. Unter der großen Revolutionswelle 1905 stürzte auch die alte ständische Vertretung in Finnland zusammen. Finnland erhielt durch die Einführung der allgemeinen, direkten, gleichen Verhältniswahl für beide Geschlechter ein modernes Parlament. Die Wahlen brachten in die bisherige Zusammensetzung des Landtages eine ganz neue Gruppierung: Die Sozialdemokratie zählt nicht weniger als 80 Vertreter, während die stärkste Partei der Bürgerlichen, die einflussreiche altfinnische Partei der Bauern, es nur auf 58 Sitze brachte. Die Sozialdemokratie hatte auf etwa 40 bis 50 Mandate gerechnet; sie hat ihren Einfluß also unterschätzt und hätte es bei einer näher an die Wirklichkeit heranziehenden Schätzung leichter gehabt, die so plötzlich stark herangewachsene Fraktion für alle parlamentarischen Situationen schlagfertig zu machen. Jetzt kostet es nur etwas mehr Mühe, aber die Aussichten sind die besten und die Fraktion tritt vorbereitet und diszipliniert auf den Plan.

Als die stärkste Fraktion im Landtag sollte die sozialdemokratische den Präses stellen und die bürgerlichen Parteien waren für die sozialdemokratische Kandidatur. Das war ein billiger Witz; denn sie wußten nur zu gut, daß die sozialdemokratische Fraktion in Anbetracht der zeremoniellen Pflichten des Präsidenten nicht damit einverstanden sein würde, diesen Posten zu belegen. In der sozialdemokratischen Fraktion selber fand sich auch nur ein einziger Verteidiger einer sozialdemokratischen Präsidentschaftskandidatur, der mit all den Argumenten vorrückte, die seinerzeit in der deutschen sozialdemokratischen Partei aus gewissen Kreisen ins Feld geführt wurden. Sie fanden aber bei der Fraktion keinen Anklang; diese beschloß, nur das Amt eines Vizepräsidenten für sich zu beanspruchen.

Der neue Landtag hat ein geradezu riesiges Reformwerk zu bewältigen. Er hat vor allem die anziehende neue Reaktionswoge abzuwehren und muß bestrebt sein, im Volke selbst ein Bollwerk gegen die Bestrebungen der Petersburger Diktatur zu legen. Bisher ist in dieser Hinsicht von den herrschenden Parteien im Lande schwer gesündigt worden. Schon längst als notwendig anerkannte Reformen sind aufgeschoben oder nicht mit dem nötigen Nachdruck verfolgt worden. Besonders für die Besserstellung der Landlosen und der Kleinpächter ist von den besitzenden Klassen so viel wie gar nichts geschehen, und diesen Umständen hat die russische Bürokratie durch Vobrisoff gleich für ihre demagogischen Machenschaften auszunutzen gewußt.

Die Bodenfrage spielte naturgemäß bei den Wahlen auf dem Lande die dominierende Rolle; alle Parteien waren bestrebt, die Landlosen auf ihre Seite zu bekommen. Ihre Stimmen fielen aber in der Mehrheit der Sozialdemokratie zu, die gerade auf dem Lande die besten Wählerfolge hatte. Es gibt Gebiete, wo 60—80 Prozent der Wähler ihre Stimmen für die sozialdemokratischen Kandidaten abgaben! Bei der Agrarfrage in Finnland handelt es sich ja darum, die Waldreichtümer den Händen der gewissenlosen Spekulanten zu entreißen und sie wieder in den Besitz der Allgemeinheit überzuführen oder wenigstens dafür zu sorgen, daß das große Einkommen aus diesem Nationalreichtum nicht allein in die Taschen der Holzportgesellschaften fließt. Die sozialdemokratische Partei hatte denn auch in ihr Wahlprogramm die Zwangsenteignung der Wälder aufgenommen. Am schlimmsten aber steht es mit der Verteilung des Grundbesitzes, die dazu geführt hat, daß die Landlosen jetzt ein elendes Dasein als Parzellenpächter führen müssen. Sie bezahlen die gepachteten winzigen Landstreifen mit ihrer Arbeitskraft und müssen gewöhnlich drei Tage in der Woche Frondienst tun. Nach dem letzten Landtag wurde ein Entwurf eines Agrargesetzes der sozialdemokratischen Fraktion sollen die Grundbesitzer gezwungen werden, entweder ihr gesamtes Areal in Kultur zu nehmen oder das freiliegende Land zu verpachten. Welches Land in einer Gemeinde der Verpachtung unterliegt und wer zunächst darauf Anrecht haben soll, das unterliegt der Prüfung und Bestimmung einer besonderen Anweisungskommission. Pachtkommissionen, in welche die Pächter und Landbesitzer je einen Vertreter entsenden und deren Vorsitzende aus allgemeinen, gleichen, direkten Wahlen hervorgehen, bilden eine Schiedsinanz bei Pachtstreitigkeiten. An Stelle der Pachtbezahlung durch Arbeitstage soll die Geldpacht treten.

Die Regierung und die besitzenden Klassen sind natürlich gegen eine so weit gehende Agrarpolitik. Sie wollen von Einziehung der Wälder nichts wissen und die Versorgung der Landlosen mit Land soll mit möglichst großen Vorteilen für die Landbesitzer verbunden sein. Statt im Interesse der ganzen Volkswirtschaft auf die Boden- und Pachtpreise durch die Einführung des Bewohnungszwanges bzw. Verpachtungszwanges zu drücken, will sie die Preise durch größere Landankäufe steigern und den ankauenden Parzellenbauern schwere Hypothekenschulden aufwälzen. Wegen eine solche Agrarpolitik wird die sozialdemokratische Fraktion mit allen Kräften ankämpfen.

Einen heißen Streit wird es auch um die Frage der Arbeiter- bzw. Volksversicherung geben. Die Sozialdemokratie ist überzeugt, daß durch die Verstaatlichung der Forstwirtschaft der Staatskasse größere Mittel zuströmen müssen, die es ermöglichen, eine gute Alters- und Invalidenversicherung durchzuführen. Von einer wirklichen Volksversicherung wollen aber die besitzenden Klassen nichts wissen. Was sie vorschlagen, ist nur eine Verbesserung der Armenpflege!

Sehr arge Zustände herrschen auch in der Verwaltung und in der Rechtspflege des Landes. Das Wahlrecht zu den städtischen und ländlichen Gemeindevertretungen ist ein ultrareaktionäres Pluralwahlrecht. Als eine der nächsten Fragen wird daher auf die Lageordnung des Landtages eine Gemeindevahlreform kommen, und zwar ist eine gewisse Aussicht vorhanden, daß auch für die Gemeindevertretungen die direkte, gleiche und allgemeine Verhältniswahl eingeführt wird. Für eine solche Reform scheint außer der Sozialdemokratie auch die altfinnische Bauernpartei zu sein, die auf diesem Wege die Vorherrschaft der Schweden in den städtischen Kommunen zu brechen hofft. Bei der weitgehenden Autonomie der Gemeinde in Finnland hat diese Frage des Gemeindevahlrechts eine außerordentliche Bedeutung.

Darin sind alle Parteien einig, daß die Gerichtsorganisation besser ausgestaltet, die Rechtspflege vereinfacht und verbilligt werden soll. Auch darin ist eine gewisse Uebereinstimmung vorhanden, daß das Verhältnis zwischen der Vertretung des Landes und der höchsten Verwaltungsbehörde, der Regierung, demokratischer gestaltet werden muß. Man hat versucht, wenigstens die juristische Regierungsverantwortlichkeit festzulegen; sie ist aber vom Kaiser nicht bestätigt worden. Es scheint aber, daß trotzdem eine Parlamentarisierung des Verhältnisses der Regierung zum Landtage plangreifen und daß der Senat künftighin in Fällen wichtiger Bestimmungen zwischen ihm und der Volksvertretung es als seine politische Pflicht betrachten wird, zurückzutreten.

Bei der gegenwärtigen Lage, wo das Land sich unter dem beständigen Druck der russischen Reaktion befindet, wird der Landtag in seinen Arbeiten nur mühsam fortfahren können. Daß er aber den demokratischen Geist im finnischen Volke stärken wird, ist zweifellos. Die Arbeiterpartei Finnlands hat da eine schöne und dankbare Aufgabe vor sich.

Die Sitzungen des neuen Landtags finden im großen Saale des Feuerwehrraumes statt, weil das Ständehaus erst einem Umbau unterzogen werden muß, damit es die 200 Abgeordneten fassen kann. Der grauweiße Saal des Feuerwehrraumes vermag den neuen Landtag auch nur knapp zu beherbergen; die Abgeordneten sitzen eng beieinander, und auf Bequemlichkeiten, wie Wandelgänge und dergleichen, müssen sie verzichten, so lange man mit dem Umbau des alten Ständehauses nicht fertig ist.

Das Bild der neuen Volksvertretung zeigt viele interessante Charakterzüge. Besonders die linke Seite und das Zentrum hat deren eine ganze Anzahl. Der Fraktion der Arbeiterpartei sieht man es an, daß sie keine Parlamentaristiker von Beruf sind, diese Menschen, die mit Blut und Seele in der Arbeiterschaft selbst wurzeln. Von den bekannten Führern der finnischen Sozialdemokratie sind die Genossen Sirola, Valpas, af Urfin, die Brüder Wuolijoki u. a. da. In erster Reihe aber ziehen die Landlosen und die Landarbeiter die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich. In ihre Gesichtszüge haben Arbeit und Sorge tiefe Furchen gegraben. Da ist z. B. ein Landarbeiter, ein Gesindledröcker, der sich in den Wahlen siegreich gegen seinen eigenen Wirt, einen Großbauer, behauptete. Sodann ein „Lorpar“, ein Kleinpächter. Der stämmige Mann ist einer der repräsentabelsten Genossen der Fraktion. Auch Parzellenbesitzer sind in der Fraktion vertreten, jedoch die Mehrzahl der Partei bilden Arbeiter.

Unter den Genossinnen ist an erster Stelle die eifrige Arbeiterin in der sozialdemokratischen Frauenbewegung, Ida Kale, zu nennen. Die sozialdemokratische Fraktion hat im ganzen neun weibliche Abgeordnete; es sind das außer Ida Kale die Genossinnen Minna Silanpää, Mimmi Kanervo, Maria Laine, Alexandra Reinholdson, Milja Pärssinen, Anna Quotari, Jenny Kilpiäinen, Maria Raunio. Von den übrigen zehn weiblichen Abgeordneten des Landtages gehören sechs zu den Aktivistinnen, darunter auch die Frau des bekannten finnischen Genossenschaftlers Dr. Gebhard. Zwei gehören zur schwedischen Volkspartei bzw. zu den Jungfinnen. Unter den letzteren befindet sich neben Dr. Arvid Neovius seine Schwester, die sich beide im Kampfe gegen das Vobrisoff'sche System große Verdienste um die Verbreitung einer geeigneten Literatur erworben haben. Unter den weiblichen Abgeordneten wird auch die bekannte zweite Vorsitzende des Allgemeinen Weltfrauenbundes, Alexandra Grippenberg, bemerkt.

Die Journalistentrübne ist stark besetzt. Die meisten großen russischen Blätter haben Vertreter entsandt, und auch die Berichterstatter einiger englischer und italienischer Tagesblätter sind erschienen. Die Abgeordneten sind eifrig dabei, die Pressevertreter in die Pläne und Arbeiten des neuen Landtages einzuführen.

Auf den Galerien hat sich ein zahlreiches Publikum eingefunden, besonders sieht man die finnische studierende Jugend in ihren kleinen weißen Mützen. Die Duma schickte ein Begrüßungstelegramm. An die sozialdemokratische Fraktion sandten Begrüßungsschreiben die Fraktion der Sozialrevolutionäre, die Arbeitsgruppe und die Volkssozialisten. Aus Odessa ist ein Schreiben der dortigen Abteilung des Allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes eingelaufen. Das Begrüßungstelegramm, welches die sozialdemokratische Dumafraktion sandte, hat folgenden Wortlaut:

Die soz.-dem. Fraktion der Reichsduma entbietet ihren Genossen, den Mitgliedern der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, den parlamentarischen Vertretern des finnländischen Proletariats, das durch seinen hartnäckigen Kampf das demokratische Wahlgesetz in Europa als erste verwirklicht hat und die politische Gleichstellung von Frauen und Männern erkämpft hat, ihren herzlichsten Gruß. Die Energie der Sozialdemokraten der ganzen Welt, ihre Hingebung im Kampfe, ihre Treue gegenüber den Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus ist die beste Gewähr des nahenden endlichen Sieges des Sozialismus und der vollen Befreiung des Proletariats vom Doppelschlag der Despotie und des Kapitals. Wir sprechen hierdurch unsere unerschütterliche Ueberzeugung aus, daß die Bande brüderlicher Solidarität, die das Proletariat Finnlands und Rußlands stets verknüpft haben, in Zukunft noch mehr erstarren und uns von Sieg zu Sieg, der neuen großen Welt, der Welt der Arbeit und Brüderlichkeit, entgegenzuführen werden.

Hoch Finnland!
Hoch die internationale Sozialdemokratie!

Der Prozeß Pöplau.

Der vierte Verhandlungstag, Dienstag, brachte endlich die lang erwartete Zeugnisaussage des vielgenannten Geheimsekretärs Schneider, der angeblich mit dem Angeklagten Pöplau „unter einer Decke steden“ sollte. Schneider war am Montag in der Kerkensheimanstalt bei Eberswalde, in der er sich noch befindet, durch ein beauftragtes Mitglied des Richterkollegiums in Gegenwart des Staatsanwalts, des Angeklagten und des Verteidigers vernommen worden. Seine Aussage war protokolliert worden und mußte nun am Dienstag vorlesen werden.

Im ersten Teil der Dienstagssitzung wurden indes erst noch einige andere Zeugen gehört, die möglichst bald abgefertigt zu werden wünschten. Unter ihnen war auch der Abgeordnete Bebel, der von Pöplau geladen worden war. Die Zeugen, die am Sonnabend der Ladung des Angeklagten keine Folge geleistet hatten und dann auf neue geladen worden waren, wurden auch diesmal wieder vergeblich erwartet. Gegenüber diesen Zeugen war die Vorsicht gebraucht worden, ihnen ihre Fahrkosten, wie wir

schon gestern meldeten, rechtzeitig zuzustellen, aber es fehlte immer noch an der Genehmigung ihrer Vorgesetzten, an Gerichtsstelle auszusagen. Es wurde zunächst nicht viel Aufsehens davon gemacht, daß die Herrschaften wiederum ausgeblieben waren. Erst zum Schluß der Sitzung äußerte der Verteidiger, diese Zeugen seien unter Darbietung des „Reisgelbes“ nicht nur zum Dienstag, sondern auch noch für die folgenden Tage geladen worden. Er hoffe, daß sie die

Genehmigung zur Zeugnisaussage noch erhalten würden. Erklärungen werde er am Mittwoch abgeben.

Aus der Reihe der von dem Angeklagten als Zeugen geladenen Beamten der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes wurde am Dienstag nur der Hofrat Kunow vernommen. Auch er hat, so befandete er, einmal einen Gehaltsstreit mit dem Reichsfiskus gehabt, so daß er Klagen mußte. Dabei ist ihm in derselben Weise, wie Pöplau es von sich selber behauptet, ein seine Sache betreffendes Rechtsgutachten des Herrn v. Franzius

in Abschrift anonym zugegangen.

Er fand das Schriftstück eines Tages auf dem Tisch seines Bureaus in verschlossenem Ruber, aber er verwendete es allerdings nicht in seinem Prozeß, sondern lieferte es gehorsam an das Bureau des Herrn v. Franzius ab. Als Pöplau dem Zeugen Kunow die Frage vorlegte, ob er etwas davon wisse, daß P. „Material gesammelt“ habe, verteidigte K. die Antwort, weil das außerhalb des Rahmens der ihm erteilten Genehmigung liege. Rechtsabteilung Vertraut wies darauf hin, daß ja dieselbe Frage schon in der Voruntersuchung sämtlichen Zeugen vorgelegt worden sei. Das Gericht beschloß, es solle versucht werden, sofort noch die Genehmigung zur Verantwortung auch dieser Frage einzuholen. Auch die von Pöplau an den Zeugen Kunow gerichtete Frage, welches die geschäftsmäßige Behandlung der Akten zu den Sachen Franzius, Kannenberg und Niem gewesen sei, wurde zunächst vom Vorsitzenden zurückgewiesen, weil auch hierzu eine Genehmigung erforderlich sei. P. erwiderte, das bedeute geradezu eine

Beschränkung der Verteidigung.

Das Gericht beschloß dann, eine entsprechende Erweiterung der Aussageerlaubnis nicht nur für Kunow, sondern auch für einige andere Zeugen, die in den Bureaus der Kolonialabteilung als Beamte tätig sind, nachträglich einzuholen. Es folgte dann die Vernehmung des Abgeordneten

Bebel, der lebhaft befunden sollte, daß er schon 1901 im Reichstag den Fall Kannenberg zur Sprache gebracht habe, aber nicht etwa von Pöplau das Material erhalten habe. Bebel bestätigte das. Als der Staatsanwalt fragte, auf welche Vorkommnisse denn der Zeuge damals im Reichstag hingewiesen habe, antwortete Genosse Bebel:

„Der Hauptmann Kannenberg war damals Stationsleiter. Als in einer Nacht ein Kind einer Schwärzen in der Nähe seines Hauses Lärm machte, griff er zur Flinte, stürzte hinaus und schoß das Kind nieder.“

Diese Antwort genügte dem Staatsanwalt. Er verlangte nicht nach mehr, und Bebel wurde entlassen. Auch der Abgeordnete Arendt sollte befunden, daß ihm Mitteilungen über Vorgänge im Auswärtigen Amt von anderen Personen als dem Angeklagten gemacht worden seien. Er erklärte, Aktenstücke oder Abschriften habe er nie zu sehen geglaubt, aber der damalige Kolonialdirektor Kasper habe ihm einmal aus den Akten des Herrn Peters mündlich etwas mitgeteilt.

Die Vernehmung des Schriftstellers von Lohberg gestaltete sich zu dem, was man

„eine schwere Entbindung“

zu nennen pflegt. Die Behauptung, daß auch ihm mal jemand über Vorgänge im Auswärtigen Amt eine Mitteilung aus amtlichen Schriftstücken gemacht habe, wurde von Herrn von Lohberg im bestimmtesten Ton für „gänzlich falsch“ erklärt. Pöplau hielt ihm vor, er habe doch einmal eine Unterredung mit dem Geheimrat Hellwig veröffentlicht. Der Zeuge erwiderte, da habe Hellwig ihm seine Mitteilung aus Akten gemacht, sondern nur seine persönliche Ansicht vorgetragen. Allen hätten ja auf dem Tisch gelegen, der Herr Geheimrat habe auch wohl mal hineingeschaut, aber er habe nichts daraus vorgelesen. Nun beantragte Pöplau, daß jenes Interview verlesen werde. Die daraus ersichtliche Tatsache der Indiskretion des Geheimrats Hellwig sei dem Reichsanwalt bekannt geworden, es sei aber gegen den Herrn Geheimrat kein „Arnimparagraf“ geltend gemacht worden. Der Zeuge erkannte die ihm vorgelegte Kopie seines Artikels als richtig an und gab jetzt auch zu, damals geschrieben zu haben, Hellwig habe ihm

einen Brief aus den Akten vorgelesen.

Das Gericht beschloß, dem Angeklagten die Beschaffung des Originals aufzugeben, da nur dieses an Gerichtsstelle verlesen werden dürfe. Während das Richterkollegium im Beratungszimmer verweilte, um über diese Angelegenheit Beschluß zu fassen, machte Herr von Lohberg dem Angeklagten eine erregte Szene. Hiernach wurde zur Verlesung der

Aussage des Sekretärs Schneider

geschritten. Schneider hatte, wie man gestern aus einer Bemerkung des Staatsanwalts entnehmen konnte, auch am Montag sich zunächst noch sehr unzugänglich gezeigt, und über eine Stunde hatte mit dem aufgeregten Manne darüber verhandelt werden müssen, ehe er sich zu einer Aussage bereit finden ließ. Das Ergebnis der Vernehmung dürfte dem Anlagvertreter einige Enttäuschung bereitet haben. Schneider hat aufs entschiedenste in Abrede gestellt, dem Angeklagten jemals irgendwelches Material weder direkt noch indirekt in die Hände gespielt zu haben. Er wisse auch nichts davon, daß P. selber Material gesammelt habe. Aber das sei allerdings ihm und auch anderen Beamten in der Kolonialabteilung bekannt gewesen, daß es dem Angeklagten in dem Kampfe, den er führen mußte, nicht an wirksamen Waffen fehlen würde und er sein Recht mit allem Nachdruck verfechten werde. Sch. habe das dem Geheimrat Hellwig vorgestellt und habe dann den Auftrag erhalten, mit Pöplau zu verhandeln, um eine

friedliche Beilegung des Konflikts

herbeizuführen. Daß dem Angeklagten eine Abschrift der Eingabe Niems gegen Brandels anonym zugegangen ist, hat Sch. gesehen. Er bestreitet, daß er selber diese Abschrift geliefert hat, wie eine anonyme Denunziation, die während der Voruntersuchung eingegangen war, es behauptet hatte. Ihm selber sei gleichfalls einmal eine Abschrift eines Rechtsgutachtens des Herrn von Franzius zugegangen. Schneider ist, wie am Montag beschlossen worden war, zunächst nicht bereidigt worden. Am Dienstag wurde vom Staatsanwalt beantragt, nunmehr diesen Zeugen zu verurteilen. Gegen ihn bestehe jetzt kein Verdacht der Mittäterschaft mehr, er habe sich ja nur dadurch verächtlich gemacht, daß er in der Voruntersuchung jede Aussage verweigerte. Dem Antrag auf Verurteilung schloß sich der Verteidiger mit dem Bemerkten an, daß das ganze Gerede, Schneider und Pöplau hätten zusammengewirkt, lediglich auf die

Verlesung eines Detektivs

zurückzuführen sei. Es wurde dann beschlossen, Schneider am Nachmittag im Sanatorium bei Eberswalde zu verurteilen. Den Schluß der Sitzung bildete die Fortsetzung der Vernehmung des Hofrats Kunow, für den inzwischen die erwähnte

Rachtragsgenehmigung eingegangen war. A. befandete jetzt, auch er wisse nicht, daß Poplau Material gesammelt habe, er habe aber gehört, daß ihm Material zugegangen sei, z. B. auch das Untertuch des Herrn von Franke. Auf eine Frage Poplaus bestätigte A., daß Poplau keineswegs für eine Art Nachrichtenkolporteur gewesen sei. Er trifft das für einige andere Beamte zu, z. B. für den Hofrat Wöhe, der gleichfalls als Zeuge geladen ist. Zur Frage der geschäftsmäßigen Behandlung der Akten befandete A., oft seien einzelne Stücke hierhin und dorthin verstreut worden, jedoch schwer festzustellen war, wo sie sich im Augenblick befänden.

Die nächste Sitzung findet Mittwoch um 9 Uhr statt.

Anklage gegen einen Unternehmer.

Handelt es sich um Geltendmachung des Koalitionsrechts der Arbeiter, so ist die Polizei- und Strafbehörde stets dabei, auf Grund einer gesunden Rechtsempfindung ins Gesicht schlagenden Deutung, die das Reichsgericht oder Kammergericht Strafparagrafen gegeben hat, Anklage zu erheben. Anklagen wegen Erpressung (§ 253 Str.-G.-B.), wegen Nötigung (§ 240 Str.-G.-B.), wegen Verleumdung (§ 185), wegen Verstoßes gegen § 153 der Gewerbeordnung oder gegen eine Strafpolizeiverordnung, gegen Arbeiter, die vom Koalitionsrecht Gebrauch gemacht haben, regnet es alle Tage. Selbstredend wird nicht die Anwendung des „reichsgesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechts“ bestraft — bewahrt! Das wäre gegen den Buchstaben des Gesetzes. Es wird nur die Art seiner Anwendung in die obergesetzlich approbierte juristische Interpretationsmaschine gebracht und — fertig ist die Anklage. Anders Arbeitgebern gegenüber. Während Arbeiter sich bemühen, streng die Grenzen des Gesetzes einzuhalten und nur dreifach gefasste Interpretationsklauseln, oft auch nur unter Heranziehung des „richterlicher Nachprüfung entzogenen“ Ermessens seiner Majestät des Schutzmanns, eine Straftat aus dem Vorgehen der Arbeiter zu konstruieren vermag, pfeifen Unternehmer auf das Gesetz, und machlos läßt sich der öffentliche Ankläger zur Verfolgung der offensichtlichen Gesetzesverletzungen. Sofern diese gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter sich richten. So ist es rechtswidrig, Konventionalstrafen für den Fall zu vereinbaren, daß ein Fabrikant von der Arbeitgeberkoalition oder ihren Abreden zurücktritt. Detartige Konventionalstrafen oder Beschlüsse, die für diesen Fall in Kurs gesetzt werden, sind ungültig. Das hat auf Grund des § 153 Abs. 2 der Gewerbeordnung in ständiger Praxis auch das Reichsgericht entschieden. Die Verweigerung solcher Konventionalstrafen ist demnach Erpressung und Verstoß gegen § 153 der Gewerbeordnung. Obwohl eine Anzahl Unternehmer solche Konventionalstrafen vereinbart haben — wie erinneren beispielsweise an die Textilindustriellen — ist meines Wissens gegen die Organisation der Erpressung oder ihre Leiter eine Anklage bisher nicht durchgeführt. Von einer Ausnahme wird uns aus Frankenhäuser berichtet.

Die vereinigten Perlmutter-Fabrikanten zu Frankenhäuser haben in ähnlicher Weise wie viele Großindustriellen einen Verein von Arbeitgebern gebildet, der statutarisch die Niederhaltung der Lohnbestrebungen der Arbeiter, die Zahlung des Koalitionsrechts der Arbeiter bezweckt. Der Verein verpflichtet seine Mitglieder, Arbeiter, die in Streit getreten sind, so lange nicht in Arbeit zu nehmen, bis durch Beschluß der Vereinsversammlung der Arbeitgeber dies freigegeben ist, ferner die Arbeiter eines Vereinsmitgliedes nur dann in Arbeit zu nehmen, wenn dieselben von ihren bisherigen Arbeitgebern eine Bescheinigung über ordnungsmäßige Kündigung und Entlassung beibringen. Die Nichterfüllung der statutarisch übernommenen Verpflichtungen ist einer Konventionalstrafe unterworfen. Zu diesen Verpflichtungen gehört gar auch die, etwaigen Geschäftsnachfolgern die Weiterbefolgung der statutarischen Bestimmungen der Vereinigung gegenüber bindend zu übertragen! Diesem Terrorismus hatte sich der Fabrikant Ehrenberg nicht gefügt. Sein Geschäftsnachfolger hatte einen tüchtigen Arbeiter in Arbeit genommen, ohne die statutarische Approbation des Vereins zur Behinderung Arbeitswilliger sich geben zu lassen. Darauf schloß die Fabrikantenvereinigung den Beschluß, von Herrn Ehrenberg 150 Mark für die Vereinskasse zu fordern. Der Vorsitzende des Vereins, Fabrikant Hoffmann, führte diesen exzessiven Beschluß aus und verlangte unter Androhung weiterer Schritte Zahlung dieser Summe. Das war Herrn Ehrenberg denn doch das Gute zu viel. In seinem Auftrag erstattete Rechtsanwalt Dr. Heinemann unter Jugendbelegung der Jubilatur über § 153 der Gewerbeordnung, der auch Arbeitgeber mit Strafe bedroht, die durch Drohung andere bestimmen oder zu bestimmen suchen, an Vereinen teilzunehmen, die sich zum Zwecke der Erlangung günstigerer Lohn- oder Arbeitsbedingungen gebildet haben. Die fürsichtige Amtsanwaltschaft zu Frankenhäuser vermochte das Vorliegen einer Drohung nicht zu erkennen, da der Angeklagte nur ein Recht geltend gemacht, jedenfalls aber in gutem Glauben gehandelt habe. Da nach ständiger Judikatur, wie sie gegen Arbeiter steht, eine Drohung in jeder Anknüpfung eines Nechels liegt, selbst wenn der das Nechel Anknüpfende hierzu berechtigt ist, da überdies § 153 Abs. 2 der Gewerbeordnung keinen Zweifel darüber läßt, daß die Einforderung der Konventionalstrafe eine rechtswidrige war und da endlich in der Rechtsprechung gegen Arbeiter der „gute Glaube“ als rechtlich unerheblich erklärt ist, wies auf erhebliche Verschwerbe die Staatsanwaltschaft zu Rudolstadt die Amtsanwaltschaft an, öffentliche Anklage gegen den Fabrikanten Hoffmann zu erheben.

Ob und auf Grund welchen Strafparagrafen Hoffmann bestraft werden wird, wird die Zukunft lehren. Insofern Straftaten liegen hier nicht nur die Kriterien des § 153 G.-O., sondern auch die des Erpressungsparagrafen (253 Str.-G.-B.) vor. Und zwar gehört nicht nur Hoffmann, sondern als Teilnehmer an und Anführer zu der Erpressung die gesamte Mitglieder der Perlmutterfabrikantenvereinigung, die an dem rechtswidrigen Beschluß teilgenommen haben, auf die Anklagebank. Die Forderung der 150 M. Konventionalstrafe war rechtswidrig. Wer aber, um sich oder einem Dritten der Vereinskasse einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, einen anderen durch Drohung zu einer Handlung nötigt, ist nach § 253 wegen Erpressung zu bestrafen. Dieser Paragraf ist Arbeitgebern gegenüber seit 1889 zur Anwendung gebracht, wenn diese unter Androhung der Arbeitsniederlegung oder Sperre einen höheren Lohn, ja auch nur Innehaltung des Tarifs für andere verlangten. Das Reichsgericht hat da unter souveräner Nichtachtung der über das Koalitionsrecht gegebenen Bestimmungen herausgelassen: ein rechtswidriger Vermögensvorteil ist jeder Vermögensvorteil, auf den der Betreffende kein Recht hat. Hier gegenüber dem Arbeitgeber bedarf es solcher durchaus hinfalligen Klugelei nicht. Die Vereinbarung von Konventionalstrafen für die Behauptung des Rücktritts von Vereinigungen im Sinne des § 153 Abs. 1 der Gewerbeordnung ist durch § 153 Abs. 2 als rechtswidrig bezeichnet. Nicht nur die Perlmutterfabrikanten in Frankenhäuser, sondern eine Anzahl anderer Unternehmer haben statutarisch solche rechtswidrigen Strafen vereinbart, sich also zu konplotmäßiger Erpressung statutarisch verpflichtet. Deshalb wohl ist gegen keinen derselben bislang Anklage erhoben?

Aus Industrie und Handel.

Ein Notzettel der Halbzugverbraucher.

Aus den Kreisen der Halbzugverbraucher wird der „N. V.-Ztg.“ u. a. geschrieben: Die Umhebung jeder Ausfuhrvergütung durch den Stahlwerkverband hat doch allgemein übersehen. Das hätte man nicht erwartet! Wenn zur Begründung dieses bedauerlichen Beschlusses angeführt wird, daß nach vorgelegten Audits die Preise für Lieferungen im Auslande bedeutend höher seien, als zur

zeit der Bewilligung jener Ausfuhrvergütung, so möchten wir fragen, ob denn zu jener Zeit auch schon die Halbzugpreise aus ihrer heutigen Stufe ständen? Die jetzigen Sätze gelten seit dem 26. Oktober v. J. Die letzte Erhöhung aber ist meines Wissens noch erfolgt, nachdem schon früher die Ausfuhrvergütung immer mehr herabgesetzt worden war, und als sie vom Stahlwerkverband schließlich mit nur noch 250 M. gewährt wurde. Diese Verbände ist also nun ebenfalls aufgehoben worden; früher betrug dieselbe 15 M. Das Kohlen- und das Hoheisenindustrie hatten ja bereits im vorigen Sommer jede weitere Beteiligung an der Ausfuhrvergütung abgelehnt mit der Begründung, daß die sehr gestiegenen Anstandspreise eine solche Unterstützung unnützlich machten. Aber die Kohlen-, Hoheisen- und Halbzug wurden doch immer weiter im Preise erhöht (letzteres im ganzen um 20 M.), und damit stiegen auch die Gestehungskosten der Eisen weiter bearbeitenden Werke so stark, daß sie nicht mehr im richtigen Einklang zu den im Auslande geltenden Preisen blieben.

Der jüngste folgenschwerere Beschluß des Stahlwerkverbandes läßt die große Zahl der „reinen“ Halzwerke in dieser Hinsicht kaum noch etwas erhoffen. Sie sind sich selbst und ihrem Schicksal überlassen; auf Hilfe von anderer Seite brauchen sie nicht zu rechnen. Man muß große Sorgen und Besürchtigungen hegen, daß bei einem Rückgange des Eisengeschäftes, für welchen heute bedenkliche Anzeichen vorliegen, auf dem heimischen Eisenmarkt recht trostlose Zustände sich entwickeln werden.

Die Hapag und ihre Arbeiter. Die „Arbeitsmarkt-Corresp.“ schreibt: Die Hamburg-Amerika-Linie verendet soeben anläßlich ihres 50-jährigen Bestehens eine prächtig ausgestattete Festschrift, deren Inhalt den erstaunlichen Fortschritt schildert, den die größte Reederei der Welt in den letzten zehn Jahren gemacht hat. Das auch inhaltlich beglückende Werk geht nicht mit dem Lobe für die Leiter des Unternehmens, braucht es auch nicht. Es spricht sich über alle Tätigkeitsgebiete der Gesellschaft aus, auch über das Verhältnis der Verwaltung zur Arbeiterschaft. Aber es mag auch darauf aufmerksam gemacht werden, daß aus sozialpolitischem Interesse gerade die Arbeiterverhältnisse eine breitere Schilderung verdient hätten. Wir erfahren, wieviel die Aktionäre Dividenden erhalten haben, wir hören aber nichts darüber, welche Lohnsummen verausgabt wurden und wie die Einnahmen der Arbeiter sich gehalten. Bei einem so großen und internationalen, weitverzweigten Unternehmen wäre eine Angabe Lohnstatistischer Natur sehr erwünscht gewesen. In dem Archive der Hapag befindet sich sicherlich solches wertvolles Material, das überdies auch dadurch noch an Bedeutung gewonnen hätte, daß für gleiche Verhältnisse in den verschiedenen Ländern Lohnangaben hätten gemacht werden können. Was aber das Verhältnis der Verwaltung zu den Arbeitern in der Festschrift ausgeführt wird, trägt einen etwas verbitterten Zug, der wohl dadurch erklärlich wird, daß zwischen der Betriebsleitung und den Arbeitern diesseits ernste Differenzen ausgefochten werden mußten. Wünschenwert wäre es freilich gewesen, wenn die Festschrift über diesen Konflikt die positiven Leistungen der Arbeiterschaft zu erwähnen nicht vergessen hätte. Denn in dem gewaltigen Unternehmen des Hapag spielen nicht nur die Angehörigen, vom Generaldirektor bis zu den Bureauangestellten, sondern auch das große Heer der Arbeiter eine wichtige Rolle. Man denke nur an die mühselige Arbeit der Heizer auf den großen Dampfern! Man denke an die Disziplin des Dienstes, die zweifellos innerhalb eines so großen Betriebes herrscht und herrschen muß! So hätte auch der Arbeit als solcher ein Abschnitt gewidmet werden, durch die die Festschrift sich selbst noch wesentlich bereichern hätte. Jetzt schließt sie mit einem schlichten Mißklang, der von der augenblicklichen Ver Stimmung ausgeht, ab. Es wird geschilbert, welche Erfolge die Koalition der Arbeitgeber in der Reederei Hamburgs während der letzten Jahre gehabt hat, man sucht aber vergebens nach einer Anerkennung der Organisation der Arbeiter, mit der bekanntlich die Hapagverwaltung nicht verhandeln will. So glänzend die Entfaltung der ersten Reederei der Welt sich präsentiert, warum ist es nicht möglich, daß die Verwaltung dieses Betriebes auch sozialpolitisch an der Spitze marschiert? Warum hat sie es nicht nötig, sich auf einen Standpunkt zu stellen, der die Degradation der Arbeit bedeutet? Warum hat die Hapag, die sonst doch so stolz auf ihre Überlegenheit ist, auf sozialpolitischem Gebiete englischen Reedereien den Vortritt lassen? Warum kann hier Deutschland nicht auch an erster Stelle stehen? Das sind Gedanken, die dem Sozialpolitiker bei der Lektüre der Festschrift der Hapag unwillkürlich in den Sinn kommen. Und sie sollen nicht unterdrückt sondern ausgesprochen werden. Denn es ist ein unglücklicher Irrtum vieler Leiter moderner Unternehmen, zu wähnen, die Anerkennung der Arbeiterorganisationen verträge sich nicht mit den Betriebsinteressen. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Das Verantwortlichkeitsgefühl der Arbeiter wächst je mehr ihre selbstgeschaffene Organisation die Beziehungen zwischen Betriebsleitung und Arbeiterschaft regelt und kontrolliert.

Ueber die Lage in der rheinisch-westfälischen Kleinisenindustrie berichtet die „N. V.-Ztg.“, daß die Abschwächung, die der Eisenmarkt im allgemeinen erleidet, auch auf das Kleinisenwerkzeug übergegangen hat. Als Gesamtresultat unserer Umfrage in den verschiedenen Zweigen des Kleinisenwerkzeuges ergibt sich überwiegend das Bedauern, nur in einzelnen Bezirken, wie in Solingen, dessen Erzeugnisse aber der Eigenart wegen den Schwankungen weniger unterworfen sind, herrscht noch stotte Beschäftigung bei lebhaft eingehenden neuen Bestellungen; mit dem Ausfuhrgeschäft ist man aber auch hier nicht zufrieden.

Vom Stahlverband. Die Einnahmen des Stahlverbandes im verflossenen Geschäftsjahre waren so reichlich, daß neben der aus Nebenvertrieben erzielten Kontributionsdividende an die angeschlossenen Werke noch Rücklagen in Höhe von 7 1/2 Millionen Mark verteilt werden konnten.

Internationaler Kongress der Baumwollspinner. In Wien nahmen die Verhandlungen des vierten internationalen Kongresses der Baumwollspinner- und Webereiverbindungen ihren Anfang. Am Kongress nehmen teil die führenden Repräsentanten der interessierten Vereinigungen aus Amerika, Indien und Japan, ferner aus Deutschland (Berlin, Mülhausen, Bremen, Bochum, Chemnitz, Augsburg, Oesterreich, Belgien, England, Frankreich, Japan, Norwegen, Portugal, Rußland, Spanien und der Schweiz). Den Vorsitz des internationalen Komitees hat Caracas aus England. Der Eröffnung des Kongresses wohnten u. a. auch die Vorkämpfer von Deutschland, Frankreich und Italien, sowie die Gesandten von Sachsen, Belgien und der Schweiz bei. Bericht erstattete der Vorsitzende des internationalen Komitees Caracas aus England über die Tätigkeit des internationalen Verbandes der Baumwollindustrie seit dem letzten Kongresse.

Die in der zweiten Sitzung erstatteten Berichte beschäftigten sich mit der Baumwollversorgung und der Baumwollkultur. Der Präsident der Southern Cotton Association Jordan (Atlanta) schloß seinen Bericht mit der Erklärung, Amerika werde nicht mehr zugeben, daß der Preis der Baumwolle von einer Gesellschaft von Spekulanten und Spekulanten festgesetzt werde, die weder an der Produktion des Rohmaterials noch an dessen Verarbeitung beteiligt sei. Der Delegierte des Kolonial-Wirtschaftlichen Komitees zu Berlin Schanz entwarf ein Bild der Baumwollkultur in den deutschen Kolonien.

Gerichts-Zeitung.

Ungehör vor Gericht.

„Nun laufe Dir einen Strid und hänge Dich!“ rief am Montag im Schöffengerichtssaale zu Jena ein Arbeiter seiner 16-jährigen Tochter zu, als diese wegen eines Eigentumsvergehens zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden war. Diese Bemerkung betrauerte das Schöffengericht als „Ungehör vor Gericht“ und verhängte über den Mann, der wegen Hehlerei in der gleichen Sache selbst bestraft wurde, die höchste

zulässige Ordnungsstrafe: eine sofort zu verbühende dreitägige Haftstrafe. „Ich habe das gesagt, weil das Leben meines Kindes nunmehr verpuscht ist!“ sagte der Arbeiter noch, bevor er sich abführen ließ.

Der heilige Bureaokratismus zeigt durch solche durchaus ungerechte Maßregeln, die er zum Schutze seiner Würde vornehmen zu müssen glaubt, wie dringend notwendig die Reform unseres Strafverfahrens an Haupt und Gliedern ist. Verlangt in der Tat die Gebühr vor Gericht, daß ein Vater mit seinen Gefühlen vor dem Gericht zurückhält?

Dänische Milch vor Gericht.

Der seit Jahren hinziehende Beleidigungsprozess zwischen den Führern des Verbandes der Milchhändler (Lühle u. Gen.) und dem früheren Schriftführer der Gesellschaft zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit Dr. C. S. Engel kam gestern in der ersten Instanz vor dem Schöffengericht in Naabitz zur Erledigung. Anlaß hatte eine Warnung der Gesellschaft vor der Verwendung dänischer Milch zur Säuglingsernährung abgegeben. Die Milchhändler hatten mit einem Flugblatt erwidert, in dem sie vor der Gesellschaft und der in ihr entfaltenen Tätigkeit Engels warnten, auf das wiederum Engels erwidert hatte. Die erhoffte Arbeit über die Qualität der den Säuglingen der ärmeren Volksschichten zur Verfügung stehenden Milch wurde im Termine nicht gemacht. Der Vorsitzende des Gerichts erklärte vielmehr, daß sich die Verhandlung lediglich darauf beschränken würde, festzustellen, ob Beleidigungen vorlägen und ob diese wider besseres Wissen gemacht seien. Infolgedessen wurden alle Beweisanträge abgelehnt. Das Gericht erkannte beiden Parteien guten Glauben und Wahrnehmung berechtigter Interessen zu, sprach beide Parteien frei und legte ihnen die gerichtlichen Kosten je zur Hälfte auf. — Bekanntlich vertritt die Gesellschaft zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit den Dr. Engelischen Standpunkt seit dessen Ausscheiden aus dem Vorstand nicht mehr.

Mübel im Eisenbahncompe.

Vor dem Schöffengericht in Rixdorf waren gestern der Buchhalter Hans Heinrich, Berlin, Lützowstr. 49, und der Techniker Hermann Tsch in Berlin, Wilhelm Stollstr. 14, wegen Erregung öffentlichen Aergernisses (§ 183 Str.-G.-B.) angeklagt. Am 24. Februar kamen die Beschuldigten von Grünau in einem Abteil zweiter Klasse und fuhren nach Treptow. Im selben Coupé wie auch in den Nebenabteilungen saßen in der Sonntags üblichen gedrängten Hülle Damen und Herren. Während der Fahrt wurden die Mitreisenden von beiden Angeklagten auf das allergemeinste belästigt und durch die rohesten Joten und gemeinsten Dieber beleidigt. Einige Beamte aus dem Nebenabteil stellten auf Bahnhof Baumshulenberg die beiden Sänger wegen ihres fleißigen Benehmens zur Rede, als Antwort bekamen sie die unflätigen Reden zu hören und erhielten einen Stoß vor die Brust. Auf Station Treptow wurden die Angeklagten vom Stationsvorsteher festgestellt und von der Weiterfahrt ausgeschlossen. Der Amtsanwaltsvertreter nimmt zu der Entschuldigung der Angeklagten als strafmildernd ihre Angetrunkenheit als feststehend an, nur aus diesem Grunde sehe er davon ab, Gefängnisstrafe in Antrag zu bringen. Er beantragte je 50 M. Geldstrafe. Das Gericht erkannte dem Antrag entsprechend.

„Halten Sie den Mund, Sie Affe.“

Der im April 1907 seines Dienstes entlassene Gemeindevorsteher Eduard Krüger in Schönefeld benutzte die in der Ueberschrift wiedergegebenen Worte in einer dienstlichen Aus-einwanderung, die er mit dem Postmann Richard Schreiber in Rudow hatte. Der so liebenswürdig dienstlich Angeredete klagte darauf wegen Beleidigung. Das Rixdorfer Schöffengericht verurteilte gestern den angeklagten Beamten a. D. zu der niedrigen Strafe von fünf Mark.

Wobuch Graf Arco sich bedroht fühlte.

Eine interessante Jagdgeschichte beschäftigte am Montag das Reichsgericht. Es handelte sich um ein Urteil des Landgerichtes Passau vom 14. November v. J., durch welches der Badermeister Josef Hächl von der Anklage des Jagdvergehens und der versuchten Nötigung freigesprochen worden ist. Auf seinem mit Drahtzaun umgebenen Grundstücke hat der Angeklagte das Jagdrecht ausgeübt. Als er das Grundstück verkaufte, rief er den Zaun ab und verkaufte ihn an den Jungen H., der ihn ebenfalls zum Umgännen seines Acker gegen Wildschaden benutzte. Da H. nicht sogleich bezahlen konnte, gab er dem Angeklagten schriftlich die Erlaubnis, auf diesem Acker zu jagen. Als der Angeklagte auf einem bestimmten Wege zur Jagd gegangen war, ließ ihm der Nebenkläger Graf Arco Jünneberg sagen, er dürfe zur Ausübung des Jagdrechtes nur den B-Weg benutzen. Da nun aber der Angeklagte gesehen hatte, wie der Graf mit dem Stofe gegen den Drahtzaun schlug (vermutlich, um das Wild zu verschrecken) und seinen Dackel auf den fraglichen Acker laufen ließ, so schrieb der Angeklagte dem Grafen, er werde sein Jagdrecht nach seinem Belieben ausüben, und wenn der Graf sich wieder so benehme, wie bei eben genannter Gelegenheit, so werde er seinen Dackel todschießen und ihm, dem Grafen, eins auf seine Rechtsseite nachschicken: „Baidmannsheil!“ Hierin erblickte die Anklage eine versuchte Nötigung! Das Landgericht erachtete eine strafbare Handlung nicht für vorliegend, da die versuchte Nötigung in Notwehr gesehen sei. Der Angeklagte habe überzeugt sein müssen, daß der Graf ihm das Wild vom Acker scheuchen wollte. Er sei berechtigt gewesen, diesen Angriff auf seine Rechte abzuwehren. Er habe vor Wiederholung warnen und Ackerperverlegung und Sachbeschädigung androhen dürfen. Er habe nur mit der rechtschuldigen Ausübung seines Jagdrechtes gerechnet. Ein Jagdvergehen sollte der Angeklagte dadurch begangen haben, daß er auf dem umgänzten Acker des H. das Jagdrecht ausübte. Da die Umzäunung zwar nicht ganz dicht, aber doch so dicht war, daß Menschen sich nicht hindurchdrängen konnten, der Angeklagte vom Besitzer überdies die Erlaubnis zum Jagen erhalten hatte, so sah das Gericht auch insoweit eine strafbare Handlung nicht für vorliegend an. — Die vom Nebenkläger Grafen Arco angelegte Revision wurde insoweit verworfen, als der Angeklagte von der Anklage des Jagdvergehens freigesprochen worden ist. Dagegen hob das Reichsgericht das Urteil auf. Soweit wegen versuchter Nötigung auf Freisprechung erkannt worden ist. Das Landgericht hat nicht geprüft, ob das angebotene Mittel erlaubt war oder nicht, das heißt, ob das Schießen notwendig gewesen wäre.

Aus der Frauenbewegung.

Die Diensthofenfrage in Japan. Als Beispiel für die rapide Entwicklung Japans dient folgender Artikel in der „Japan Chronicle“ vom 28. März, in dem auf die gr.-je Anzahl, sich von Tag zu Tag mehrenden Annoncen betr. Hauspersonalen hingewiesen wird: Vor Jahren sei das Gejo (Mädchen für alles) ein Modell der häuslichen Sklaverei gewesen. Jetzt haben die Fabriken und Spinnereien ihre Tore geöffnet, und trotzdem lange Arbeitszeit und niedrige Löhne in diesen vorherrschend sind, ziehen es die japanischen Pandmädchen vor, in diesen zu arbeiten. Der Schreiber erklärt, daß die graduelle Verbreitung der Bildung in Japan neue Ideen persönlicher Freiheit mit sich gebracht hat, und sogar das ärmste Weib weigert sich, länger als Hausflabe benutzt zu werden. So schreiet die Welt voran mitten durch die Pfade des Kapitalismus.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Köpenick, Mittwoch, den 20. Mai bei Moß: Vortrag des Genossen Hille: „Die Frauen und der Staat“.

Zentralverband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche.

Donnerstag, den 30. Mai, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Großer Saal):

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Beschlußfassung über die Erhebung eines Lokalaufschlages zu unseren neuen Beitragsklassen. 2. Stellungnahme zu der Ausperrung im Baugewerbe. 3. Gewerkschaftliches. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe keinen Zutritt. 1407/1*

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Sektionsvorstand.

NB. Die Grundsteinerbreiter und Hausflösser holen sich ihr Material am Freitag, den 31. Mai, aus den Bezirken ab.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin. — Sektion der Putzer.

Achtung! Putzer! Achtung!

Die Kollegen, die durch die Ausperrung oder durch irgend eine andere Arbeitsniederlegung in Mitleidenschaft gezogen werden, haben sich sofort im Bureau zu melden.

Die örtliche Verwaltung. A. H. C. Schulze.

Produktenhändler und -Händlerinnen!

Wittwoch, den 29. Mai 1907, abends 9 1/2 Uhr, bei Milbrodt, Wüllerstraße 7:

Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Julian Borchardt über: „Das neue Evangelium“. 2. Diskussion und Gewerkschaftliches.

Zur Deutung der Unkosten findet Lektüreversammlung statt.

Der Einberufer. 54/14

18. Ziehung 5. Kl. 216. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 28. Mai 1907, vormittags.

Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

94 165 218 506 53 671 73 [500] 913 39 1002 201 731

845 2348 49 444 49 [1000] 47 751 24 812 3421 30 470 623 705

4029 56 68 847 511 454 519 593 5913 129 155 63 413 96 817

15123 234 412 76 292 811 [1000] 16 566 [1000] 406 68 [500]

641 17079 817 88 18121 81 510 46 [500] 23 755 85 976

19001 39 102 393 81 452 814 9 0

20125 273 [1000] 84 468 471 593 11130 237 51 413 68

871 879 900 [1000] 12113 817 [1000] 256 670 [1000] 832

66 13000 226 575 699 14223 38 62 720 678 836 [1000] 83

15123 234 412 76 292 811 [1000] 16 566 [1000] 406 68 [500]

641 17079 817 88 18121 81 510 46 [500] 23 755 85 976

19001 39 102 393 81 452 814 9 0

20125 273 [1000] 84 468 471 593 11130 237 51 413 68

871 879 900 [1000] 12113 817 [1000] 256 670 [1000] 832

66 13000 226 575 699 14223 38 62 720 678 836 [1000] 83

15123 234 412 76 292 811 [1000] 16 566 [1000] 406 68 [500]

641 17079 817 88 18121 81 510 46 [500] 23 755 85 976

19001 39 102 393 81 452 814 9 0

20125 273 [1000] 84 468 471 593 11130 237 51 413 68

871 879 900 [1000] 12113 817 [1000] 256 670 [1000] 832

66 13000 226 575 699 14223 38 62 720 678 836 [1000] 83

15123 234 412 76 292 811 [1000] 16 566 [1000] 406 68 [500]

641 17079 817 88 18121 81 510 46 [500] 23 755 85 976

19001 39 102 393 81 452 814 9 0

20125 273 [1000] 84 468 471 593 11130 237 51 413 68

871 879 900 [1000] 12113 817 [1000] 256 670 [1000] 832

66 13000 226 575 699 14223 38 62 720 678 836 [1000] 83

15123 234 412 76 292 811 [1000] 16 566 [1000] 406 68 [500]

641 17079 817 88 18121 81 510 46 [500] 23 755 85 976

19001 39 102 393 81 452 814 9 0

20125 273 [1000] 84 468 471 593 11130 237 51 413 68

871 879 900 [1000] 12113 817 [1000] 256 670 [1000] 832

66 13000 226 575 699 14223 38 62 720 678 836 [1000] 83

15123 234 412 76 292 811 [1000] 16 566 [1000] 406 68 [500]

641 17079 817 88 18121 81 510 46 [500] 23 755 85 976

19001 39 102 393 81 452 814 9 0

20125 273 [1000] 84 468 471 593 11130 237 51 413 68

871 879 900 [1000] 12113 817 [1000] 256 670 [1000] 832

66 13000 226 575 699 14223 38 62 720 678 836 [1000] 83

15123 234 412 76 292 811 [1000] 16 566 [1000] 406 68 [500]

641 17079 817 88 18121 81 510 46 [500] 23 755 85 976

19001 39 102 393 81 452 814 9 0

20125 273 [1000] 84 468 471 593 11130 237 51 413 68

871 879 900 [1000] 12113 817 [1000] 256 670 [1000] 832

66 13000 226 575 699 14223 38 62 720 678 836 [1000] 83

15123 234 412 76 292 811 [1000] 16 566 [1000] 406 68 [500]

641 17079 817 88 18121 81 510 46 [500] 23 755 85 976

19001 39 102 393 81 452 814 9 0

20125 273 [1000] 84 468 471 593 11130 237 51 413 68

871 879 900 [1000] 12113 817 [1000] 256 670 [1000] 832

66 13000 226 575 699 14223 38 62 720 678 836 [1000] 83

15123 234 412 76 292 811 [1000] 16 566 [1000] 406 68 [500]

641 17079 817 88 18121 81 510 46 [500] 23 755 85 976

19001 39 102 393 81 452 814 9 0

20125 273 [1000] 84 468 471 593 11130 237 51 413 68

871 879 900 [1000] 12113 817 [1000] 256 670 [1000] 832

66 13000 226 575 699 14223 38 62 720 678 836 [1000] 83

15123 234 412 76 292 811 [1000] 16 566 [1000] 406 68 [500]

641 17079 817 88 18121 81 510 46 [500] 23 755 85 976

19001 39 102 393 81 452 814 9 0

20125 273 [1000] 84 468 471 593 11130 237 51 413 68

871 879 900 [1000] 12113 817 [1000] 256 670 [1000] 832

66 13000 226 575 699 14223 38 62 720 678 836 [1000] 83

15123 234 412 76 292 811 [1000] 16 566 [1000] 406 68 [500]

641 17079 817 88 18121 81 510 46 [500] 23 755 85 976

19001 39 102 393 81 452 814 9 0

20125 273 [1000] 84 468 471 593 11130 237 51 413 68

871 879 900 [1000] 12113 817 [1000] 256 670 [1000] 832

66 13000 226 575 699 14223 38 62 720 678 836 [1000] 83

15123 234 412 76 292 811 [1000] 16 566 [1000] 406 68 [500]

641 17079 817 88 18121 81 510 46 [500] 23 755 85 976

19001 39 102 393 81 452 814 9 0

20125 273 [1000] 84 468 471 593 11130 237 51 413 68

871 879 900 [1000] 12113 817 [1000] 256 670 [1000] 832

66 13000 226 575 699 14223 38 62 720 678 836 [1000] 83

15123 234 412 76 292 811 [1000] 16 566 [1000] 406 68 [500]

641 17079 817 88 18121 81 510 46 [500] 23 755 85 976

19001 39 102 393 81 452 814 9 0

20125 273 [1000] 84 468 471 593 11130 237 51 413 68

871 879 900 [1000] 12113 817 [1000] 256 670 [1000] 832

66 13000 226 575 699 14223 38 62 720 678 836 [1000] 83

15123 234 412 76 292 811 [1000] 16 566 [1000] 406 68 [500]

641 17079 817 88 18121 81 510 46 [500] 23 755 85 976

19001 39 102 393 81 452 814 9 0

20125 273 [1000] 84 468 471 593 11130 237 51 413 68

871 879 900 [1000] 12113 817 [1000] 256 670 [1000] 832

66 13000 226 575 699 14223 38 62 720 678 836 [1000] 83

15123 234 412 76 292 811 [1000] 16 566 [1000] 406 68 [500]

641 17079 817 88 18121 81 510 46 [500] 23 755 85 976

19001 39 102 393 81 452 814 9 0

20125 273 [1000] 84 468 471 593 11130 237 51 413 68

871 879 900 [1000] 12113 817 [1000] 256 670 [1000] 832

66 13000 226 575 699 14223 38 62 720 678 836 [1000] 83

15123 234 412 76 292 811 [1000] 16 566 [1000] 406 68 [500]

641 17079 817 88 18121 81 510 46 [500] 23 755 85 976

19001 39 102 393 81 452 814 9 0

20125 273 [1000] 84 468 471 593 11130 237 51 413 68

871 879 900 [1000] 12113 817 [1000] 256 670 [1000] 832

66 13000 226 575 699 14223 38 62 720 678 836 [1000] 83

15123 234 412 76 292 811 [1000] 16 566 [1000] 406 68 [500]

641 17079 817 88 18121 81 510 46 [500] 23 755 85 976

19001 39 102 393 81 452 814 9 0

20125 273 [1000] 84 468 471 593 11130 237 51 413 68

871 879 900 [1000] 12113 817 [1000] 256 670 [1000] 832

66 13000 226 575 699 14223 38 62 720 678 836 [1000] 83

15123 234 412 76 292 811 [1000] 16 566 [1000] 406 68 [500]

641 17079 817 88 18121 81 510 46 [500] 23 755 85 976

19001 39 102 393 81 452 814 9 0

20125 273 [1000] 84 468 471 593 11130 237 51 413 68

871 879 900 [1000] 12113 817 [1000] 256 670 [1000] 832

66 13000 226 575 699 14223 38 62 720 678 836 [1000] 83

15123 234 412 76 292 811 [1000] 16 566 [1000] 406 68 [500]

641 17079 817 88 18121 81 510 46 [500] 23 755 85 976

19001 39 102 393 81 452 814 9 0

20125 273 [1000] 84 468 471 593 11130 237 51 413 68

871 879 900 [1000] 12113 817 [1000] 256 670 [1000] 832

66 13000 226 575 699 14223 38 62 720 678 836 [1000] 83

15123 234 412 76 292 811 [1000] 16 566 [1000] 406 68 [500]

641 17079 817 88 18121 81 510 46 [500] 23 755 85 976

19001 39 102 393 81 452 814 9 0

20125 273 [1000] 84 468 471 593 11130 237 51 413 68

871 879 900 [1000] 12113 817 [1000] 256 670 [1000] 832

66 13000 226 575 699 14223 38 62 720 678 836 [1000] 83

15123 234 412 76 292 811 [1000] 16 566 [1000] 406 68 [500]

641 17079 817 88 18121 81 510 46 [500] 23 755 85 976

19001 39 102 393 81 452 814 9 0

20125 273 [1000] 84 468 471 593 11130 237 51 413 68

871 879 900 [1000] 12113 817 [1000] 256 670 [1000] 832

66 13000 226 575 699 14223 38 62 720 678 836 [1000] 83

15123 234 412 76 292 811 [1000] 16 566 [1000] 406 68 [500]

641 17079 817 88 18121 81 510 46 [500] 23 755 85 976

19001 39 102 393 81 452 814 9 0

20125 273 [1000] 84 468 471 593 11130 237 51 413 68

Dritter Kongress der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Mannheim, 24. Mai. In der Nachmittags-Sitzung sprechen zuerst Schuldirektor Professor Kemmies, Berlin und Professor Schäfenacker, Mannheim über

„Sexuelle Aufklärung in den höheren Schulen“.

Erster verlangte im wesentlichen die Idealisierung des Sexualtriebes während der Entwickelungsjahre, weshalb die sexuelle Aufklärung in Schule und Haus genau zu regeln ist. Die wichtigsten Entwicklungsvorgänge der Pflanzen und Tiere sind in den höheren Lehranstalten in exakter Weise auf allen Stufen zu behandeln. Begattungsvorgänge sollen indessen grundsätzlich ausgeschlossen sein und nur für Abiturienten soll eine Belehrung darüber erfolgen.

Herr Professor Schäfenacker wünscht gleichfalls die Aufklärung über die Gefahren der Ansteckung bis zur Zeit des Abituriums ausgeschaltet. Was übrig bleibt, könne gleichzeitig dargestellt werden in Knaben- und Mädchenschulen; es sei überhaupt auf die Tatsachen hinzuweisen, daß z. B. in unsern badischen Mittelschulen Knaben und Mädchen gemeinsam unterrichtet werden, was sich sicher bald über das Reich verbreiten und die Aufgabe der Schule in natürlicher Weise beschränken werde. Diese Aufgabe der Mittelschule müsse darin bestehen, der heranreifenden Jugend einerseits eine natürliche und daher gesunde Anschauung von der Fortpflanzung des Menschen zu geben und andererseits die Phantasie vor verführten und krankhaften Ausschweifungen zu bewahren.

Lehrer H. D. F. r. Hamburg behandelte die Frage der „Jugendliteratur in ihrer Beziehung zur sexuellen Aufklärung“. Er verlangte:

- 1. Es ist notwendig, daß die heranwachsende Jugend in bezug auf das Geschlechtliche aufgeklärt werde. Hier kann, wenn Haus und Schule versagen, ein belehrendes Buch gute Dienste tun.
2. Die Dichtung hat nicht den Zweck der Belehrung über sexuelle Verhältnisse. Ihr Gebiet ist das der Psychologie; sie vermag in die Welt der menschlichen Gefühle einzuführen, speziell in die der Liebesgefühle.
3. Hier gilt das Wort: Kinder dürfen alles hören und lesen, was leicht dargestellt ist und was nicht über ihr Auffassungsvermögen hinausgeht.
4. Bei der Lektüre jüngerer Kinder sollte man nicht ängstlich jeden Ausdruck meiden, der sich auf geschlechtliche Verhältnisse bezieht (schwanger sein, Kind gebären und ähnliches).
5. Es ist ganz falsch, der heranwachsenden Jugend alle Dichtungen vorzuzugewöhnen, die von Liebe handeln — im Gegenteil, die Jugend muß dichterisch wertvolle Liebeslieder und Liebesgeschichten kennen lernen, damit die erwachenden Gefühle in gesunde Bahnen gelenkt werden. — Höchst verwerflich sind die landläufigen Nachschickgeschichten mit ihren sentimental-verfälschten Gefühlen.
In der Diskussion vertrat Fräulein Lischnowska mit viel Temperament den Standpunkt, daß unser sexuell unerzogenes Geschlecht der ihm gestellten Aufgabe, die heranwachsende Jugend sexuell aufzuklären, gar nicht gewachsen sei.
Hauptlehrer Lacroix, Mannheim nahm einen etwas abweichenden Standpunkt wie die übrigen Redner ein und behauptete, daß die Schule die sexuelle Belehrung nicht bringen könne, weil der Kernpunkt der ganzen Frage die Begattung sei. Diese Frage kann aber vor dem 12. Lebensjahre vor den Kindern nicht behandelt werden, und später gehe es erst recht nicht, weil der Geschlechtstrieb auf der Lauer liege. Denselben Standpunkt, daß nur das Haus die sexuelle Aufklärung vollziehe, vertrat im Namen des Vereins katholischer Lehrerinnen H. Schmidt, während die Lehrerinnen Stiehl, Stettin und Duenninger, Hannover, der Lehrer Flach, Dr. Oehjen, Breslau mit großer Entschiedenheit sich in entgegengefügtem Sinne ausdrückten, wobei sie ohne Zweifel die große Mehrheit der Versammelten auf ihrer Seite hatten.

Mannheim, 25. Mai.

In der heutigen Sitzung referierte zunächst Dr. med. v. den Steinen, Düsseldorf über Vorträge vor Abiturienten. Den Hauptwert will der Referent auf eine rein wissenschaftliche Darstellung der Physiologie der Fortpflanzung gelegt wissen. Die nicht zu späte Eingeleite mit der Frau besonderer Wohl ist das Ideal. Der vorher drängende Geschlechtstrieb hält das Ringen nach diesem Ziel lebendig und weckt die höchsten körperlichen und geistigen Kräfte. In der zeitweiligen Unterdrückung rein sinnlicher Triebe liegt die höchste Übung der Selbstbeherrschung. Der Geschlechtstrieb ließe sich bis zum 25. und 30. Lebensjahre zurückdrängen, ohne irgend welchen Schaden für die Gesundheit. Namentlich müsse den Abiturienten gelehrt werden, den Alkohol zu meiden, denn niemand habe noch außerordentlich seine Keuschheit verloren, ohne daß er sich vorher betrunken gehabt hätte.

Dr. W. Fürstheim, Berlin, der über dasselbe Thema sprach, nahm in bezug auf die geschlechtliche Abstinenz einen anderen Standpunkt ein.

Regierungs- und Gewerbeschulrat Bedert, Schleswig referierte über sexuelle Aufklärung für die schulentlassene Jugend. Er fordert, zu erklären, daß

- 1. ein dringendes Bedürfnis zur Aufklärung der schulentlassenen Jugend über die geschlechtlichen Vorgänge, über das Wesen und die Folgen der Geschlechtskrankheiten vorliege.
2. An Fachschulen, die Unterricht in der ersten Hilfeleistung bei Unfallsfällen erteilen, ist dieser Unterricht zu einem allgemeinen hygienischen auszugestalten und auf das fragliche Gebiet auszuweiten.
3. An Fachschulen ohne solchen Unterricht und an Fortbildungsschulen sind von Aerzten einige Vorträge über Sexualhygiene abzuhalten.
4. Den Mädchen sollten die nötigen Aufklärungen bereits in der Volksschule durch Lehrerinnen gegeben werden.

„Sexualpädagogik in Volksschullehrerseminaren“

sprach Hauptlehrer Lacroix, Mannheim. Er stellt folgende Leitfäden auf:

- 1. Die Not zwingt, neue Wege auf diesem Gebiete zu suchen.
2. Die bisherige Methode des Stillstehens über alles Geschlechtliche hat gänzlich versagt, wie die Steigerung der Not beweist.
3. Es muß mit der Aufklärung über das Geschlechtsleben und seine Hygiene versucht werden.
4. Es gibt für die Aufklärung zwei Wege:
a) Aufklärung durch die Eltern.
b) Aufklärung durch die Schule.
5. Aufklärung durch die Eltern muß so früh als möglich beginnen (Eternabend).
6. Aufklärung durch die Schule erfolgt später als durch die Eltern und bedarf bei den heutigen Verhältnissen langamer Vorbereitung.
7. Im Interesse des Volksschullehrers selbst und seiner Tätigkeit in der Schule muß er im Seminar in Sexualpädagogik ausgebildet werden.

Soziales.

Streitversicherung.

Ein eigenartiger Vortrag fand am Montagabend in der Internationalen Vereinigung für Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre statt. Der Stellvertreter des Geschäftsführers des Zentralvereins deutscher Industrieller, Regierungsrat a. D. Dr. Eugen Leidig sprach über „Streitversicherung“.

Das 19. Jahrhundert, so führte der Redner aus, habe mit dem Aufschwung der Großindustrie fast gleichzeitig gewerkschaftliche Organisationen der Arbeitnehmer geschaffen. Die ersten Gewerkschaften wurden 1808 von Dr. Max Hirsch, teils aus wirtschaftlichen, teils aus parteipolitischen Gründen nach dem Vorbilde der englischen Trade Unions ins Leben gerufen. Fast zu gleicher Zeit wurden von sozialdemokratischer Seite ähnliche Gewerkschaftsorganisationen geschaffen. Unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes führten diese Organisationen ein sehr beschränktes Dasein. Sie entwickelten sich erst wieder seit 1890. Augenblicklich seien 2 Millionen gewerbliche Arbeiter in Deutschland gewerkschaftlich organisiert. Die Verfassungslage dürfe ergeben, daß in Deutschland 8-9 Millionen gewerbliche Arbeiter vorhanden seien. Wenn also noch kaum ein Viertel aller gewerblichen Arbeiter gewerkschaftlich organisiert sei, so seien diese Organisationen doch immerhin von Bedeutung, da sie fast ausschließlich gelernte und die bestgehohnten Arbeiter umfassen. Zweck dieser Organisationen sei, einmal die wirtschaftliche Lage der Arbeiter durch Erzwingung höherer Löhne und bestmögliche Arbeitsbedingungen zu verbessern, andererseits aber auch parteipolitische Vorteile zu erreichen. Diese Arbeitnehmerverbände seien um so bedeutungsvoller, da sie zweifellos auch auf die große Zahl der nichtorganisierten Arbeiter Einfluß haben. Die größten Arbeitnehmerverbände bestanden in der Metallindustrie, Holz- und Textilindustrie. Hierzu kommen noch die Organisationen der Bauhandwerker. Diesen Organisationen gegenüber sahen sich die Arbeitgeber genötigt, sich ebenfalls zu organisieren, um Streiks nach Möglichkeit mit Erfolg abzuwehren. Da den Arbeitnehmern die Verhinderung des Zuzuges, die Ausstellung von Streikposten und vielfach eine große Kasse zur Verfügung stand, so sahen sich die Arbeitgeber genötigt, zu dem Mittel der Arbeitsausperrung zu greifen, um dadurch die Kassen der Arbeitnehmerorganisationen nach Möglichkeit zu schwächen und die Arbeiter zum Nachgeben zu zwingen. Allein trotz alledem wurden die kleineren und mittleren Fabrikanten durch Streiks erheblich geschädigt. Die Großindustriellen waren weniger davon betroffen, diese seien in der Lage, sich eher selbst zu schützen. Jedenfalls waren die Arbeitgeber genötigt, bei Arbeitsverträgen eine Streikklausel zu schaffen, um nicht auf Gnade und Ungnade den Arbeitnehmern ausgeliefert zu werden. Allein nichtbestehender werden durch einen Streik kleinere und mittlere Arbeitgeber noch immer ganz erheblich geschädigt, da die Generalankosten weiter gehen, auch wenn der Betrieb still steht. Die Arbeitgeber haben sich daher seit etwa zwei Jahren eine Streitversicherung geschaffen, die auch schon einen gewissen Erfolg gezeitigt habe. Er könne der Streitversicherung nur innerhalb der Organisation das Wort reden. Er könne es nicht billigen, daß, wie vorgeschlagen werde, vielleicht eine ausländische Versicherungsgesellschaft mit der Streitversicherung beauftragt werde. Es dürfe alsdann nicht ausbleiben, daß die Arbeitnehmer etwas ähnliches schaffen. Dann werde der Kampf nicht mehr auf sozialpolitischem Gebiete zwischen den beiden Interessengruppen, sondern zwischen den zwei Versicherungsgesellschaften geführt werden. Und diejenige Gesellschaft, die den größten Fonds habe, werde den Sieg davontragen. Dies wäre ein nicht erwünschter Zustand. Er sei auch nicht dafür, daß die gesamten, sondern nur ein Teil der durch den unerschuldeten Streik entstandenen Generalankosten ersetzt werde. Im Grunde genommen müsse der Kampf auf sozialpolitischem Gebiete geführt werden; nur dadurch sei es möglich, eine Einigung zu schaffen. Nach dem Vorbilde Deutschlands begannen die Arbeitgeber in Oesterreich und Rußland Streitversicherungen zu organisieren. Jedenfalls sei zu wünschen, daß die Waffen der sich feindlich gegenüber stehenden Organisationen baldigt den sozialen Frieden herbeiführen werden.

Die durch den Vertreter der Großindustriellen propagierte Versicherung gegen Streiks ist um so beachtenswerter, als die neueren Reichsgesetzentwürfe über das Versicherungsweisen die Möglichkeit jeglicher Selbstversicherung der Arbeiter von behördlicher Billie abhängig zu machen suchen. Der Vortrag sah, vielleicht aus diesem Grunde, von einer Erörterung der rechtlichen Grundlage einer Streitversicherung ab.

Zur „Bildungsfrage“ der Agrarier.

Aus ländlichen Lehrerkreisen geht und folgende Betrachtung über einen Artikel „Bildungsfrage“ zu, der in Nr. 113 des agrarischen „Berliner Blattes“ erschienen war und von da aus in anderen agrarischen Blättern die Runde macht.

In unserer Zeit wird über die Aufgaben der Jugendbildung gestritten; man ist sich darüber nicht einig, was die Jugend lernen soll, um, sei es zur Jugend, sei es zum Lebensglück, zu gelangen; auch ist nicht ausgemacht, ob man mehr auf die Intelligenz oder auf den Charakter wirken soll; die Alltagsziehung läßt die Frage unklar und gibt keine Entscheidung an die Hand, ob man betreiben solle, was die Bedürfnisse des Lebens verlangen oder was auf die Jugend abzielt oder auf Studien, die darüber hinausgehen; jede dieser Ansichten hat Anwälte gefunden.

Dieses Urteil, das wohl ganz modern klingt, ist nicht in der letzten Zeit gefaßt worden, da die Forderung einer mehr auf die Bedürfnisse des Lebens gerichteten Bildung energischer erhoben wird; es liegt vielmehr weit zurück: Aristoteles hat es ausgesprochen. Die alten Griechen haben sich nun in der Praxis für die formale Bildung entschieden, galt ihnen doch die wirtschaftliche Bewertung des zu Erlernenden für unwürdig und abgemacht. Die Bildung sollte nicht ein Werkzeug, eine Ausrüstung sein, sondern ein Schmaud, eine Fierde des Menschen.

Bei den Römern dagegen findet sich ein Abwenden von dem rein formalistischen Prinzip. Petronius sagt einmal: „Ich meine, daß in den Schulen die Nutzen gemacht werden, weil sie da nichts von dem hören und sehen, was von gemeinem Nutzen ist.“ Und an einer anderen Stelle, wo er von der Verberheit der rhetorischen Lehungen spricht: „Wer solche Nahrung erhält, kann so wenig zu Verstand kommen als derjenige zu Wohlgeruch, welcher in der Küche wohnt.“

Man sollte meinen, seit Aristoteles und Petronius müßte nun doch der Streit zwischen den beiden Bildungszielen entschieden sein. Doch dem ist nicht so. Im Gegenteil stehen sich Griechen und Römer noch immer in verschiedener Haltung gegenüber.

Nur für unsere Agrarier ist der Kampf entschieden, allerdings in dem Sinne, daß sie meinen, für die Arbeiter sei irgend welche Bildung überhaupt unnützlich.

„Die Kinder lernen heute zu viel, wir bekommen keine Arbeiter mehr.“ sagte dem Schreiber dieses vor kurzem ein schlesischer Rittergutsbesitzer. Dasselbe meint ein „Bildungsfrage“ überschriebener Artikel in Nr. 113 des „Berliner Blattes“. Dort heißt es:

„Durch die Lande geht ein böser Geist, der Geist des Ungehorsams, der Auflehnung, der Entfesselung aller niederen Instinkte. Unsere Jugend hauptsächlich ist von diesem Geiste, der einer verberberenden Suche gleicht, ergriffen. Die Symptome der Krankheit, die sich hier am Leibe der Jugend zeigen, weisen uns den richtigen Weg. Wir haben eine Bildungsfrage, und sie wird in der Schule eingepfist, und durch sie wird der jugendliche Geist und Körper vergiftet. Die Folgen zeigen sich in der Landflucht, in der Ehen vor körperlicher Arbeit, in der Verweigerung, in der Oberflächlichkeit.“

Jeder auch nur oberflächliche Kenner wird wissen, daß auf dem Lande von einer „Bildungsfrage“ keine Spur zu finden ist; das Wort Landflucht gibt die Ursache des ganzen Ergusses zu erkennen. Weiter wendet sich der Artikel gegen die achtjährige Schulzeit. Denn die acht Schuljahre sind unseren Agrariern und ihren Ge-

finnungsgenossen schon lange ein Brenel; durch Verurlaubungen im letzten Schuljahre suchen sie dieselben wenigstens etwas zu verringern. Im Grünberger Kreise in Schlesien beispielsweise wurde ein Schulmädchen das letzte Jahr vom geistlichen Lokalschulinspektor beurlaubt, weil der Herr Oberamtmann ein Gänsemädchen brauchte. Unnützlich sei mechanisches Auswendiglernen, die Kenntnis längst untergegangener Völker und der Namen berühmter Menschenmassen-Mörder. Betratten sei dem „Berliner Blatt“, daß außer der Geschichte Kanaans, die allerdings, um religiöse Bestimmungen zu erwecken, so ausführlich gelernt wird, als sollten unsere Schüler alle zu Juden erzogen werden, nicht allzubiel von der Geschichte alter Völker in der Dorfschule erwähnt wird und berühmte Menschenmassen-Mörder kommen nicht zur Behandlung, oder will das Blatt damit auf ruhmvolle Taten der Hohenzollern und ihrer Handlanger in früheren Jahrhunderten anspielen. Warum erwähnt der so sachkundige Wadagoge des Blattes nicht die Ueberführung mit religiösem Lehr- und Lernstoffe, der ja von den Schülern fortwährend „präsent“ gehalten werden soll, wie der reifsondtechnische Ausdruck lautet? Hierdurch wird hauptsächlich mechanisches Auswendiglernen verursacht.

Gefährlich ist aber die Bemerkung des Artikels, daß durch die Schulbildung die niederen Instinkte geweckt würden, wenn man die Tiefe und Echtheit der moralischen Anschauungen seiner Kreise erwägt. Auf den Sätern herrscht ja meistens ein schrankenloser geschlechtlicher Verkehr der Besitzer und ihrer Beamten mit den weiblichen Arbeitern. Wenn nicht wahr ist, warum rühmen sich denn die „Herren“ dessen? „Däse n jungs machen“ ist der Ausdruck, den sie in einzelnen Gegenden dafür haben.

Bezeichnend für die moralische Tiefe des agrarischen Blattes und für die Echtheit seines Bemerkens über angebliche Unfruchtbarkeit ist, daß dieselbe Nummer des Blattes, die sich gegen „Bildungsfrage“ wendet — Annoncen über Gummiartikel enthält.

Sozialdemokratischer Kantonverein für Nordwalde-Friedberg. Heute 8 1/2 Uhr bei Boeler, Beberstr. 17: Sitzung. Bes. und Diskutierklub „Eintracht“. Mitgliederversammlung bei Boeler, Beberstr. 10/11, abends 8 1/2 Uhr.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 16, Ausgang 4, eine Treppe (Gandelsstraße) Sprechstunde, Turmhang nach Vindlerstr. 1011, wochentags von 7 bis 9 Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonntags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Vorkaufsrecht und eine Zahl als Vorkaufsschein beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

N. 88. Zweckmäßig ist es, ausdrücklich den Antrag zu stellen, den Besagten auch zur Zahlung der dem Kläger erwachsenen Kosten einschließlich der durch Wahrnehmung des Termins entstandenen zu verurteilen. — C. R. 78. Der Antrag kann von der Mutter wiederholt gestellt werden. Unter den von der Mutter selbst verschuldeten Umständen ist die Durchführung des Antrages schwierig und zu empfehlen, sich der Hilfe eines Anwalts zu bedienen. — C. Leicht 100. 1. Die Klage hat wenig Aussicht auf Erfolg. 2. Der Vater und Ehemann bleibt unterhaltspflichtig. 3. Ehemann 100 Mark. — A. R. 20. So lange die Mutter nicht ausgezahlt ist, müssen die Steuern zahlen. — A. P., Rummelsburg. Auch eine mündliche Vorladung seitens des Gerichts ist gültig. — R. R. 16. 1. Nach unserer Ansicht liegt für Sie ein wichtiger Grund zum sofortigen Aufheben der Stelle vor. Daher hat der Ober bis zum 1. Juli zu zahlen. 2. Beträgt Ihr Jahresgehalt bis 2000 M., so ist das Gewerbeamt, sonst das Amtsgericht und bei einer Fortsetzung über 200 M. das Landgericht zuständig. 3. Sie können den gesamten Betrag bis zum 1. Juli einlagern. — C. J. Ja. — C. G. 100. Ein Ausnahmefall ist nicht erforderlich, aber zweifelhaft. — Z. 54. Altersrente wird erst vom vollendeten 70. Jahre ab gezahlt.

Die von der sozialdemokratischen Fraktion gestellten Anträge auf Herabsetzung der Altersgrenze sind scheinbar abgelehnt. Neben des Anspruches auf Invalidenrente werden Sie sich an die Versicherungsanstalt im Adolphischen Park. Sie können den Antrag schriftlich oder zu Protokoll erklären. — A. 10. Sie müssen zunächst beim Amtsgericht, in dessen Bezirk Sie wohnen, die Anberaumung eines Eshneterrains beantragen. Zu dem Eshneterrain müssen Sie erscheinen. Erst wenn der Eshneterrain rechtslos abgelehnt ist, können Sie die Klage auf Herstellung des ehelichen Lebens oder auf Überschuldung anstellen. Diese Klage muß durch einen Anwalt beim Landgericht eingereicht werden. Es ist zweifelhaft, zu diesem Zweck hat das Armenamt beizufügen zu lassen. — A. R. 10. Rein. Sie müssen Klage einreichen und können, wenn der Anwalt nicht bei der Verhandlung nicht zu erscheinen ist, die öffentliche Ladung beantragen. — W. B. 24. Als Ausländer können Sie nicht in Deutschland aus der Klage aussteigen. Sie müssen das in Ihrem Heimatlande bewirken. — R. R. 46. Zur Weiterverfolgung genügt es, daß je zwei Nichte hindurch mindestens 40 Markten gelebt sind. Sind mehr Nichten gefaßt, so wird für den Fall der Rentenzahlung die Rente höher. — C. W. 30. 1. Ihr Mann soll es auf eine Klage ankommen lassen. Er müßte den Beweis geleistet werden, daß er in der Tat in schuldhafter Weise den Schaden verursacht hat. 2. Ihre eigenen Sachen hatten nicht für die Schulden des Mannes. — A. P. 20. Die Klage ist nicht ganz aussichtslos, hat aber wenig Aussicht auf Erfolg. Eine Haftung des Eigentümers kann nur aus den allgemeinen Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über Schadenersatz abgeleitet werden. Lassen Sie sich behufs Anstellung der Klage das Armenrecht vom Gericht bewilligen. — A. 2. Die alte Kündigungsvorschrift gilt auch für die neue Mietvertragsbestimmung. — W. B. 1000. 1. Ja. 2. Nein. — C. R. 67. Der Kauf bricht nicht, wenn aber ein Haus in der Substantion erhandelt wird, so ist der neue Eigentümer berechtigt, die alten Verträge vorzeitig zu kündigen. Und zwar kann er, wenn er im ersten Quartal 1907 das Haus erstanden hat, bis am 3. April zum 1. Juli kündigen. Ist das Haus erst im zweiten Quartal erstanden, so kann er erst zum 1. Oktober kündigen. — A. R. 95. Können Sie den Sachverhalt so beweisen, wie Sie ihn behaupten, so klagen Sie auf Ungültigkeit des Vertrages wegen Betruges und verlangen Sie Ihre Geld unter Rückgabe der Scheine zurück. — W. 12. Nach § 23 des neuen Einkommensteuergesetzes leider ja. — C. 2. 42. 1. und 2. Vorläufig leider ja. Sie können nun aber mit Aussicht auf Erfolg auf Aufhebung des Urteils des Stadtschultheißen klagen. — G. W. 12. Ein solches besteht nur in der Kaiserstrasse. — A. 6. 39. Wenden Sie sich direkt mit einer Anrede an das Kolonialamt. — C. G. 101. Sie können bei dem Amtsgericht Verkauf Erbteilungsabhandlung beantragen. Den Aufschlag erhält dann derjenige, der das Häkche geboten hat. Rechtlich können Sie nicht zurücktreten. Die Kosten fallen vorläufig Ihnen, dann dem gesamten Nachah zur Last. — 1870 Nilsen. Tragen Sie in der Versicherungsanstalt im Adolphischen Park den Antrag mündlich vor. — G. W. Rein. — A. 6. 17. Wenden Sie sich an eine Buchhandlung. — Z. W. 100. Sie müssen sich an einen freibriefenden Prediger wenden. — A. 6. Leider nein. — P. 95. Bis zur errichteten Volljährigkeit der Selbständigkeit. — Curian. Wenden Sie sich an den Handels- und Transportarbeiterverband, Angri-ller 15. — Frida C. Wenden Sie sich direkt an das Museum. — Z. G., Schöneberg. Leider ja, aber eine Eingabe an den Magistrat unter Darstellung des Sachverhalts mit dem Antrag auf Niederlegung oder Ermäßigung des Steuerbetrages hätte Aussicht auf Erfolg. — A. R. 109. Wenn bei der letzten Rentenzahlung nicht ein ausdrücklicher Vorbehalt gemacht war, nein. — O. 20. 20. Ihre Frau würde noch heute auf Zahlung der Alimente für die ersten 14 Jahre ihres Lebens klagen können. Ehemann 20 M. pro Monat werden als angemessen von dem Gericht erachtet. Fordern Sie erst den Betreffenden zur Zahlung auf.

Witterungsüberblick vom 28. Mai 1907, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Barometerr. (humb. ann. d. d. m.), Windrichtung, Windstärke. Rows include: Schweidnitz, Gumburg, Berlin, Frankfurt, München, Wien, Papanowa, Bielefeld, Siedlitz, Herborn, Osnabrück.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 29. Mai 1907. Trocken und ziemlich heiter, nachts sehr kühl, am Tage etwas wärmer bei mäßigen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 29. Mai.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Salome. (Auf. 8 Uhr.)
Kgl. Schauspielhaus. Hygiene auf Laub.
Neues Kgl. Opernhaus. Die sieben Schwaben.
Deutsches Theater. Die sieben Schwaben.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kammerspiele. Niglavaine und Seligste. (Auf. 8 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.
Königliches Schauspielhaus. Coppenrath's Erben.
Deutsches Theater. Die lustige Witwe.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Ein Fallissement.
Schiller-Theater Charlottenburg. Romma Vanna.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Am grünen Weg.
Berliner. Der Hund von Baskerville.
Lustig. Die Fiebermännchen.
Zentral. Das Mädchen aus dem Nankai.
Kleines. Marcell Salzer.
Neues. Der Dieb.
Vorburg. Opern-Aufführung. Anfang 7 Uhr.
Residenz. Haben Sie nichts zu verzollen?
Lustspielhaus. Das Mädchen aus dem Nankai.
Theater. So die Liebe hinwärts.
Lustig. Die Fiebermännchen.
Trianon. Die Fiebermännchen - meine Frau.
Bernhard Hofe. Im Hause des Lebens.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Gebr. Herrfeld. Es lebe das Nachleben.
Vorburg. Opern-Aufführung. Anfang 7 Uhr.
Residenz. Haben Sie nichts zu verzollen?
Lustspielhaus. Das Mädchen aus dem Nankai.
Theater. So die Liebe hinwärts.
Lustig. Die Fiebermännchen.
Trianon. Die Fiebermännchen - meine Frau.
Bernhard Hofe. Im Hause des Lebens.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Gebr. Herrfeld. Es lebe das Nachleben.

Ferdinand Bonn

Berliner Theater.

Anfang 8 Uhr.
Der Hund von Baskerville.
Donnerstag und Freitag: Sherlock Holmes.

Neues Theater.

Anfang 8 Uhr.
Der Dieb.
Donnerstag, Freitag: Der Dieb.
Sonnabend: Die Gondolieri.
Sonntag: Die Gondolieri.

Kleines Theater.

Anfang 8 Uhr.
MARCELL - SALZER-ABEND.
Morgen und folgende Tage, abends 8 Uhr: Marcell-Salzer-Abend.

Lustspielhaus.

Sommerpreise. Abends 8 Uhr:
Husarenjäger.

Zentral-Theater.

Gesamtspiel des Ernst Bräuer-Theaters. Täglich 8 Uhr:
Das Mädchen aus dem Nankai-Café.

Schiller-Theater N.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Abends 8 Uhr: Am grünen Weg. Sommerpreise.

Luisen-Theater.

Reichenbergerstr. 34.
Dienstags: Geschlossen.
Mittwoch: Das Kästlein der Heide.
Donnerstag zum erstenmal:
Das Kästlein der Heide und folgende Tage.
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Kabale und Liebe.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Weinstra. 16.
Abends 8 Uhr:
Sherlock Holmes

Sherlock Holmes

Dazu: Die erkrankte Spezialität.
10 Uhr: Die goldene Insel.
Auf. 6 Uhr. Aufschlüsselung v. 3 Uhr ab.
Bei schlechtem Wetter: Vorst. im Saal.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Im Lande der Mitternachtssonne

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich nachm. 4 Uhr:
Großes Militär-Doppel-Konzert.

Eintritt 1 Mk., von abends 8 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Residenz-Theater.

Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Haben Sie nichts zu verzollen?
Schwan in 3 Akten v. M. Desnoeuils und B. Weber.

WINTER GARTEN

Letzte Vorstellungen des glänzenden Mai-Programms.

Prater-Theater.

Rastanien-Allee 7/9.
Täglich:
Flotte Weiber

Metropol-Theater.

Anfang 8 Uhr.
Der Teufel lacht dazu.

Opolo Theater.

Ganz Berlin lacht über Hartstein und seine Verleumdungen.
Der lustige Witwer.

Gebr. Herrfeld-Theater.

Anfang 8 Uhr. Vorst. 11-12 Uhr.
57 Kommandantenstraße 57.
Schluß der Spielsaison:
Freitag, 31. Mai.

Es lebe das Nachleben!

Eine Separée-Vorführung mit den Autoren Anton und Donat Herrfeld in den Hauptrollen.
Vorst.

Steidl-Theater.

Brückenstr. 2 (a. d. Jannow-Br.)
Nur noch 3 Abende der beliebtesten Steidl-Sänger vor ihrer russischen Gastspielreise.
Wiedereröffnung:
Sonnabend, den 17. August.
Im Steidl-Restaur. u. Garten während des ganzen Sommers: Gr. Streichkonzert. Vorz. Köche.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Ein Fallissement.
Schwanz in 5 Akten von Björnsterne Björnson.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Moloch. - Der zerbrochene Krug.
Freitag, abends 8 Uhr:
Ein Fallissement.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Romma Vanna.
Schwanz in 3 Akten v. Maurice Maeterlinck. Deutsch von Friedrich v. Oppeln-Brongniot.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Ein Fallissement.
Freitag, abends 8 Uhr:
Romma Vanna.

Schwarzer Adler

Friedrichsberg. Friedrichsberg. Reussprecher Nr. 8.
Frankfurter Chaussee 5.
Heute Mittwoch:
Große Soiree der Willy Walde-Sänger.

Nach der Vorstellung: Familien-Kränzchen.
Jeden Sonntag: Künstler-Konzert und Spezialitäten.

BERNHARD ROSE THEATER

Am Frankfurterstr. 100
Mittwoch, den 29. Mai:
Anfang 4 1/2 Uhr.
Im Garten:
Der Fluch des Goldes.
Bühnenpreise. - Abends 8 Uhr im Theater: Im Hause des Lebens.
Sommerpreise.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Passage-Theater.

Jeden Abend 8 Uhr:
Das Mai-Programm.
Der größte Erfolg der Saison!
Grete Gallus
Mascha Dignam
3 Clarus Brothers
14 Attraktionen 14.

Brunnen-Theater

Badstr. 58. Direkt.: Bernh. Rose.
10. Attraktionen ersten Ranges 10.
Paul Coradin. X. Rindler Comp.
Der Geistessturm im Gefängnis.
Pantomime der Makoschy-Truppe.
Im Fluge durch die Welt.
Anstaltungs-Pantomime in 6 Bildern.
Eröffnung: 8 Uhr. Anfang 5 Uhr.
Bühnenpreise. - Abends 8 Uhr ab an der Theaterkasse.

Walhalla Variete-Theater.

Reichenbergerstr. 10/20. Kollets. Tor.
Heute abends 8 Uhr:
Der grüne Teufel.
Sensations-Pantomime.
5 Jungmanns. Drahtkünstler.
12 Spezialitäten 12.
Frei-Konzert.

Fröbels Allerlei-Theater

Schönhauser Allee 148 und Rastanien-Allee 97/99.
Heute Mittwoch:
Großer Sonder-Abend.
15 durchweg brillante 15.
Anstaltungen.
8 Uhr: Genießet das Leben.
9 1/2 Uhr: Die Hochzeitsreise.
Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Am 31. Sonnabend, den 1. Juni, großes Kinderfest.

Schweizergarten

Am Königstor. Am Friedrichshain.
Straßenbahn 1, 2, 4, 17, 36, 62, 73 u. 74.
Täglich:
Theater-Vorstellung.
Neue Spezialitäten.
Kinematograph und Ball.
Freier Damenanzug.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Ostbahn-Park

Am Köpenicker Platz, Rüdigerdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Großes Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

„Segler-Schloß“ - Hankels Ablage.

Bahnstation Jentzen.
Für den bescheidenen Sommerurlaub halte ich mich werten Vereinen, Familien, Schulen usw. bei der Beschaffung aufmerksamer Bedienung bestens empfohlen. - 3 neue Säle und Hallen. - Schöne Spielplätze. - Badenanstalt. - Boote und Bootfahrten aller Art.
50672 W. Heinrich.

Neue Welt

Gartenstraße 108-114.
Mittwoch, den 29. Mai 1907:
Kinderfreudenfest
Gartenfestung. - Bombenregen.
Pappentheater. Kinderfabeln.
I. Preise: Silberne Herren- und Silberne Damen-Mützen.
Gr. Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 15 Pf.
Im Konzertgarten:
Gr. Konzert des Theiss-Orchesters.
Anfang 6 Uhr. Eintritt 10 Pf.

Max Kliems Sommer-Theater

Gartenstraße 13/15.
Verlässliche Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest.
Jeden Mittwoch:
Die beliebtesten Kinderfeste.
Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Aufführungen sind täglich von 2 Uhr ab geöffnet.

Volksgarten-Theater.

Bad-Bohmstraße - Bahnhof Gesundbrunnen - Bollermannstraße.
Das Bild der Mutter oder Berliner Zimmerleute.
Volksstück mit Gesang in 3 Akten.
Dazu:
Das neue Riesen-Spezialitäten-Programm.
Volksbühnen. X. Großer Saal.

Sanssouci, Kottbuser

Direktion Wilhelm Reimer.
Der Garten ist geöffnet.
Sonnt., Mont., Donnerst.: Hoffmanns Nord, Sänger u. Tänzerkränzen.
Es ist neues aktuelles Programm.
Sonnt. Beg. 5. nachmitt. 8 1/2.
Für nächste Saison sind fam. Sonnt. bereits besetzt. Noch einige Mittwoch-Abende sind frei.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Anfang Sonntag 8 1/2 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.
Kottbuser-Garten und Restaurant.
Militär-Konzert.

Bruch-Pollmann

empfehlen sich in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradenhalten, Strümpfen, Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Krankheitspflege. Eigene Werkstatt. Elektr. Ort- u. Nacht-Krankenstellen.
Berlin C., 44094

30. Finien-Str. 30.

Alle Bruchbänder mit elastischen Bändern, ausgenommen u. reich am Körper.
W. Heinrich.

Sozialdemokratischer Wahlverein

des 2. Berliner Wahlkreises.
Am Spinnfeld, den 25. Mai, ist wiederum ein treuer Kämpfer Jakob Bamberger aus unseren Reihen geschieden.
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 29. Mai, nachmittags 4 Uhr, auf dem Friedhof der jüdischen Gemeinde in Weisensee statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
290/8 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein

des 6. Berliner Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 23. d. M. verstarb unser Mitglied, der Schlosser Wilhelm Otte Antonstr. 48.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhaus Roabit (Eingang Birkenstraße) aus nach dem Sebastian-Friedhof in Reinickendorf, Humboldtstraße, statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
240/14 Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein

des 6. Berliner Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 23. d. M. verstarb unser Mitglied, der Schlosser Wilhelm Otte Antonstr. 48.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhaus Roabit (Eingang Birkenstraße) aus nach dem Sebastian-Friedhof in Reinickendorf, Humboldtstraße, statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
240/14 Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein

des 6. Berliner Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 23. d. M. verstarb unser Mitglied, der Schlosser Wilhelm Otte Antonstr. 48.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhaus Roabit (Eingang Birkenstraße) aus nach dem Sebastian-Friedhof in Reinickendorf, Humboldtstraße, statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
240/14 Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein

des 6. Berliner Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 23. d. M. verstarb unser Mitglied, der Schlosser Wilhelm Otte Antonstr. 48.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhaus Roabit (Eingang Birkenstraße) aus nach dem Sebastian-Friedhof in Reinickendorf, Humboldtstraße, statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
240/14 Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein

des 6. Berliner Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 23. d. M. verstarb unser Mitglied, der Schlosser Wilhelm Otte Antonstr. 48.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhaus Roabit (Eingang Birkenstraße) aus nach dem Sebastian-Friedhof in Reinickendorf, Humboldtstraße, statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
240/14 Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein

des 6. Berliner Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 23. d. M. verstarb unser Mitglied, der Schlosser Wilhelm Otte Antonstr. 48.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhaus Roabit (Eingang Birkenstraße) aus nach dem Sebastian-Friedhof in Reinickendorf, Humboldtstraße, statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
240/14 Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein

des 6. Berliner Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 23. d. M. verstarb unser Mitglied, der Schlosser Wilhelm Otte Antonstr. 48.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhaus Roabit (Eingang Birkenstraße) aus nach dem Sebastian-Friedhof in Reinickendorf, Humboldtstraße, statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
240/14 Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein

des 6. Berliner Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 23. d. M. verstarb unser Mitglied, der Schlosser Wilhelm Otte Antonstr. 48.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhaus Roabit (Eingang Birkenstraße) aus nach dem Sebastian-Friedhof in Reinickendorf, Humboldtstraße, statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
240/14 Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein

des 6. Berliner Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 23. d. M. verstarb unser Mitglied, der Schlosser Wilhelm Otte Antonstr. 48.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhaus Roabit (Eingang Birkenstraße) aus nach dem Sebastian-Friedhof in Reinickendorf, Humboldtstraße, statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
240/14 Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein

des 6. Berliner Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 23. d. M. verstarb unser Mitglied, der Schlosser Wilhelm Otte Antonstr. 48.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhaus Roabit (Eingang Birkenstraße) aus nach dem Sebastian-Friedhof in Reinickendorf, Humboldtstraße, statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
240/14 Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein

des 6. Berliner Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 23. d. M. verstarb unser Mitglied, der Schlosser Wilhelm Otte Antonstr. 48.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhaus Roabit (Eingang Birkenstraße) aus nach dem Sebastian-Friedhof in Reinickendorf, Humboldtstraße, statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
240/14 Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein

des 6. Berliner Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 23. d. M. verstarb unser Mitglied, der Schlosser Wilhelm Otte Antonstr. 48.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhaus Roabit (Eingang Birkenstraße) aus nach dem Sebastian-Friedhof in Reinickendorf, Humboldtstraße, statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
240/14 Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein

des 6. Berliner Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 23. d. M. verstarb unser Mitglied, der Schlosser Wilhelm Otte Antonstr. 48.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhaus Roabit (Eingang Birkenstraße) aus nach dem Sebastian-Friedhof in Reinickendorf, Humboldtstraße, statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
240/14 Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein

des 6. Berliner Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 23. d. M. verstarb unser Mitglied, der Schlosser Wilhelm Otte Antonstr. 48.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhaus Roabit (Eingang Birkenstraße) aus nach dem Sebastian-Friedhof in Reinickendorf, Humboldtstraße, statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
240/14 Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein

des 6. Berliner Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 23. d. M. verstarb unser Mitglied, der Schlosser Wilhelm Otte Antonstr. 48.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhaus Roabit (Eingang Birkenstraße) aus nach dem Sebastian-Friedhof in Reinickendorf, Humboldtstraße, statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
240/14 Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein

des 6. Berliner Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 23. d. M. verstarb unser Mitglied, der Schlosser Wilhelm Otte Antonstr. 48.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhaus Roabit (Eingang Birkenstraße) aus nach dem Sebastian-Friedhof in Reinickendorf, Humboldtstraße, statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
240/14 Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein

des 6. Berliner Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 23. d. M. verstarb unser Mitglied, der Schlosser Wilhelm Otte Antonstr. 48.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhaus Roabit (Eingang Birkenstraße) aus nach dem Sebastian-Friedhof in Reinickendorf, Humboldtstraße, statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
240/14 Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein

des 6. Berliner Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 23. d. M. verstarb unser Mitglied, der Schlosser Wilhelm Otte Antonstr. 48.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhaus Roabit (Eingang Birkenstraße) aus nach dem Sebastian-Friedhof in Reinickendorf, Humboldtstraße, statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
240/14 Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein

des 6. Berliner Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 23. d. M. verstarb unser Mitglied, der Schlosser Wilhelm Otte Antonstr. 48.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhaus Roabit (Eingang Birkenstraße) aus nach dem Sebastian-Friedhof in Reinickendorf, Humboldtstraße, statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
240/14 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein

Charlottenburg.
Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß die Beerdigung des Verstorbenen Hermann Henschke am Donnerstag nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Kisten-Kirchhofes am Fichtenbrücker Weg aus stattfindet.
Um rege Beteiligung wird ersucht.
Der Vorstand.
Treffpunkt: 5 1/2 Uhr im Volkshaus, Rosenstraße 3 und bei Völsch, Seelenbinderstr. 11.

Vereinigung der Maler usw.

Zahlreiche Mitglieder.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Montag, den 27. Mai, unser Kollege Max Völsch verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 30. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes, Hermannstraße aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Verband der Portefeullier.

Am Sonntag, den 26. Mai, nachmittags 4 Uhr, verstarb nach langem, schwerem Krankenlager unser treues Mitglied, der Galanterie-Arbeiter Karl Radunke.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 30. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung bittet
109/7 Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß der Rabiburger, frühere Vorsitzende 50432 Karl Nieke am 26. Mai 1907 verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 29. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Sebastian-Kirchhofes in Reinickendorf, Humboldtstraße, aus statt.
Um stille Beileid bitten
Die Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß der Rabiburger, frühere Vorsitzende 50432 Karl Nieke am 26. Mai 1907 verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 29. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Sebastian-Kirchhofes in Reinickendorf, Humboldtstraße, aus statt.
Um stille Beileid bitten
Die Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß der Rabiburger, frühere Vorsitzende 50432 Karl Nieke am 26. Mai 1907 verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 29. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Sebastian-Kirchhofes in Reinickendorf, Humboldtstraße, aus statt.
Um stille Beileid bitten
Die Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß der Rabiburger, frühere Vorsitzende 50432 Karl Nieke am 26. Mai 1907 verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 29. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Sebastian-Kirchhofes in Reinickendorf, Humboldtstraße, aus statt.
Um stille Beileid bitten
Die Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß der Rabiburger, frühere Vorsitzende 50432 Karl Nieke am 26. Mai 1907 verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 29. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Sebastian-Kirchhofes in Reinickendorf, Humboldtstraße, aus statt.
Um stille Beileid bitten
Die Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß der Rabiburger, frühere Vorsitzende 50432 Karl Nieke am 26. Mai 1907 verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 29. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Sebastian-Kirchhofes in Reinickendorf, Humboldtstraße, aus statt.
Um stille Beileid bitten
Die Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß der Rabiburger, frühere Vorsitzende 50432 Karl Nieke am 26. Mai 1907 verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 29. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Sebastian-Kirchhofes in Reinickendorf, Humboldtstraße, aus statt.
Um stille Beileid bitten
Die Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß der Rabiburger, frühere Vorsitzende 50432 Karl Nieke am 26. Mai 1907 verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 29. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Sebastian-Kirchhofes in Reinickendorf, Humboldtstraße, aus statt.
Um stille Beileid bitten
Die Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß der Rabiburger, frühere Vorsitzende 50432 Karl Nieke am 26. Mai 1907 verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 29. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Sebastian-Kirchhofes in Reinickendorf, Humboldtstraße, aus statt.
Um stille Beileid bitten
Die Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß der Rabiburger, frühere Vorsitzende 50432 Karl Nieke am 26. Mai 1907 verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 29. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Sebastian-Kirchhofes in Reinickendorf, Humboldtstraße, aus statt.
Um stille Beileid bitten
Die Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß der Rabiburger, frühere Vorsitzende 50432 Karl Nieke am 26. Mai 1907 verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 29. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Sebastian-Kirchhofes in Reinickendorf, Humboldtstraße, aus statt.
Um stille Beileid bitten
Die Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß der

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend
Soweit Vorrat

ALEXANDERPLATZ

4 Tage für Glas, Porzellan u. Wirtschaftsartikel

Echtes Porzellan, weiss

Tafelgeschirre	
Speiseteller	15 Pf. nach 12 Pf.
Dessertteller	8 8 10 Pf.
Suppenschüsseln	1 ¹⁵ 1 ⁰⁵
Kartoffelschüsseln mit Deckel	50 80 95 Pf.
Salatièren vierckig	10 15 20 35 48 65 Pf.
Fleischschüsseln oval	22 28 35 48 Pf. bis 1 ⁴⁵
Fleischschüsseln rund	38 48 Pf.
Saucières	42 55 Pf.
Beilageschalen oval	15 25 Pf.
Kaffeegeschirre	
Kaffee- u. Teekannen für 6 Personen	45 Pf.
Zuckerlösen u. Milchgiesser für 6 Personen	15 Pf.
Kaffee- od. Teetassen	7 Pf.
Milchbecher conische Form	8 Pf.

Schleifglas

Salat- u. Compotservice „Olivenschliff“	
Schalen, rund	5 6 7 8 9 Zoll 35 45 55 65 85 Pf.
Dessert- oder Compotteller	16 20 Pf.
Salat- u. Compotservice „Schliff Elbing“	
Schalen, rund	5 6 7 8 9 Zoll 48 58 68 Pf. 1.10 1.45
Dessert- oder Compotteller	28 35 Pf.
Fruchtschalen mit Fuss	2.45
Tafelaufsätze mit Vase	8.85
Kuchenteller, rund	1.75
Käseglocken mit Teller	95 Pf.
Bowlen oder Bierkannen	
grün oder weiss, ca. 2 Liter Inhalt	48 Pf.
Bowlen oder Bierkannen mit breitem Ausguss	45 55 Pf.

Press-Cristallservice „Favorit“

Steinschliff-Imitation	
Salat- od. Compotschalen rund	30 48 60 Pf. bis 1 ⁶⁵
Salat- od. Compotschalen vier u. sechseckig	32 42 60 75 Pf. bis 1 ⁸⁰
Spargelschalen oval	120 150 1 ⁰⁵
Kuchenteller rund	48 65 95 Pf. 1 ⁰⁵
Dessert- od. Compotteller	15 20 Pf.
Confetteller	12 Pf.
Zuckerschalen auf Fuss	60 75 Pf.
Butterdosen	95 Pf.
Honigdosen	65 Pf.
Eisschalen gross	1 ⁰⁵
Confetschalen auf Fuss	1 ⁷⁵ 2 ²⁵
Fruchtschalen auf Fuss	2 ⁷⁵ 3 ²⁵
Eisschalen klein	35 Pf.

Steingut, blau Zwiebelmuster

Speiseteller nach und tief	10 Pf.
Dessertteller	8 9 Pf.
Suppenschüsseln	95 Pf. 1 ¹⁰ 1 ⁴⁵ 1 ⁷⁵
Kartoffelnäpfe mit Deckel	15
Salatièren vierckig	22 30 40 48 58 72 Pf.
Fleischplatten oval	22 32 48 68 Pf. 1 ⁰⁰
Fleischplatten rund	48 60 Pf.
Saucières	45 Pf.
Kaffeekannen neuconisch	45 60 88 Pf.
Milchtöpfe conische Form	18 24 30 35 bis 60 Pf.
Milchtöpfe bauchige Form	15 25 30 35 bis 85 Pf.
Kaffeetassen	9 10 Pf.
Tassen Melonen Form	12 Pf.

Gartenfiguren in grosser Auswahl zu sehr billigen Preisen

Bowlen oder Bierkannen mit „Olivenschliff“

1/2 Liter	1.00
1 Liter	1.25
1 1/2 Liter	1.65
2 Liter	1.95

Bowlingläser mit Henkel, glatt	23 Pf.
Bowlingläser, fein geschliffen	30 Pf.
Brunnengläser m. Henkel, ca. 1/2 Liter	15 Pf.

Trinkgarnitur „Rosa“ mit moderner Reliefverföhrung

Bowlenkelch	28 Pf.	Champ.-Kelch	35 Pf.
Rhétweinkelch	27 Pf.	Madelrkelch	20 Pf.
Rotweinkelch	24 Pf.	Liqueurkelch	18 Pf.

Echtes Porzellan	
Tafelservice	
für 6 Personen	23 teilig 12 ⁷⁵ 30 teilig 16 ⁵⁰ 18 ⁵⁰
für 12 Personen	45 teilig 24 ⁸⁵ 60 teilig 37 ⁵⁰ 80 teilig 42 ⁵⁰ 57 ⁰⁰
Kaffeegeschirre	
für 6 Personen, 6 teilig	2 ⁶⁵ 2 ⁹⁰ 3 ⁶⁵ 4 ²⁵
für 12 Personen, 16 teilig	6 ⁹⁰ 7 ⁰⁰ 10 ⁷⁵

Pressglas

Service „Vulkan“	
Salat- oder Compotschalen	5 8 14 20 28 Pf.
Dessert- oder Compotteller ca. 14 cm	5 Pf.
Kuchenteller rund, ca. 20 cm	30 Pf.
Zuckerschalen auf Fuss	8 12 Pf.
Käseglocken	38 Pf. Butterdosen 22 Pf.

Service „Oliven“	
Salat- oder Compotschalen	10 15 18 22 28 cm 8 10 20 28 35 42 Pf.
Dessert- oder Compotteller	8 Pf.
Wasserbecher gepresst	4 5 8 Pf.
Wasserbecher mit Henkel	7 9 Pf.
Citronenpressen	7 9 Pf.
Milchsatten ca. 1/2 Liter Inhalt	7 Pf.

Majolika-Spargel-Schalen 65 85 Pf. bis 2⁴⁵

Wirtschafts-Artikel

Haus- und Küchengeräte

Waschgefässe stark Zink m. Holzbo. 875 1050 1250
Waschzuber stark Zink, mit Holzbo. 875 1150
Plättisen für Gas, Garnitur = 2 Plättisen, 1 Erhitzer 475
Petroleumkocher 1 ⁹⁰ 2 ²⁵ 4 ⁵⁰
Reisekocher m. vernickelt 2 ⁹⁰ 3 ⁰⁰ 3 ⁴⁰
Spirituskocher 25 Pf. bis 1 ⁵⁰
Eismaschinen System Dr. Melinger, selbstl. 6 ⁸⁰ 6 ²⁵ 7 ⁸⁰
Eismaschinen amerik. System 5 ²⁵ 6 ⁷⁵ 8 ⁷⁵

Reibemaschinen emailiert	1 ⁵⁰
Gartenschlauch p. Meter	140 bis 2 ⁵⁰
Schlauchwagen statt	17.50 15 ⁰⁰
Rasenmäher	18 ⁵⁰ 20 ⁰⁰
Bügelbretter bezogen	1 ⁰⁵ 2 ²⁵
Fusswannen	2 ⁷⁰ 3 ⁵⁰ 5 ⁰⁰
Aermelbretter für die Hefe, zusammenlegbar	2 ⁰⁰

Wannen oval, 7 Grössen	1 ⁰⁰ bis 3 ⁵⁰
Elmer grau und blau, 28 cm	70 Pf.
Toiletten-Eimer grad. Form, weiss	2 ⁰⁰ 2 ²⁵
Waschgarnituren Steilig	4 ⁵⁰ Steilig 6 ⁷⁵
Waschschüsseln Porzellanform	1 ⁴⁰ bis 2 ⁵⁰
Wasserkrüge Porzellanform	1 ⁵⁰
Trinkbecher 6 bis 10 cm	5 bis 15 Pf.
Schmortöpfe 14 bis 26 cm	48 55 Pf. bis 1 ¹⁵

Casserollen 15 Grössen	10 15 20 bis 80 Pf.
Wasserkessel f. Gas, 16-26 cm	45 Pf. bis 1 ⁴⁵
Wasserkessel m. Saug, 16-26 cm	55 Pf. bis 1 ⁶⁰
Maschinentöpfe 7 Grössen	24 bis 65 Pf.
Kaffeekannen 6 Grössen	25 bis 65 Pf.
Kaffeetassen	5 10 Pf.
Leuchter	10 Pf.
Teller	10 Pf. durchweg

Ein Posten Bidets mit Deckel und Geßell 3⁵⁰

Ein Posten Strauss-Federwedel statt 1⁵⁰ 1⁰⁰

Ein Posten Soling. Rasiermesser Wert bis 2⁵⁰ 90 Pf.

Gaskocher

1 Kochloch, 1 Wärmestelle	5 ⁰⁰
2 Loch, 2 Flammen	7 ⁷⁵
2 Kochlöcher, 2 Wärmestell.	10 ²⁵
4 Kochlöcher, 2 Flammen	11 ⁵⁰
3 Kochlöcher, 3 Wärmestell.	15 ⁰⁰
Kleine Gaskocher	60 90 Pf. 1 ²⁵
Gas-Bratofen	27 ⁵⁰ 37 ⁵⁰
Spiralschlauch dazu	Mtr. 1 ⁰⁰

Wäschemangeln

Tischmangeln incl. Rolltuch	statt 18.50 16 ⁵⁰
Tischmangeln	27 ⁵⁰ 30 ⁰⁰ 32 ⁵⁰
Gestellmangeln	45 ⁰⁰ 55 ⁰⁰ 70 ⁰⁰
Gardinenspanner mit Fuss	11 ²⁵ 12 ⁵⁰

Eisschränke

Erstklassige Fabrikate — sämtlich mit Ablaufhahn

Innen Zink		Innen Glas	
70 cm hoch, 60 cm breit, 45 cm tief	22 ⁰⁰	81 cm hoch, 61 cm breit, 50 cm tief	40 ⁰⁰
78 " " 70 " " 52 " "	29 ⁰⁰	94 " " 80 " " 63 " "	55 ⁰⁰
80 " " 80 " " 54 " "	38 ⁰⁰	102 " " 80 " " 66 " "	63 ⁰⁰
91 " " 78 " " 56 " "	48 ⁷⁵	111 " " 82 " " 64 " "	67 ⁵⁰
140 " " 71 " " 53 " "	52 ⁵⁰	140 " " 71 " " 53 " "	72 ⁵⁰

Schaukelbadewannen 25⁰⁰ 27⁵⁰ 30⁰⁰

Eiserne Bettstellen

Nickel-u. Stahlwaren

Reisebestecke	45 85 90 Pf. bis 8 ⁰⁰
Tischbestecke	statt 6.75 5 ⁵⁰
1 Post. Soling. Rasiermess. m. Etui, hochgeschl. Wert bis 2.00	90 Pf.
Reisebestecke mit Etui	45 bis 90 Pf.
Kaffeegeschirre 3 teilig	7 ⁷⁵ 8 ⁴⁰ 9 ¹⁰
Brittania-Esslöffel	Dtz. 2 ²⁵
Brittania-Teelöffel	Dtz. 1 ²⁵
Alpaca-Löffel	Dtz. 4 ⁵⁰ Dtz. 2 ²⁵
Windleuchter m. Glocke	1 ⁰⁰

Waschmaschinen

Auf d. Herd m. Trommel	22 ⁵⁰ 30 ⁰⁰
Bottichform eigenes Modell vorzügt. eingef.	35 ⁰⁰
Wringmaschinen	9 ⁰⁰ 10 ⁵⁰ 12 ⁰⁰

Ein Posten Kinderbettstellen moderne Verzierung, weiss lackiert mit Doppelspiralfeder und Kopierhöhung
Grösse 13⁵⁰ 15⁵⁰ 17⁰⁰ Grösse 14⁷⁵ 16⁵⁰ 18⁵⁰ 150x70 17⁵⁰

Tisch-Bettstellen mit Holztischplatte und Sprungfedern, sehr praktisch für die Aufbewahrung der Betten 27⁵⁰

Orts-Krankenkasse Weissensee.

Ordentliche General-Versammlung der Vertreter am Donnerstag, den 6. Juni 1907, abends 8 Uhr, im Restaurant „Prälator“ in Weissensee Leberstr. 122.

Tages-Ordnung:

1. Rechnungslegung für das Jahr 1906 durch den Vorstand.
2. Bericht der Rechnungsprüfungskommission und Dechargeerteilung für den Vorstand und den Rendanten.
3. Ergänzungs- bezw. Neuwahl des Vorstandes (ein Arbeitnehmer, zwei Arbeitgeber).
4. Zustimmung zu der zwischen dem Zentralverband der Ortskrankenkassen im Deutschen Reich einerseits und dem Verband der Verwaltungsberechtigten der Krankenkassen, Berufsgenossenschaften usw. Deutschlands andererseits abgeschlossenen Tarifgemeinschaft.
5. Abänderung der für die Kasseneinnehmer bestehenden Befolungsordnung auf Grund der Tarifgemeinschaft.
6. Abänderung der §§ 13 Absatz 1 Ziffer 3 und 33 Absatz 3 der Kassensatzung. 274/13
7. Verschiedenes.

Bemerkung. Eventuelle Beschwerden gegen die Geschäftsführung werden in der Generalversammlung nur beantwortet, wenn diese mindestens drei Tage vor derselben im Kassenlokal schriftlich abgegeben werden. Zum Eintritt berechtigt sind nur die mit Legitimationskarten versehenen Vertreter.

Weissensee, den 27. Mai 1907.
Der Vorstand der Orts-Krankenkasse für den Gemeindebezirk Weissensee.
Fährmann, Vorsitzender.

Teilzahlung

monatlich 10 M. feine Herren-Garderobe nach Maß (billigste Preise).
J. Tomporowski, 2. Etage, Alte Beilengasse 14, Kasse 10%, billiger.

Verleih-Institut: Friedrichstr. 115 I, a. Crabb, Tor. Weg. Stad. Gehrod 1,50, Hofe 1,00, Belle 50 Pf.

Frack - Verleih-Institut: Friedrichstr. 115 I, a. Crabb, Tor. Weg. Stad. Gehrod 1,50, Hofe 1,00, Belle 50 Pf.

Soeben erschienen!
Gruppenbild der Sozialdem. Reichstagsfraktion 1907. Auf elegantem Karton. Bildgröße 55:40 cm. Preis 40 Pf. Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69 (Laden).

4361L*
Phänomen-Zigaretten mit Kopf Nach Ägyptischer Art hergestellt. 3, 4 u. 5 Pf. das Stück. Zigaretten-Fabrik „NAMKORI“.

Zahnärztliche Klinik 106 Belle-Alliancestraße 106, gegenüber Warenhaus Jandorf. Zahnleben unentgeltlich. Bei künstl. Zähnen u. Kronen m. d. Hülslagen berechnet. — Gedöffnet von 9-6 Uhr. Sonntags 9-12 Uhr. 46342*

Berlin SO. 16, Engel-Afer 5.
H. & P. Uder, Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik. Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten. Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen. Sämtliche bekannten Marken Zigaretten zu Originalpreisen. Amt 4, 3014.

Verlangt bei Euren Zigarren-Händlern 4389Z*
Wichtelmännchen! Beste 6 Pfennig-Zigarre, Vertreter: Leo Ansbach, Berlin O., Schillingstraße 35.

Kenner rauchen **Zenith-Zigaretten**

Getreidepreise steigen rapid! Von größtem Interesse ist die Kenntnis der Preisbewegungen an den Produkten- und Effektenbörsen. Dieselben vollziehen sich mechanisch nach gewissen Naturgesetzen und sind deshalb im Voraus absolut zuverlässig zu berechnen. — Wer sich für diese Bewegungen, insbesondere für die Ursachen und Wirkungen derselben interessiert, wer daraus Vorteile ziehen will, der verlange Procesters Broschüre: „Das Wirtschaftsbild der Gegenwart und der Zukunft“. — Dieselbe ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen (Kommissionär: Otto Weber, Leipzig). Broschüre A, vollständige Ausgabe, Mk. 2. — Teil- und Volksausgabe, 60 Pfg. Gegen Einsendung von Mk. 2.10, bezw. 65 Pfg. für das Inland, Mk. 2.50 bezw. 75 Pfg. für das Ausland, werden die Broschüren portofrei vom Verfasser versandt, wenn in Buchhandlungen nicht erhältlich. Man verlange ebendasselbe Flugschriften und Prospekt.

Erstklassige Fahrräder Marke „Berlin“ 22/17* mit Continental-Pneumatik Berlin W. 9, Köthenerstraße 14. Berliner Fahrradindustrie. **88** Mark

Siefahren gut mit **Dr. Crato's** Backpulver Puddingpulver etc. Generalvertreter für Berlin: Alfred Hirsch, Augsburgstr. 1, W. 30, Telephon Amt VI, No. 5737.

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Jedes Wort 10 Pfennig. Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (setzgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Leppische mit Farbenlebern Garbri-niederlage Oranienburgerstr. 9, parterre kein Laden. Wasserhoff. +1
Stoppdecken billig. Großes Frankfurterstr. 9, parterre. +1
Wardenshäuser Oranienburgerstr. 9, parterre. Kein Laden. Wasserhoff. +1
Extra-Räumungsverkauf meines Referatlers. Stoppdecken mit so lange Vorrat. Etüd 3,25, 3,55, 4,65, 5,25 usw. 8258*
Wischdecken mit kleinen Bebe-lebern jetzt für die Hälfte des Preises.
Tuchdecken jetzt 1,65, 1,95, 2,35 usw.
Angeschwungene Gardinen und Stoe-re mit extra 15 Prozent Rabatt. G. Weisenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstr. 125. 8258*
Extra-Räumungsverkauf Wisch- und Tischdecken zu Spottpreisen mit 10 Prozent Rabatt. 8258*
Schwere Tischleppische jetzt mit 10 Prozent Extra-Rabatt. 8258*
Schwere Schlafdecken, Wert das Doppelte, jetzt 3,85, 5,25, 6,75 usw. G. Weisenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstr. 125. 8258*
Teppiche (Leberballe) in allen Größen für die Hälfte des Preises im Teppichlager Oranienburgerstr. 4, Fabrikhof Börde. 255/2*
Fahrräder, Teilzahlungen. An-nahmestrasse 20, Eichlerstr. 40. +1
Gardinen, Vorhänge, Tisch-linieren, Wanddecken, Edmattdecken (spottbillig). Wandleppische, Admitten-plot 7. 23458*
Stoppdecken (spottbillig). Großes Frankfurterstr. 60. 21675*
3000 Herrenfahrräder, Damen-fahrräder, hochlegante Luxusmodelle 45,00, 55,00, 60,00, Doppeldecker-lampen, Luftpumpen 10,00 Auf-schlag, Zwickelkette 1,75, Laufschon 2,50, Räderlampen 1,75, Pedale 0,90, Pumpen 0,65, Sattel 1,50. Refra. An-nahmestrasse 20. 21628*
Herrenfahrrad, hochmodernes, Prachtmaschine, umständlicher drin-gen jeden Preis. Wasserhoffstr. 44, I rechts. 21628*
Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 45,00. Holz, Blumen-straße 36b. 21675*
Räumungsverkauf. Wandlepp-haus Weidenweg neuzeitl. Spottp-reise. Teppichverkauf. Gardinen-verkauf. Bettdeckenverkauf. Wäsche-verkauf. Uhrenverkauf. Sachenverkauf. Wanderverkauf. 38/18*
Abfrierpumpen 8,00 bis 100,00, Sauger 2,50, Hülsgelumpen, Garten-spritzen, Gartenschläuche, Pumpen-fabrik Schröder, Hochstraße 43. 4575

Abfrierpumpen, von 8,00 bis 100,00, alle billig, Schläuche 0,40 an. Sauger, Ersatzteile, Leberboller-beim Gaslampen Pumpenwerk, Wasser-hoffstr. 81. 1493*
Weinengeldkäufe: Valerolo, An-gänge, Hölzer, Koffer, Revolver, Leuchts, Uhren, Goldschmied, Kessel (spottbillig). Lude, Oranienstr. 131.
Reisegepäck, Obermäntel, Reise-zeuge, Regenschirme, Pfeifschmäger, Harmonikas, Taschen, Bildern, Silber-, Leppiche, spottbillig. Lude, Oranien-str. 131. 9276*
Herrenfahrrad, hochmodern, mitgelenk. Holz, Hochstraße 37. +1
Wandleppische: Hermannplatz 12a. Extra-billiger Bettdeckenverkauf, Wäscheverkauf, Uhrenverkauf, Waren-verkauf, Badelanzüge, Gedruckte-anzüge. +117*
Wäsche mit Waizra, Unterbett, Socke verkauft Urbanstraße 65, vorn rechter Ausgang II. 853b
Wäsche sind vorteilhaft im Möbelgeschäft Brunnstr. 182. Ganze Einrichtungen von 200,- an. Gegenüber der Kirche wenig gebrauchter Möbel, Wäsche, Schreibstühle, Dampfbügeleisen, Säulenstühle, Näh-maschinen, Nähstühle, Kuchel-vertikale 28,-, Leppiche, Bücher-schänke, Spiegel, Spiegelständer, Kommoden, Ausziehtische 10,-, Kuchelbetten, Engländerbetten, Tisch-linien, Kuchelbetten, Karmordisbetten, moderne Rücken, Schlafsofa 12,-, auch viele andere Inhaberkäufe, alles spottbillig. Sonntags geöffnet. Kosten-loser Transport und Lagerung. +1
Brennaborrader: Größtes Teil-zahlungs-geschäft. Deamenten ohne An-zahlung. Kein Laden. Schöferstr. 4, Gde. Almenstr. 848b
Gasofenverkauf: Großes Gasofen-geschäft. 300. Gasofene Spargel-ocher 1,50. Gasofenapparate! Gas-plättchen! Gasofenapparate! Gas-lampen! 9,00. Schöferstr. 32. 21658*
Gediegene Wäsche in allen Größen. 60,-, Truemeur, gefächelt, mit Stufe 32,-, Wäsche 65,-, ent-wickende farbige Wäsche 60,-, Bäseits, Salons, Schlafzimmer, Herrenzimmer, Speisezimmer, große Handtücher, viele Wäschezimmer, billige Preise, eigene Werkstätten. Hirschowitz, Eichler-str. 25. 21608*
Sommerpaletts, Monatsanzüge, wenig getragen, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneider-meister Paul Hirschowitz, nur Rosen-ackerstr. 10. Fernsprecher Amt III 6117. 290/10*

Ultraroter Nähmaschinen ohne An-zahlung, wöchentlich 1,00. Repara-turen billig. Wienerstr. 1-5, Parkstr. 67, Adrestr. 111.
Restaurant mit Vorgarten, Partel-letal, Franzosenstr. 107, zu ver-kaufen. Zu erfragen Medley, Dunder-str. 18. 1492*
Gediegene, Nähe der Schön-hausenstraße, besonderer Grund-stück billig veräußert. Erfragen Göschel, Fischerstr. 3. 1492*
Antiquitäten 50. Möbel, Spiegel, Vorkleider, große Handtücher, billige Preise. Beilich mit Rathaus 20,50, Niederstr. 28,00, Berlin, 20,50, Möbelgeschäft Soosfeld. 9576*
Schweizer verkaufen Säulen-truemeur 32,00, elegantes Tisch-chen 35,00, Pfeifschmäger, Kuchel-schrank, Kuchelverkleid 38,00, Bronze-terronen, Kuchelbett, Salonisch 12,00, Wäsche 55,00, Vorkleider. 9586*
Fahrrad, neu, billig, verkauft Rene Jakobstraße 3, Restaurant. 941b
Restoration Französischer billig veräußert. Miete 89 Mark. Er-fragen Rantenschtr. 97 beim Ver-walter. 9476*
Parzelle bei Sedowa, mit Zaun, viel Obst, billig. Weiz, Feinersdorfer-str. 25. 1127*
Restaurantgrundstück, Potsdamer Vorort, mit Saal, Garten, 2 Krogen großem, angepflanztem Obstgarten für 40.000 Mark zu verkaufen. Er-fragen Leuten, die Gastwirt werden wollen, bietet sich Gelegenheit, mit 5000 Mark Anzahlung eine Eristung zu gründen. Bilder mit bestem Er-folge. Partelletal. Nähere Auskunft erteilt Riefelberg, Potsdam, Galakt-Baderstr. Hof I. 9408*
Parzelle bei Sedowa, eingezäunt, mit Brunnen, billig. Auskunft: Re-restaurant Feinersdorf bei Sedowa. +1
Gagerdorfer Villenkolonie 1. Juni. Wälder, dem Bahnhof Strausberg, Döberitz, Adersdorf, jeder Größe, salubel, billig, ohne Konkurrenz. Verkäufer täglich Terrain oder Bahn-hof Strausberg. Nur Jores, Otto, Sedowaner Allee 129. III a 4507.
Restoration. Organisierten, am besten Metallarbeiter passend. Miete 2000, Kuchelstr. 32, viel Wäsche, Schnaps, Kaffee, mit elektrischem Mäntel, 3000 erjorderlich 1000. Näheres Leberstr. 3, Restaurant.
Dezilation, nachweislich gut-gehend, große Partien, Laufgegend, auch wegen zweier Geschäfte billig veräußert werden. Erfragen Teilzahl-ungsbank, Ragerstr. 49. 755
Milchgeschäft, 200 Liter Umsatz täglich, viel Butter, Brot und Bad-waren, sofort veräußert. Franzfurter Allee 104 im Milchgeschäft. 1499
Neuerflosser Feinersdorf, direkt am Bahnhof, selten günstige Lage und gut geschützte Parzelle verkauft billig zu günstigen Zahlungsbe-dingungen der Eigentümer Paul Krendt, Kuchelstr. täglich auf dem Terrain und in der Bahnhofstr. 225/4

Verschiedenes.

Verst die Muttersprache beherrschend, Erfolgreich, leicht fassliche Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unter-richtsstunde nachmittags genügt. Ge-liebte Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts“ zu richten.
Patentanwalt Weisel, Wilmmer-str. 91a. 937b*
Hildorf, Durchfallstation „Zum Landmann“ (Eduard Hildorf), jetzt Wein Handwerkerstr. 9, Ecke Leppich-str. 116*
Der Stoff hat? Fertige Herren-anzüge 15,00. Wagner, Schneider-meister, Lichtbergerstr. 9. +1
Lewandowsky, Säbengerüstschiff, Oldenburgerstr. 23. 1170*
Waldenstätt Anna Richter, Köpenick, Gartenstr. 18. Wäsche wird sauber ohne Ueber gewaschen, Farben getrocknet, Wasen, 4 Hand-lücher 0,10. Abholung Sonnabend.
Wohnungen.
Renovierte Vorderwohnungen (22,50 an) Hermannstr. 210. +1
Neuere renovierte Wohnungen (16,50 an) Gärtelstr. 27 (Frank-furter Allee). 9555*
Zimmer.
Möbliertes Parzimmer. Trin-kenstr. 29, vorn III rechts.
Teilnehmer möbliertes Zimmer, mit Kaffee 18,50 (Oranienplatz), Dresdenstr. 19 IV links. 1175
Großes möbliertes Zimmer, allein, 15,00. Maybachstr. 6, vorn IV links.
Leere Zimmer (14,50 an) Her-mannstr. 210. 856b*
Schlafstellen.
Schlafstelle, freundlich, vermietet Witwe Krügerberg, Swinemüden-str. 55, vorn 4 Treppen. 914
Saubere Schlafstelle für Herrn sofort Kaminstr. 50, 4 Treppen links. 1425

Schlafstelle zu vermieten Sparr-str. 8, vorn II links, Feindus.
Möblierte Schlafstelle für zwei Herren zu vermieten bei Mielke, Büstenstraße 15, vorn I. 1175
Alleinige Schlafstelle gesucht, Nähe Kottbuser Tor, Reister, Reichen-bergerstr. 177 IV. 1175
Schlafstelle vermietet Adalbert-str. 61, Kuergebäude III, Witwe Galsow. 1175
Schlafstelle, allein, separat, Witwe Kunder, Kopenstr. 65, vorn IV.
Möblierte Schlafstelle 15 Mark, vermietet Schmidt, Friedrichstr. 215 II.
Möblierte Schlafstelle, separat, Köpenickerstr. 22, Adster. 9486*
Möblierte Schlafstelle mit separatem Eingang für zwei Herren ver-mietet Witwe Luchs, Wulfsauerstr. 36, Hof II. 900b
Schlafstelle für Herrn vermietet Luchs, Köpenickerstr. 63, 3 Treppen links. 978b
Schöne Schlafstelle für zwei Herren vermietet Dresdenstr. 124, IV links. 967b
Möblierte Schlafstelle, separat, vermietet Lude, Wulfsauerstr. 18, Hof I. 966b
Schlafstelle, ein Herr, bei Wulfsauer, Wienerstr. 31, vorn 2 Treppen. 1113
Möblierte Schlafstelle für zwei Herren, bei älteren Leuten, Forster-str. 10a, 1 Treppe rechts. 1113
Möblierte Schlafstelle, Herrn, vermietet Flege, Köpenickerstr. 4. 1113

Barockgoldener und Barock-bergoldener verlangt Goldleihen-fabrik, Weissensee, Leberstr. 88.
Redenrohre verlangt Goldhaus, Karlsruherstr. 5. 40/12
Redenrohre verlangen Schmidt u. Braun, Alsenburgerstr. 9. 969b
Arbeitsbüchsen verlangt Stein-bruder, Luisenstr. 11. 925/2*
Wägen Arbeiterin sucht Gutsche, Teichstr. 11. 1117
Wäsche für die Wäsche kann sich meiden bei Gerdig, Habelberger-str. 17, parterre. 1170
Tüchtige Bediener verlangt Gold-leistenfabrik, Reichenbergerstr. 88.
Wochenfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung Prinzen-str. 41. 40/11*
Schulmädchen Sonntag nach-mittags gesucht F. Baug, Köpenick-dorf, Wilhelmstr. 33, Hof 3 Treppen.
Junge Mädchen für leichte Arbeit gesucht, Reichenbergerstr. 121.
Koloristinnen, bessere Schablonen-arbeit, hoher Lohn. Vogler, Reichen-bergerstr. 121. 950b
Wochenfrauen für die Louren Belle-Allianceplatz, Neuenburgerstr. finden lohnende und dauernde Beschäftigung Schönerstr. 24. 130/2*
Wochenfrauen Louren Erlauer Allee finden sehr lohnende und dauernde Stellung Sonnenstr. 20.
Wochenfrauen finden sehr lohnende und dauernde Beschäftigung Pots-damerstr. 33 (Eingang: Köpen-ckerstr.). 130/2*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
Milch Studienter bittet um Arbeit. Stelle werden abgeholt und zurückgeliefert. H. Müller, Wulfsauerstr. 27. 1468b
Stellenangebote.
Montagearbeiter für Men-schenmaschinen sucht H. Drudenmüller G. m. b. H. Wohnungen bei Konstan-derstr. 17, Leipziger Weg. 952b
Werkzeugschlosser, tüchtigen, sänger, sucht zum sofortigen Ein-tritt H. Drudenmüller G. m. b. H., Schöneberg, Tempelhofer Weg 46/47.

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.
Tücht. u. zuverlässige Kunstschlosser auf Schmiede- und Treibrbeiten werden für Köpenick und günstigen Bedingungen und dauernder Beschäftigung verlangt. Wohnungen sind persönlich im Hotel Schönerberg, Adersdorferstr. 17, Zimmer Nr. 3, von vorn. 10-11 Uhr, nachmittags von 6-7 Uhr zu haben. 9425*

Redakteur-Gesuch. Für unser täglich erscheinendes Parteiblatt suchen wir möglichst bis 1. Juli d. J. einen durchaus **erfahrenen, tüchtigen Redakteur**, welcher insbesondere den politischen Teil selbständig beherrschen kann. Best. Ehrenämter „Redakteur“ wollen sofort eingereicht werden an den Verlag der „Schwäbischen Volkszeitung“, Augsburg, B. 31.

Partei-Angelegenheiten.

Achtung, Parteigenossen!

Zur Unterstützung des Streiks und Boykotts der Bäcker findet heute

Mittwoch, den 29. Mai, von 7 Uhr abends an

eine Flugblattverbreitung in Groß-Berlin statt.

Zentralvorstand und Gewerkschafts-Kommission haben einstimmig weitgehendste Unterstützung zugesagt.

Wir ersuchen die Parteigenossen, heute abend so frühzeitig als möglich, Mann für Mann, an den bekannten Stellen anzutreten, damit die Verbreitung prompt und schnell vor sich geht.

In Berlin findet die Verbreitung in allen sechs Kreisen statt.

In Teltow-Beeslow an folgenden Orten: Adlershof, Brig, Charlottenburg, Köpenick, Friedenau, Mariendorf, Rixdorf, Schöneberg, Steglitz, Tempelhofer, Treptow-Baumgartenweg, Wilmerdorf.

Im Wahlkreis Niederbarnim: Friedrichsberg, Friedrichsfelde, Lichtenberg, Pankow, Tegel, Reinickendorf (Ost und West), Rummelsburg, Weißensee, Wilhelmsruh.

Parteigenossen, tut Eure Schuldigkeit! Der Zentralvorstand.

Karlshorst. Die Genossen werden ersucht, sich zur Flugblattverbreitung heute abend 8 Uhr recht zahlreich bei Grohn, Adalbertstraße, Ecke Schönower Wiesenweg, einzufinden.

Berliner Nachrichten.

Die Museen der Reichs.

Wenn die deutschen Spießer in Italien den Ruhm der deutschen Kultur verbreiten, pflegen sie weidlich darüber zu schimpfen, daß in den Museen an Wochentagen ein Eintrittspreis erhoben wird. Zweifello ist das ein Mißstand, aber man kann mit einigem Recht sich darauf berufen, daß Italien ein armes Land ist und daß es sehr viel Museen zu unterhalten hat. In England und Frankreich dagegen wird in den großen städtischen und staatlichen Sammlungen kein Eintrittsgeld erhoben. Auf seinem Vormarsch in der Welt rückt voran ist jetzt Preußen wieder einen ordentlichen Schritt rückwärts geschritten. In Berlin sollen im Kaiser Friedrich-Museum und in der Nationalgalerie an drei Wochentagen Eintrittsgelder erhoben werden. Die Generalverwaltung der kgl. Museen hat diese Maßregel der Unkultur offenbar der breiten Öffentlichkeit nicht mitzuteilen gewagt. Nur der „Vokal-Anzeiger“ wurde davon in Kenntnis gesetzt. Daß die Behörde sich schämt, solche kultur-schädlichen Attentate der ganzen Presse mitzuteilen, wie sich das gehören würde, wäre zweifellos ein Zeichen gesunder Scham. Wahrscheinlich liegt aber eine ungehörige Veramsung von Nachrichten vor. Wir erwarten jedenfalls von der Generalverwaltung eine Aufklärung darüber, ob nach ihrer Meinung die Öffentlichkeit interessierende Mitteilungen der gesamten Presse anzustellen sind oder nur dem Scherblatt, und ferner durch welche legalen oder illegalen Manöver das Scherblatt zu diesem Monopol kommt.

Die ominöse Mitteilung selbst besagt:

Vom 1. Juni d. J. ab wird im Kaiser Friedrich-Museum Dienstags und Mittwochs, in der Nationalgalerie freitags und Sonnabends ein Eintrittsgeld von 50 Pf. erhoben, außerdem in beiden Museen der Reinigungstag von 1 Uhr ab gegen ein Eintrittsgeld von 1 M. freigegeben. Reinigungstag bleibt im Kaiser Friedrich-Museum der Montag; in der Nationalgalerie wird er vom Dienstag auf den Donnerstag verlegt. In beiden Museen sollen die Kopisten und Führungen ganz auf die Zahlstage beschränkt und ferner die beiden Museen an allen Wochentagen (sowohl den freien Tagen als auch den Zahltagen) so lange geöffnet bleiben wie jetzt Sonntags, im Sommer also bis 6 Uhr. — Die übrigen Museen bleiben frei zugänglich. Das alte und das neue Museum, das Pergamon-Museum, das Museum für Völkerkunde nebst der Sammlung für Volkskunde und das Kunstgewerbe-Museum sind während der Monate April bis September an den Wochentagen, mit Ausnahme der Montage, von 10 bis 4 Uhr, Sonntags und an den zweiten Feiertagen der hohen Feste von 12 bis 8 Uhr für das Publikum geöffnet.

So wird in der Reichstadt Berlin unter der Obhut des preußischen Vogels die Kunst gefördert. Die deutschen Philister können jetzt bei sich zu Hause ebenso gut schimpfen. Der Fremde, der nach Berlin kommt und sich in dem verzwickten System der freien, unfreien und Reinigungstage nicht mehr auskennt, wird häufig lieber ganz auf die Genüsse der königlichen Kulturveranstaltungen verzichten. Wollen Arbeiter aber einmal nach dem Rezept der Sozialideologen — die soziale Frage ist nach Schmoller ja eine Bildungsfrage und die Kunst gehört ja dem Volke — sich sachverständig führen lassen, so müssen sie ihren Bildungseifer mit der sehr respektablen Kopfsteuer von 50 Pf. büßen. Der preußische Staat handelt wie ein guter Geschäftsmann: er hält sich fortwährend in Erinnerung. Zufällig ist es freilich immer nur eine schlechte. Die Künste und Wissenschaften blühen. Und das Volk wird jederzeit daran erinnert durch liebevolle und raffiniert ausgedachte Maßnahmen seiner vorgezeichneten Kultur-verbannung.

Die Wertzuwachssteuer-Vorlage im Ausblick.

In der letzten Sitzung des Stadtverordneten-Ausschusses zur Vorbereitung der obigen Vorlage wurde zunächst die Debatte über den bereits erwähnten Antrag fortgeführt, der bezweckt, solche Umgehungen der Steuer-Vorlage unmöglich zu machen, die durch Umwandlung des zu veräußernden Grundbesitzes in Gesellschaften mit beschränkter Haftung erfolgen könnten. Der Antrag wurde schließlich wegen Schwierigkeiten in der praktischen Durchführung zurückgezogen.

Sobald gelangten zwei Anträge zur Erörterung, die eine Verrechnung der Wertzuwachssteuer auf die zu zahlende Umsatzsteuer bezweckten. Nach dem ersten Antrag soll die Wertzuwachssteuer nur insoweit erhoben werden, als sie die Umsatzsteuer übersteigt; der zweite bestimmt, daß bei Veräußerung bebauter Grundstücke auf die Wertzuwachssteuer die Umsatzsteuer anzurechnen ist. Von dritter Seite war für den Fall der Ablehnung dieser beiden

Anträge noch der folgende Eventualantrag eingegangen: „Wenn in einem Rechnungsjahre der Ertrag der Umsatz- und Wertzuwachssteuer zusammen mehr als ein Drittel der Gemeindegeldsteuer ergeben hat, so ist die Hälfte dieses Ueberschusses für das nächste Etatsjahr auf das Soll der Gemeindegeldsteuer zu verrechnen.“

Von unseren Vertretern wurden noch einmal mit Nachdruck die Gründe dargelegt, die gegen die Anträge sprechen. Es konnte nachgewiesen werden, daß unter den Voraussetzungen der Magistratsvorlage bei Annahme des ersten Antrags die Wertsteigerung circa 45 Proz., beim zweiten Antrag circa 35 Proz. betragen müßte, wenn für den Stadtsäckel ein Ertrag von nur circa 200 Mark herauskommen soll! Wird nun aber gar entgegen der Magistratsvorlage als Stichtag für die Berechnung des Wertzuwachses der 1. April 1907 festgelegt, so ist für abschbare Zeit auf Erträge aus der Steuer überhaupt kaum zu rechnen. Aber alle diese Darlegungen fruchteten nichts. Die Ansichten im Ausschuss stehen sich gegenüber wie Wasser und Feuer, und der Wille der Majorität geht dahin, die Magistratsvorlage, deren Prinzip ja angenommen ist, in einer Weise zu amendieren, die das Wesen der Vorlage unberührt läßt, sondern Einzelbestimmungen festzulegen, die jedes Aufkommen aus der Steuer unmöglich machen und damit die ganze Vorlage zu einer Farce gestalten. Bei der Abstimmung wurde der am weitesten gehende Antrag, nach welchem in allen Fällen eine Verrechnung der Wertzuwachssteuer auf die Umsatzsteuer zu erfolgen hat, angenommen und damit in erster Lesung eine Steuer-Vorlage beschlossen, die Erträge nicht abwirft, sondern nur auf dem Papier steht!

Die zweite Lesung soll in 14 Tagen stattfinden.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, den 30. Mai dieses Jahres, nachmittags 5 Uhr. Berichterstatter über die Vorlage betreffend die künftige Einrichtung des Berliner Rettungswesens — desgleichen des Ausschusses für die Wahlen von unbefoltenen Gemeindebeamten, betreffend die Aufteilung des Stadtbezirks 138 an ein Mitglied der Versammlung, — die Verwendung eines städtischen Grundstücks an der Thorerstraße für Gemeindegeldzwecke, — die Versorgung des königlichen Instituts für Innensicherheit am Rügensee mit städtischem Leitungswasser, — den Umbau eines Schuppens auf dem Grundstück der Pumpstation III zur Aufbewahrung eines Kraftwagens und zu einer Wohnung für den Chauffeur sowie die Erhöhung der bewilligten Baukostensumme, — eine Ueberbrückung der Französischenstraße zwischen den Geschäftsgebäuden der Deutschen Bank, — die Bewilligung einer Beihilfe zu den Kosten einer anlässlich des 4. Verbandstages deutscher Postamentierungen veranstalteten Fachausstellung, — die Bewilligung eines städtischen Zuschusses für das Kaiserin Auguste Victoria-Haus zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reich für das Etatsjahr 1908, — den Besuch des Lord Mayor von London und von Mitgliedern der Londoner Stadtverwaltung in Berlin, — die Annahme des der Stadtgemeinde vom Rentier Sigismund Samuel für wohnliche Zwecke gemachten Vermächtnisses, — die Genehmigung zum Erwerb der für den Osthafen erforderlichen Spreestellen, zum Bau der Kaimauer, Ausführung der Erdarbeiten und zur vorläufigen Bereitstellung der hierzu erforderlichen Mittel, vorbehaltlich der Erstattung aus einer neuen Anleihe, — die Aufstellung zweier Reserveketten im Hause für jugendliche Epileptische der Anstalt Wuhlgraben — und den Abschluß eines Abkommens mit den staatlichen Behörden über die Gebührenerhebung an den Abf- und Abstellstellen.

Außerdem findet in dieser Sitzung, und zwar um 6 Uhr, die Wahl eines besoldeten Stadtrats statt.

In der neuen Filiale der Siegessäle, auf der Schloßterrasse am Lustgarten, fand gestern in Gegenwart des Kaisers und geladener Gäste die Enthüllung der fünf Standbilder der Dranter statt. Bei dieser Gelegenheit wurden an mehrere Künstler Orden verteilt.

Die Verbreiterung der Friedrichstraße, ein Projekt, das schon in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts aufstand und seitdem des Desteren ehrenvolle Erwähnung fand, wird neuerdings wieder einmal in Finanz- und Grundkreisen besprochen. Es heißt, man wolle jetzt mit dem Eingasse an den „Linden“ ganz reinen Tisch machen und eine einheitliche Straßenbreite zwischen Behren- und Mittelstraße schaffen. Dazu bedürfte man eines ganzen Häuserkomplexes, dessen Ankauf die Kleinigkeit von weit über hundert Millionen Mark kosten würde. Angeblich sollen die Wäter dieses modernisierten Gedankens ihr Projekt schon dem Kaiser unterbreitet und die Genehmigung des Polizeipräsidenten erlangt haben. Ob das richtig ist, wissen wir nicht, das letztere stimmt jedenfalls nicht, denn in den in Frage kommenden Abteilungen des Polizeipräsidenten hat man von dem ganzen phantastischen Plane noch keine Ahnung.

Die Renovations-Deputation beschloß in ihrer letzten Sitzung, zum Erweiterungsbau der Schule in Buch 6200 M. beizutragen. Der ganze Bau kostet 9500 M. Die Schule hat nur zwei Lehrer für 193 Kinder. Es soll ein dritter Lehrer angestellt werden, sobald der Schulbau fertig ist. Da mit Sicherheit vorausgesetzt ist, daß auch dieser Erweiterungsbau nicht lange vorhalten wird, so wurde beschlossen, die Bauverwaltung zu beauftragen, einen Entwurf auszuarbeiten, der den kommenden Bedürfnissen im weiten Umfange Rechnung trägt und, wenn irgend möglich, die überaus häßliche Architektur des jetzigen Schulgebäudes beseitigt.

Vom Oberbürgermeister, der in Buch wohnt, ist bei der Deputation angeregt worden, die vielen Läden, welche das Vetreten des Balbes in Buch dem Publikum verbieten, ganz zu beseitigen oder erheblich einzuschränken. Es wurde zu diesem Zweck eine besondere Kommission eingesetzt. Dem Inspektor in D. wird zu einer Wadereise eine Unterstüzung von 150 M. bewilligt, ebenso dem Lehrer in Blankenfelde. Die Jagdpacht in Gütergoh soll neu ausgeschrieben werden. Der Vertragentwurf wegen Durchlegung des Druckrohres durch Weihensee wird einstimmig abgelehnt. Weihensee verlangt zunächst für seine Zustimmung zur Durchlegung des Druckrohres durch einen Teil der Preussener Allee 20 000 M.; ferner die Genehmigung, sein eigenes Druckrohr durch die städtischen Rieselröhren nach Birchholz legen zu dürfen und neben einer Reihe kleinerer Forderungen für ewige Zeiten das Jagstündnis, die Vorflutgräben der städtischen Rieselröhren benutzen zu dürfen, ohne je zu den Kosten beitragen zu müssen, sowie die Anlegung einer Fahrstraße durch die Rieselröhren bei Wartenberg nach dem Weihen-seer Gemeindefriedhof.

Zu dem Fabrikbrande in der Weihenstr. 8/4 wird und noch mitgeteilt, daß der entstandene Schaden ganz erheblich ist. Ganz besonders stark ist die Holzleimfabrik Eschierke mit betroffen, die hohe Werte in dem Lagerraum liegen hatte, neben dem das Feuer ausbrach.

Auf dem Untergrundbahnhof Zoologischer Garten wurde, wie die Gesellschaft mitteilt, gestern mittag kurz nach 11 1/2 Uhr ein aus dem dortigen Betriebsbahnhof zu frühzeitig vorgezogener Leerzug durch einen vom Bahnhof Anie kommenden Zug angefahren, wodurch an diesem einige Fenster scheiben zertrümmert wurden. Durch herabfallende Glassplitter erlitt eine Dame eine unbedeutende Hautverletzung im Gesicht. Die zu dieser Zeit von Charlottenburg kommenden Züge erhielten durch den Vorfall einige Minuten Verspätung.

Zu einer Warnung vor Hitzegeräten veranlaßt uns das Treiben von Leuten, die, bei ihrem Vermögen Musikwerke abzuhören, zu den

raffiniertesten Mitteln greifen. Dieser Tage erschien bei einer in der Curtstraße wohnenden Frau in Abwesenheit des Mannes eine Dame und fragte, ob sie ihren Kindern nicht Musik lernen lassen wollte, Kosten erwägen nicht, denn es handele sich um Bekkame; übrigens trügen die Kosten gutstuierte Leute. In acht Wochen könnten die Kinder schon spielen. Die Frau versprach, erst mit ihrem Mann Rücksprache nehmen zu wollen, worauf die wohlwollende Dame erklärte, der Herr Direktor, der doch hier etwas zu tun habe, werde mit herankommen und sich Antwort holen. Befragt, getan! Schon am anderen Tage erschien der Herr „Direktor“ und probierte die Kinder, ob sie auch musikalisch sind. Die Probe fiel gut aus, worauf er ein Formular herbeibrachte, das so eine Art Stundenplan erhielt, nach dem die Kinder den Unterricht besuchen sollten; proben müßten aber die Kinder zu Hause. Dazu brauchten sie aber Instrumente und nun kam der Herr „Direktor“ mit der eigentlichen Absicht heraus. Er erzählte, daß eine Streichgitarre „bloß“ 30,50 M. kostete bei Abzahlung und 36 M. bei Barzahlung. Einen Kaufkontrakt hatte er auch gleich bei sich. Schließlich sollte die Frau das Formular zum Unterricht unterschreiben; als sie dies aber glaubte getan zu haben, mußte sie gewahr werden, daß sie den Kaufkontrakt unterschrieben hatte und es wurden ihr 6 M. Anzahlung abverlangt. Die hatte die Frau nicht, worauf der Herr Direktor den wohlwollenden Rat erteilte, doch bei ihrer Nachbarin zu borgen. Das wurde abgelehnt und schließlich ließ der „Herr Direktor“ Kaufkontrakt und Gitarre zurück mit dem Bemerkten, die Kinder sollten die 6 M. in den Unterricht mitbringen. Wie sich dann der Ehemann der Frau in einem Musikgeschäft erkundigte, hat die Gitarre einen realen Wert von 12 M. Bemerk sei, daß der Kontrakt auf eine Musikfirma von Berger in der Bastianstraße lautet, die in der Pflasterstraße eine Filiale hat.

Wir glauben diesen Vorfall veröffentlichen zu sollen und möchten bei dieser Gelegenheit dringend darauf aufmerksam machen, nicht zu unterschreiben, was man nicht ganz genau vorher durchgelesen hat. Wer solche auf das raffinierteste ausgelegte Kontrakte unterschreibt, muß die ihm aufgedrängten Gegenstände abnehmen und bezahlen.

Der an Genickstarre erkrankte Soldat des 47. Infanterieregiments, der vorige Woche sich bei seinen in Rixdorf wohnenden Eltern aufhielt und alsdann ins Garfisonlazarett, Schornhorststraße, eingeliefert wurde, ist am Montag der tödlichen Krankheit erlegen.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir noch mitteilen, daß alle die Personen, die mit dem Soldaten in Berührung gekommen waren, in den Rixdorfer Baracken desinfiziert werden sollten. Der Raum, in den die betreffenden Personen zum Zwecke der Desinfektion geführt wurden, war aber ein derartig primitiver, daß verschiedene es vorgezogen, sich wieder zu entfernen, ohne daß eine Desinfektion vorgenommen wurde. Es soll, wie uns berichtet wurde, ein kleiner enger lahter Raum sein, der einen recht unangenehmen Eindruck machte. Kalt war es auch in dem Raum, in dem man den Leuten zumute, sich vollständig entkleiden längere Zeit aufzuhalten. Aus diesem Grunde entfernten sich die zur Desinfektion erschienenen Leute wieder. Was soll das werden, wenn es sich um ernsthafteste Ansteckungsgefahren handelt? Wer trägt die Verantwortung für solche Zustände? Eine Aufklärung hierüber wäre dringend notwendig.

Ueber fünf schwere Einbruchdiebstähle wird und heute berichtet. In das Geschäft des Produktenhändlers Schaf, Gerichtstraße 52, drangen nachts Diebe gewaltsam ein und schleppten ungehindert große Kassen Kupfer, Messing und Zinn davon. Sch. ist um viele hundert Mark geschädigt worden. — Bei einem Einbruchdiebstahl in der Fabrik von Kühne in der Ritterstr. 30 fielen den Tätern 30 Tugend Portemonnaies, 8 Tugend Lederaschen usw. im Gesamtwert von 500 M. in die Hände. — Ein großer Lederdiebstahl ist in der Fabrik von Glud, Rendsbühlstr. 5, verübt worden. Die Diebhaber stahlen erhebliche Posten von bereits zugearbeitetem Leder. — 7000 Zigaretten und große Vorräte an Zigaretten erbeuteten Diebe, die dem Zigarettengeschäft von Brehl in der Tegelstraße 1 eine nächtliche Visite abstatteten. Die Bande war durch die Hintertür in den Laden eingedrungen. — Aus dem verschlossenen Stall in der Rotborstr. 14, dessen Tür erzittern wurde, entführten Einbrecher ein dem Kohlenhändler Louis Schulze gehöriges wertvolles Pferd. Die Täter hatten dem Tiere Hilfe unter die Füße gebunden, damit es durch das Aufreiten der Hufe nicht zum Zer-räter werden sollte.

Ein Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und einem Break, wobei drei Personen Verletzungen erlitten, erfolgte vorgestern abend an der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche. Kurz vor dem Herannahen eines Straßenbahnwagens der Linie 93 veruchte die Lenkerin des Breaks, die mit zwei anderen jungen Mädchen und dem Kutscher auf dem leichten Gefährt saß, über die Gleise zu fahren. Es erfolgte eine Karambolage und durch einen heftigen Stoß wurde das Privatfahrzeug vollständig umgeschleudert. Die Insassen hürzten förmlich auf die Straße und drei von ihnen zogen sich äußere Verletzungen und Quetschungen zu.

Auf dem Brunnenplatz vor dem neuen Amtsgericht Wedding sind Schmuckanlagen geplant, die aber gar nicht recht fertig zu werden scheinen. Zwar hatte die Parkverwaltung infoseren Päch, als zahlreiche Bäume, die im Vorjahre eingepflanz wurden, eingingen und neue an ihre Stelle gepflanzt werden mußten. An was es aber liegt, daß die Arbeiten hier nicht vorwärts gehen, das wissen die Götter. Daneben wird noch berichtet, daß die Parkdeputation einen von Stadtbaurat Krause ausgearbeiteten Entwurf nicht aus-führte, sondern einen anderen, der weniger geeignet sei. Hinzu kommt der Plan, den Platz auch noch mit einem Denkmal auszu-statten. Es gibt auch da draußen im Norden förmliche Kränze, denen nicht wohl ist, wenn nicht auf jedem Platz ein Denkmal steht. Ein Kriegedenkmal muß es aber sein, meinen gewisse Leute, die sich seit Jahren damit plagen, den entsprechenden Fonds dazu zusammenzutrommeln.

Unserer Ansicht nach wäre den Interessen der Bevölkerung auf dem Gesundbrunnen am besten gedient, wenn man den Platz mit hübschen Anlagen verjähre und einen entsprechend großen Platz für einen Spielplatz herriehete, aber bald und nicht erst in zehn Jahren.

„An der herrschenden Teuerung haben nur die Arbeiter schuld mit ihren Streiks,“ erklärten gewisse reaktionäre Zeitungen, und die Leser dieser Zeitungen nehmen das für bare Münze und plappern es gedankenlos nach. Gestern regte sich eine Arbeiterfrau sehr darüber auf, als ihr die Inhaberin eines Getränkengeschäfts von E. Müller in der Radesdorferstr. 16 die gleiche Redensart als Ursache für die herrschende Teuerung zum besten gab; sie ließe die Arbeiter nicht in dieser Weise verunglimpfen von Leuten, die von ihnen abhängen, meinte sie.

Es ehrt die Arbeiterfrau, daß sie begriffen hat, daß an der Teuerung nicht die Arbeiter und auch nicht deren Streiks, sondern die gesamte wirtschaftliche Gesetzgebung einen Hauptteil der Schuld trägt, eine Gesetzgebung, die dahin geht, einer kleiner privilegierten Minderheit auf Kosten der breiten Masse des Volkes Vorteile zuzuschlagen.

Ein gefährlicher „Kinderfreund“ soll ein Herr Oberhuber sein, der in einem der Rußen Berlins das Amt eines Aufsehers bekleidet und im Hause Müllerstr. 120 als Verwalter fungiert. Es wird behauptet, Oberhuber habe sich an zwei Kindern

